

M

MENSCHEN MACHEN

E 2814

MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Nr. 5 Mai 2004 Jahrgang 53

ver.di



**Im Fokus:
Publizistische
Fotografie**

Lediglich ein Sekundärthema

Schattenexistenz von Migranten in den Medien wenig beachtet und stigmatisiert

Von Gitta Düperthal

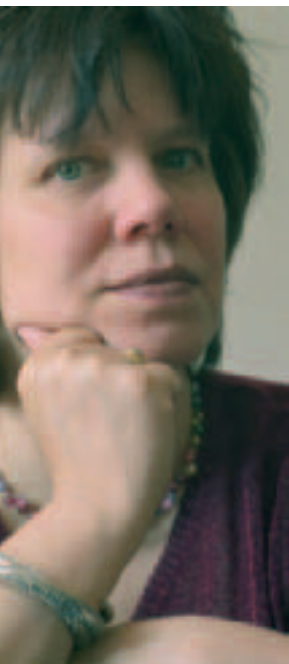


Foto: Jan Jacob Hofmann

Vor der Frankfurter Paulskirche, dem Ort, an dem 1848 demokratische Bürgerrechte proklamiert wurden, kletterten Demonstranten auf eine Leiter. Sie beklebten großflächig die Tür mit jenen blaurotkarierten Billigtaschen, in denen Migranten ohne Zuhause häufig ihre ganze Habe mit sich herumtragen. Ein Pulk von Menschen hatte sich um diese symbolische Besetzung der Paulskirche versammelt.

Unter der buntbeklebten Vorderfront des ehrwürdigen Gebäudes beschrieb ein illegalisiert in Frankfurt lebender Mann seinen Alltag. Immer mal wieder sei er kurzzeitig festgenommen worden. Und immer mal wieder habe er sich auf Suche nach einem jener mies bezahlten Jobs begeben, die sich für Menschen anderer Nationalität ohnehin bisweilen kompliziert gestalten. Ohne Papiere – erst recht. Nicht nur mit rassistischen Vorurteilen sei zu rechnen, sondern mit zunehmenden Kontrollen. Zudem schilderte er seine stets erneuten langwierigen Versuche, das Aufenthaltsrecht zu ergattern.

Anschließend fuhr ein mit weißem Tüll und Blumen geschmückter Wagen langsam auf dem Platz herum: „ein Hochzeitskorso“. Die Performance hatte die Initiative „Gesellschaft für Legalisierung“ inszeniert, ein Netzwerk, das sich aus verschiedenen Gruppierungen wie „Initiative gegen Abschiebung“, „Kein Mensch ist illegal“, „Dona Carmen“ und Kanak attack“ zusammensetzt. Den politischen Aktivistinnen geht es darum, aufzuzeigen, dass die Heirat mit einer/einem Deutschem für Migranten, die über keinen rechtlich anerkannten Aufenthaltstitel verfügen, nahezu die einzige Chance darstellt, eine menschenwürdige Lebenssituation zu erhalten. So können sich Flüchtlinge elementare demokratische und soziale Grundrechte sichern, die ihnen ansonsten versagt bleiben. Anlässlich des „Europäischen Aktionstages für die Rechte der Migrantinnen ohne Papiere“, am 30. Januar, fand diese

außergewöhnliche Kundgebung in der Frankfurter Innenstadt statt. Presseinformationen hatte die „Gesellschaft für Legalisierung“ im Vorfeld breit gestreut.

Eine Performance, die auf gesellschaftspolitische Missstände hinweist und öffentlich diskutiert gehört, sollte man meinen! Doch im Frankfurter Blätterwald herrschte tags drauf weitgehend Schweigen. Eine 30-Zeilen-Meldung in der „Frankfurter Rundschau“ – das war es. Stattdessen konnte man dieser Tage liebevoll ausgeschmückt jeden auch nur halbwegs gelungenen Kallauer in der Karnevalsbütt, sowie Details über sexy Waden von Gardemädchen nachlesen. Was ist bloß mit den Journalisten los, dass sie auf diese Weise dem Folklorismus und der Spaßgesellschaft frönen? Warum sind die laut offiziellen Schätzungen über eine Million in der Republik lebenden Migranten ohne Papiere, gezwungen, in einer Schattenexistenz ohne Krankenversicherung, Recht auf Arbeit und Menschenwürde zu leben, nur als Sekundärthema interessant? Hat dies mit dem Fakt zu tun, dass sozial eingestellte Menschen, die Migranten ohne Papiere helfen, sich nach dem Ausländergesetz strafbar machen? Oder damit, dass Flüchtlingsinitiativen ihre konkrete Hilfe für illegalisierte Menschen nicht mehr öffentlich thematisieren, weil sie befürchten müssen, dass ihre Solidarität und Unterstützung unter staatliche Repression gestellt wird?

Amtsargon übernommen

In Deutschland herrsche ein Debattestand, der anderen Ländern (Frankreich, Spanien oder Italien) rund 20 Jahre hinterherhinke, konstatiert die promovierte Kulturanthropologin Sabine Hess (Kanak attack). Statt den offensiven Umgang mit Migrationschancen zu schärfen, das Recht der Flüchtlinge auf ein Leben gemäß den in der Verfassung garantierten Grundrechten politisch zu vertreten, sei „Unsichtbarmachen und bewusste Unterrepräsentation“ angesagt. Berich-

teten deutsche Medien aber, so geschehe dies oft nach Mustern, die einen gefährlichen Diskurs der Klassenunterschiede vorantrieben. Folgende Stigmatisierungen haben Ula Sener und Vassilis Tsianos (Gesellschaft für Legalisierung) ausgemacht: Zunächst gebe es den „Kriminalisierungsdiskurs“. „Gefährliche Fremde“ ließen Moderatoren „ins Land strömen“, kulturelle Diskrepanzen würden verfestigt, statt hinterfragt. Ein Beispiel hierfür ist die Berichterstattung des „Report München“. In aufgeregtem Tonfall wurde der Personalmangel beim Bundesgrenzschutz moniert. Am Münchner Flughafen müsse „Kontrollverzicht“ geübt werden, wurde der Amtsjargon übernommen. Kriminellen sei Tür und Tor geöffnet, so der katastrophendüstere Tenor. Stoiber und Schily wurden befragt, wie denn so etwas im bayerischen Ländle vorkommen könne. Und die andere Seite? Nicht der Rede wert?

Diskreditierend sei jedoch auch der vermeintlich wohlmeinende Tonfall, der Migranten als „unserer Hilfe bedürftige Opfer“ stigmatisiere. Die Sprecherfunktion übernehmenden Journalisten sogleich stellvertretend. Den als hilflos hingestellten Subjekten trauten sie offenbar nicht zu, sich selbst zu artikulieren, analysieren die Sozialwissenschaftler Ula Sener und Vassilis Tsianos. Zu kritisieren sei auch jene selektive Menschenfreundlichkeit, die Bleiberecht für einige Auserwählte erreichen will. Es sei schwerlich zu begründen, warum jene 300.000 bisher mit einer „Duldung“ hier lebenden Flüchtlinge sowie einige „Altfälle“ Amnestie erhalten, andere aber weiterhin in ihrer Mobilität eingeschränkt werden sollten. Oder warum Flüchtlinge, die von Folter bedroht sind, Asyl erwarten können, nicht aber diejenigen, die der Armut entkommen wollen.

Problematisch ist vor allem der oft geübte Verzicht auf die Kontrolle staatlicher Behörden, eine der wichtigsten Aufgaben der Presse. Eine in diesem Zusammenhang interessante Frage: Wann wurde im Lokalteil der Zeitung oder im Regionalfunk etwa die letzte kritische Berichterstattung über das Ausländeramt veröffentlicht? Und zwar eine, die mehr Inhalt transportiert, als dass die Beamten ihr Bestes tun und die Klientel auf den Fluren halt nicht gut genug deutsch spricht, weshalb es bisweilen zu Missverständnissen komme. Wenn der Amtsjargon mit Vokabeln wie „Kontrollverzicht des Bundesgrenzschutzes“ oder „Gewährung des Bleiberechts“ kritiklos übernommen wird, spricht dies bereits für erhebliche Demokratiedefizite in den Medien. ■

Gitta Düperthal, freie Journalistin aus Frankfurt/Main

Titelthema Im Fokus: Publizistische Fotografie

- 4 **Die Verflachung in der publizistischen Fotografie**
Von Rolf Nobel
- 6 **Existenzbedrohende Auftragspraxis**
Von Helma Nehrlich und Günter Zint
- 8 **Bildagenturen – Partner der Fotografen?**
Von Mathias Thurm
- 9 **Renitente Fotografen bleiben draußen**
Von Silke Leuckfeld
- 10 **Kleiner Lichtblick**
- 10 **VG-Bild-Kunst – Stimme übertragen**
- 11 **Urheberrechtsreform: Was hat es gebracht?**
Von Rüdiger Lühr
- 12 **Verstellter Blick**
- 13 **Verkaufsschlager-Fotos**

Kolumne

- 02 **Lediglich ein Sekundärthema**
Von Gitta Düperthal

Medienpolitik

- 14 **Journalisten Zutritt verweigert**
- 15 **Plädoyer für zivile Neugier**

Print

- 16 **„Frankfurter Rundschau“: Problematischer Strohhalm**
- 17 **Freiheit der Freien**
- 18 **Der Kampf um Alternativen – 25 Jahre taz**
Von Martin Kempe
- 19 **„Kleinliche Rachemaßnahmen“**
- 21 **Trotz Wirtschaftsflaute im Aufwind**
- 21 **Buchtipp: Eine ganz normale Familie**

Presserat

- 20 **Erfolgreicher Weg der Selbstkontrolle**
Von Manfred Protze
- 20 **Diskriminierung von Asylbewerbern**

Rundfunk

- 22 **Verhäckselung und Verzeitfunktung**
- 23 **Für eine lebendige Kultur**
- 24 **Big Brother beim Branchenprimus**
- 24 **n-tv zieht nach Köln um**
- 25 **Gebührenanpassung „erreichbares Ziel“**
- 25 **Deutsche Welle: Streiks am Morgen**

Film

- 26 **CinemaxX: Ein dreister Vorwurf**
- 26 **Filmtipp: Aus Liebe zum Volk**

Medien International

- 27 **Ende der Franco-Strukturen**
- 27 **USA: Journalisten-Feinde aus „Freundes-Ländern“**
- 28 **Erfolgreicher Kampf gegen Repressalien**
- 29 **Kein Nebenjob als Spion**
- 29 **Aktion für Rachim Esenow**

Rubriken

- 30 **Service / Web-Impressum ein Muss**
- 31 **Tarifergebnis**
- 32 **Service / Seminare**
- 34 **Leute / Preise**
- 34 **Impressum**



Streikdokumentation: Bezug über die Landesbezirke und als Download unter: www.dju.verdi.de

Verflachung

in der publizistischen Fotografie

Einmischen über den „Brotjob“ hinaus, unabhängig von Zeitgeist und Trends

Von Rolf Nobel

Schaut man sich die Fotos an, die so wöchentlich in deutschen Magazinen zu sehen sind, dann muss man feststellen, dass mehr und mehr Fotos die Bezeichnung journalistisch nicht verdienen. Ihr illustrativer Charakter dominiert, eine journalistische Haltung sucht man vergeblich. Alles ist schön bunt, griffig und inszeniert. Inhalte sind selten.

Diese Bilder umspülen die Werbeanzeigen, deren Wirkung sie damit vielleicht nicht unbedingt verstärken, sie in keinem Falle aber vermindern sollen. Seit vielen Jahren hält sich in der Branche hartnäckig das Gerücht, dass ein amerikanischer Getränkehersteller mit der direkten Einflussnahme auf den redaktionellen Teil begonnen haben soll, indem er vor dem Schalten einer Anzeige darauf bestand habe, dass 10 Seiten davor und danach keine Toten abgebildet werden dürften. Niemand hat bislang den Beweis für dieses Gerücht finden können, aber bei genauem Studium vieler Magazine ist man geneigt, an einen wahren Kern zu glauben. Oder kann sich jemand vorstellen, dass es ein Herrenparfüm-Hersteller locker nehmen würde, wenn seiner Anzeigenseite gegenüber ein Salgado-Foto von einem hungernen Kind im Sudan abgebildet würde?

■ Vermischung mit PR

Immer häufiger lassen sogar seriöse Blätter die Protagonisten ihrer Geschichten vorher casten, damit die Hauptfigur einer Geschichte nicht etwa wegen ihres unvorteilhaften Äußeren (igittigitt) die drumherum platzierten Anzeigen und die Kaufempfehlungen teurer Luxusprodukte konterkariert.

Ganz ungeniert nutzen viele Blätter daneben in wachsender Anzahl PR-Fotos mit unternehmerisch-werblichem Charakter, die offenbar ohne Gewissensprobleme in das journalistische Umfeld integriert werden, als gäbe es die Schamgrenzen nicht, die der Presserat aus gutem Grund gegen die Vermischung

von Werbung und redaktionellem Teil eingerichtet hat. Bei Fotos aber wird eine derartige Vermischung nie gerügt. Dabei ist es eine hinlänglich bekannte Tatsache, dass die Leser von Tageszeitungen und Magazinen dem gedruckten Bild eine größere Glaubwürdigkeit unterstellen als dem gedruckten Wort. Umso wichtiger ist es also, dass gerade in der journalistischen Fotografie sauber zwischen PR und Journalistik getrennt wird.

Wenn man aber offenbar so wenig über die Verbindung von Auftraggeber und Intention von Fotos nachdenkt, kein Wunder, dass in deutschen Schulbüchern noch immer die Fotos von Hitler-Fotograf Heinrich Hoffmann abgedruckt werden, ohne dass offenbar jemand dabei Skrupel empfindet. Diese Hitler-Fotos wurden einst zu Propagandazwecken gemacht und ohne jeglichen Verweis darauf landen sie in Schulbüchern, mit denen man Kindern die Zeit des Nationalsozialismus erklären will.

Ein absurder Vergleich? Auch PR-Fotos werden von den auftraggebenden Unternehmen mit der Absicht gemacht, ihr Unternehmen möglichst positiv, also dynamisch, erfolgreich, umweltgerecht, sozial eingestellt usw. darzustellen. Einen journalistischen Ansatz wird man dagegen kaum finden. Trotzdem haben diese kostenlosen PR-Fotos reißenden Absatz. Hauptsache honorarfrei, scheinen die Redaktionen zu denken und man kann ihnen das fast verzeihen, unterscheiden sich diese Fotos doch ohnehin kaum noch von jenen oberflächlichen „journalistischen“ Bildern, die ansonsten als illustrative Vignetten die Magazinsseiten garnieren.

■ Mehr dekorativ als journalistisch

Leider machen selbst Organisationen, die es eigentlich anders sehen sollten, bei dieser inhaltsleeren fotografischen Buntmalerei mit und verwischen somit den Unterschied zwischen journalistisch und dekorativ. Beim World Press Award zum Beispiel, der doch eigentlich

die stärksten journalistischen Fotos des vergangenen Jahres küren sollte, landen auf den ausgezeichneten Plätzen immer häufiger Bilder, deren journalistische Aussage gleich null, deren ästhetisch-dekorative Wirkung dafür aber hoch ist. Labors werden mit bunten Blitzen in Discotheken verwandelt, Nachtaufnahmen von Städten bekommen durch Überlichtung Disneyland-Charakter und negieren etwaige Unterschiede in den Motiven. Auch beim FreeLens Layout Preis muß sich der Betrachter manchmal fragen, was die ausgezeichneten Arbeiten noch mit journalistischer Fotografie zu tun haben. Dabei war der Verband der Fotojournalistinnen und Fotojournalisten mit diesem Preis angetreten, um das gute Layout fotojournalistischer Arbeiten zu küren, um deren angemessene und herausragende Veröffentlichung man sich Sorgen machte.

■ Qualität und Zeit

Nun ist die Verflachung in der publizistischen Fotografie beileibe keine Entwicklung, die allein den Fotografen oder ihren Organisationen anzulasten ist. Die begrenzte Zeit und die immer angespanntere finanzielle Lage tun ihr übriges. Es liegt auf der Hand, dass ein genaueres Hinsehen des Fotografen in der Regel auch zu genaueren und tiefergehenden Einblicken führt. Dazu aber fehlt zumeist die Zeit, die Zeiträume für Aufträge werden immer knapper bemessen. Und wer aufgrund des wachsenden finanziellen Drucks mehr Aufträge bewältigen muss, hat nun mal nicht soviel Muße zum genauen Hinschauen und zum geistigen Durchdringen eines Themas. Es kommt schließlich nicht von ungefähr, dass auf Festivals und in Ausstellungen zumeist jene Arbeiten am meisten beeindruckten, die als Langzeitprojekte fotografiert wurden oder wo die Auftraggeber den Fotografen komfortabel mit Zeit ausgestattet haben. Der kausale Zusammenhang von Qualität und Zeit wird in diesen Arbeiten

Rolf Nobel, 53, ist Professor für Fotografie an der FH Hannover, wo der Schwerpunkt auf Fotojournalismus und Dokumentarfotografie liegt

mit einem Mal sehr deutlich. Die Gründe für den wachsenden finanziellen Druck sind zahlreich. Da ist zum einen die Digitalisierung. In immer kürzeren Quantensprüngen verändert und verbessert sich die digitale Technik. Den Fotografen, die dieser Entwicklung auf den Fersen bleiben wollen und müssen, bleibt weniger Zeit, um das eingesetzte Kapital amortisieren zu können. Und dieses Kapital hat längst Höhen erreicht, vor denen wir Fotografen uns vor einigen Jahren nicht einmal in unseren schlimmsten Alpträumen gefürchtet haben. Damals hat eine gute Profikamera etwa 1.000 Euro gekostet, heute gibt man für eine gute Digitalkamera locker 4.000 Euro aus, und damit liegt man nicht einmal im obersten Preisbereich. Dazu kommt der obligatorische Laptop-Computer, ohne den es sich kaum lohnt, auf Reportagereisen zu gehen und der mindestens 1.500 Euro kostet. Eine 1–2 GB-Flashcard schlägt mit weiteren 400–600 Euro zu Buche. Ein naiver x-beliebiger Unternehmer würde nun vermutlich denken: Macht ja nichts, das investierte Kapital rechne ich in meine Betriebsrechnung hinein und lasse es über den Preis meiner Ware wieder zurück in meine Kasse fließen. Nicht so bei den Fotografen: Fast jede Redaktion erwartet, dass die Filmersparnis der digitalen Fotografie an sie durchgereicht wird. Fast nirgendwo im journalistischen Bereich zahlt eine Redaktion für die digitalen Bilder eine Scan-Pauschale. So ist das digitale Fotografieren lediglich bei frei produzierten Fotos ein Vorteil für den Fotografen, der dadurch das Produktionsrisiko etwas verringert.

■ Agenturverkauf geht zurück

Die lang anhaltende Krise der Printmedien und die Digitalisierung schlägt seit geraumer Zeit auch auf Fotoagenturen durch und damit auch auf jene Fotografen, die einen Teil ihres monatlichen Einkommens aus den Verkäufen ihrer Fotoagentur beziehen.

So haben die zurückgehenden Aufträge aus den Redaktionen, die man am Jahresende an sinkenden Umsatzzahlen auf der Einkommenssteuererklärung nachlesen kann, noch weitergehende Folgen, auch der Agenturverkauf geht zurück. Der aber bringt für viele Kolleginnen und Kollegen ein zusätzliches Stück soziale Sicherheit oder macht gar einen notwendigen Anteil vom Gesamteinkommen aus, ohne den man nicht über die Runden kommt. Das hat seine Ursachen nicht nur in der zunehmenden Zahl von Fotografen, für die sich der Kuchen

nun in eine wachsende Anzahl von demzufolge kleineren Stücken aufteilt. Hinzu kommt, dass über die wie Pilze aus dem Boden schießenden digitalen Plattformen immer mehr Bilder auf den Markt kommen. Kam noch vor einigen Jahren nur ein halbwegs ernsthaft fotografierender Profi überhaupt in eine Fotoagentur und darüber seine Fotos auch in den Umlauf, so können heute selbst ambitionierte Amateure ihre Bilder über digitale Plattformen gegen eine Gebühr auf den Markt bringen. Da aber der Bilderbedarf nicht in dem gleichen Maße steigt, wie die Zahl der angebotenen Fotos, bleibt für den einzelnen Fotografen weniger Honorar.

■ Kürzere Halbwertzeit

Soll es nach der Veröffentlichung einer Auftragsarbeit und nach Ablauf der Sperrfrist mit dem Material zur Zweitverwertung in die Agentur gehen, dann kommt der nächste Frust: „Früher hast Du von einer solchen Reise aber mehr Fotos mitgebracht“, säuern einen nicht selten die Kollegen in der Agentur an. „Früher habe ich auch dreimal so lange an einem solchen Thema

arbeiten können“, grantelt man zurück. Tatsächlich weist die beschriebene Szene auf ein weiteres Problem hin. Eine Agentur bleibt am Markt nur dann für die Kundschaft attraktiv, solange ständig neues Material angeboten wird. Da aber die Zeiten der vielen und ausgedehnten Aufträge vorbei sind, kommt immer weniger Fotomaterial zur Zweitverwertung in die Agentur. Zudem werden die „Halbwertzeiten“ von Fotos immer kürzer. Vorbei sind die Zustände, wo man die Fotos noch ohne Datumsangabe der Aufnahme hat verkaufen können. Heute müssen von Kundenseite alle Bilder mit dem Aufnahmedatum versehen sein und bei zwei, drei Jahre alten Fotos wird nicht selten die Nase gerümpft und eine Verwendung abgelehnt. Für eine permanente Erneuerung des Materials aber bekommen die Fotografen einer Agentur nicht die

„Noch immer tragen Fotografen gewichtig dazu bei, was in Magazinen veröffentlicht wird ... Eine solche Autorenschaft verlangt als Konsequenz auch das Reflektieren von Fragen der Ethik, Berufsmoral und der Rolle der Medien in der Gesellschaft. Stärker als bislang müssen wir uns zu Wort melden und der grassierenden kulturellen Seichtheit entgegenzutreten, die längst auch die Fotografie erreicht hat.“

Foto: Hermann J. Haubrich



notwendigen Aufträge. Für die Agentur und ihre Fotografen führt das zu der Konsequenz, dass sie sich diese Aufträge selbst geben müssen. Fotograf und Agentur werden zu eigenen Auftraggebern und das mit vollem Risiko und eigenem Kapitaleinsatz. Nur wenige Fotografen kommen mit diesem neuen Selbstverständnis klar. Viele können es sich auch einfach nicht leisten.

Um so verwunderlicher und hoffnungsvoller ist es, dass noch immer Kollegen neben den sogenannten „Brotjobs“ an eigenen Projekten arbeiten, unabhängig von Auftraggebern, unabhängig von Zeitgeist und Trends. Die Hochschulen haben in der Bestärkung von Fotogra-

fen, die sich als Autoren verstehen, eine wichtige Funktion. Und gerade die Abgänger von Hochschulen sind es häufig, die über ihre ambitionierten Themen die Diskussion um Werte und Qualität anregen. Arbeiten wie Wolfgang Müllers Buch „Karat“ über Straßenkinder in St. Petersburg oder Andreas Reegs Buch „Menschen mit Down-Syndrom“ stehen dafür.

Noch immer tragen Fotografen gewichtig dazu bei, was in Magazinen veröffentlicht wird, nicht nur über die Auftragsarbeiten. Häufig sind es ihre Themenvorschläge, die zu Magazin-Geschichten werden. Oder es ist die herausragende Qualität ihrer Arbeit, die zu einer Veröffentlichung führt. Eine solche

Autorenschaft verlangt als Konsequenz auch das Reflektieren von Fragen der Ethik, Berufsmoral und der Rolle der Medien in der Gesellschaft. Stärker als bislang müssen wir uns zu Wort melden und der grassierenden kulturellen Seichtheit entgegentreten, die längst auch die Fotografie erreicht hat. Tun wir das nicht, dann überlassen wir das Feld allein den Bildverwertern, den Fotofunktionären und den Branchenschreibern. Wir aber sind letztlich die Urheber all dessen, wovon diese beruflich leben. Also mischen wir uns ein, ansonsten dürfen wir uns nicht beschweren, wenn sich unsere Arbeit irgendwann gänzlich auf dem Niveau reiner Illustrationen abspielt. ■

Fotografen bei der Arbeit – ein Archivbild, das 1968 auf dem Titel der „Feder“ abgebildet war, Vorgänger der «M».

Existenzbedrohende Auftragspraxis

Kaum noch eigene Bildredaktionen und Total-buy-out-Verträge für Freie

Von Helma Nehrlich und Günter Zint

Bildredaktionen bei Tageszeitungen werden verkleinert, festangestellte Fotografen entlassen und bestenfalls noch als Pauschalisten weiter beschäftigt. Abdruckhonorare haben bei regional verbreiteten Zeitungen mittlerweile ein Niveau erreicht, dass selbst bienenfleißige Fotografen damit nur schwer über den Monat kommen können.

Von mediafon zusammengetragene Honorarspiegel weisen 10,23 Euro pro Foto bei den „Aachener Nachrichten“ oder 6,39 Euro bei der „Augsburger Allgemeinen“ bis zu 15,34 Euro bei der „Wuppertaler Rundschau“ aus. Dabei sind, so besagen Schätzungen, von den etwa 4.000 Bildjournalisten hierzulande nur noch um die 100 fest angestellt. Die Digitalisierung der Fotografie, die zunächst als rein technischer Fortschritt daherkam, hat einen umfassenden Strukturwandel in den Arbeitsabläufen befördert. Das Fotografieren ist scheinbar einfacher, auf jeden Fall aber schneller und dezentraler geworden. Eigene Bildredaktionen erscheinen den Verlegern zunehmend als Luxus. Doch selbst dort, wo Outsourcing-

Lösungen zunächst rundum vorteilhaft schienen, wandelt sich das Bild. Bei der „Eßlinger Zeitung“ sah der bis vor einigen Jahren fest angestellte Fotograf die Chance, als Freier mehr Raum für künstlerische Arbeit zu gewinnen. Er blieb der Zeitung vertraglich verbunden. Das von ihm gegründete Büro beliefert die Redaktion der in Esslingen und Umgebung mit 37.000 Exemplaren verbreiteten Regionalzeitung nach wie vor mit sämtlichen aktuellen Fotos. Allerdings wurde der Honorarrahmen dafür inzwischen zweimal gesenkt.

■ Mischlösungen

In großen Häusern dominieren Mischlösungen. Beim Berliner Verlag etwa erfüllt die dreiköpfige Bildredaktion der „Berliner Zeitung“ nur noch administrative und organisatorische Aufgaben. Man arbeitet mit sieben Pauschalisten – davon einem auf Recherche spezialisierten – und einer Reihe von Freien zusammen, die allesamt die rechteaufzehrenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages akzeptieren mussten. Die Erstdruckhonorare liegen mit



Foto: Günter R. Reitz

reichlich 63 Euro für eine rund 200.000-Auflagen-Zeitung noch im nennenswerten Bereich, sind aber seit Jahren nicht gestiegen. Auch die Fotobeschaffungspraxis beim bildintensiven Boulevardblatt aus gleichem Hause, dem „Berliner Kurier“, ist vom „Drehen an der Kostenschraube“ gekennzeichnet, so Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch. Wo möglich, würden Agenturmaterial oder kostenfreie Angebote aus dem Internet genutzt. Zwar arbeiten im Fotoressort neben der Chefin und einer Sachbearbeiterin noch vier Bildredakteure, die teilweise auch selbst fotografieren, doch die elf Pauschalistenverträge für Freie wurden zum Jahresende 2003 allesamt gekündigt. Nun dürfen sich die Fotografen für Einzelaufträge zu Honoraren verdingen, die „weit unter den Empfehlungen der Mittelstandsvereinigung Foto-Marketing liegen“. Eine so genannte „Umfragepauschale“ etwa, für die eine unbestimmte Anzahl Kopfporträts zu liefern ist, liegt bei 92,03 Euro. Die Tagespauschale für einen bis zu achtstündigen Einsatz beträgt 178,98 Euro. Die Verwertung der Fotos im Internet ist mit dem „Grundhonorar“ ebenfalls abgegolten. „Solche Honorar- und Auftragspraxis geht den freien Fotografen teilweise echt an die Existenz“, weiß die Betriebsratschefin aus Gesprächen.

■ Hohe Zeit für Onlineverkäufer

Nicht nur die Honorare, auch die Vertragsbedingungen für Fotokäufe werden immer fragwürdiger. 2003 wurde zumindest der Versuch der „Bild-Zeitung“, digital angefertigte Bilddaten als urheberrechtlich gar nicht geschützt zu behandeln, vom Hamburger Landgericht zurückgewiesen. Doch Allgemeine Geschäftsbedingungen, die bestimmen, dass der Fotograf mit einmaliger Honorierung sämtliche Nutzungsrechte an den Verlag überträgt, werden immer üblicher. Solche Total-buy-out-Verträge, deren Konformität mit dem Urheberrecht mehr als fraglich ist, besiegeln die Übertragung „sämtlicher Nutzungsrechte und verwandter Schutzrechte“ und verwehren nicht selten – wie etwa im Fall des hauptstädtischen TIP-Verlages, der ein Stadtmagazin herausgibt – sogar „Auskunftsansprüche über vorgenommene Verwertungen“. Wer solche Knebelverträge nicht unterschreibt, hat in der Regel den Schaden. Bildverwerter andererseits offerieren 100 Prozent lizenzfreie Fotos bei einmaliger Downloadgebühr. Digitalvision warb vor einiger Zeit auf der Titelseite mit dem Spruch „Lassen sie sich nicht erpressen...“

und diffamierte damit die legalen Honorarforderungen von Fotografen und seriösen Bildagenturen. Stattdessen wurde das eigene Onlinearchiv als preiswerte Lösung angeboten. Der Sittenverfall im Urheberrecht wird so schließlich befördert und die Selbstbedienungsmentalität in Redaktionen und Verlagen angestachelt.

Redakteure in den Fachressorts, die sich nach Wegfall spezialisierter Fotoabteilungen selbst um die Illustrierung von Beiträgen bemühen müssen, besitzen keine Kontakte zu professionellen Bildjournalisten, sie werden nach der Devise „bei Google gibt’s doch alles“ im Internet fündig. Oder sie fotografieren mit Digitalkameras selbst. Speziell in Lokalredaktionen geht der Trend dahin, Texter zu Terminen zu schicken, von denen sie das Foto gleich mitbringen sollen. Die Qualität leidet, aber seit im vergangenen Jahr sogar der Bundesgerichtshof bestätigt hat, dass Fotografieren zum Aufgabenbereich von Redakteuren gehört, ist dem auch juristisch schwerer Einhalt zu gebieten. Mitunter hilft Verweigerung. Beim „Schwäbischen Tagblatt“ in Tübingen und den Außenredaktionen wurden die Digitalkameras zwar angeschafft, bisher aber selten genutzt. Auf „nicht mal fünf Prozent“ schätzt Betriebsratsmitglied Hagen Klug den Anteil solcher Redakteursschnappschüsse, die ohnehin nur gemacht würden, wenn die zwei festangestellten Bildredakteure und die drei festen Freien Terminprobleme haben. Nachdem die „Journalisten neuerdings aus Spargründen bereits die Techniker beim Umbruch ersetzen müssen“, sei es Unsinn, „auch noch im Fotobereich zu dilettieren“, beharren sie.

■ Fotoredaktion in Hamburg aufgelöst

„Die Geschäftsführung der taz in Berlin hat beschlossen, die Hamburger Fotoredaktion aufzulösen und den beiden fest angestellten Redakteuren ... bereits gekündigt.“ Diese Mitteilung konnten Anfang des Jahres alle Leser der Hamburger Ausgabe der „Tageszeitung“ auf ihren Lokalseiten finden. Den Protest gegen diese „menschlich unmöglich(e)“ Maßnahme verbanden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Ausgabe mit der Befürchtung, dass „die journalistische Qualität der taz Hamburg leiden wird“, wenn künftig „die schreibenden Redakteure auch fotografieren oder mit Symbolfotos arbeiten müssen“. Dennoch bleibt die Hoffnung, auf die Bilder der langjährigen Fotoprofis nicht verzichten zu müssen. Leser und

Genossenschafter sind inzwischen mobilisiert, „bombardieren die Geschäftsführung mit Fragen und drohen Kündigungen an“, weiß Betriebsratschef Hans-Martin Kühnel. Die beiden Fotografen klagen.

■ Agenturen bestimmen Illustrationsmonopol

Die überregionalen Tageszeitungen bedienen sich im Politik- und Wirtschaftsteil überwiegend bei den großen Nachrichtenagenturen. Von individueller Bildsprache kann da kaum noch die Rede sein. Die großen Bildanbieter wie Getty Images, Corbis, Masterfile, Keystone oder auch nationale Agenturen wie dpa, ddp oder action press bestimmen über ihr Illustrationsmonopol zunehmend auch Themen. Selbst bei den größten Online-Anbietern ist abseits vom Mainstream wenig zu holen, gesellschaftliche Randgruppen und Konflikte in der Arbeitswelt sind für sie Randthemen, die kaum bedient werden. In Beilagen und auf Ratgeberseiten werden zunehmend auch für die Redaktionen kostenlose PR-Fotos eingesetzt. Gegen solche Trends, die mit Einsparbestrebungen der Verleger konform gehen, kann der einzelne Bildjournalist kaum ansetzen. Hier sind Gewerkschaften und andere berufliche Interessenverbände, ist eine mündige Öffentlichkeit gefragt, müssen Qualitätsansprüche eingefordert werden.

Sich den neuen technischen Entwicklungen zu verschließen, macht keinen Sinn. Ein Fotograf, der heute nicht im Internet auffindbar ist, ist für den Markt kaum noch vorhanden. Die eigene Webseite wird für Freie und Fotografenbüros immer zwingender. Doch wenn schon die fortschreitende Digitalisierung Investitionen nötig machte, so fordert der Anschluss an die Direktvermarktung via Internet weitere. Deshalb sollte Sorgfalt und Zeit auf der Suche nach einem geeigneten Vermarktungspartner verwandt werden. Neben reinen Bildagenturen – wo man Anfangsinvestitionen spart, aber fortan einen beträchtlichen Teil des Honorars für die Vermittlung verliert – haben sich mittlerweile auch Plattformen und virtuelle Marktplätze gegründet, die von Fotografen selbst verwaltet oder zumindest genau auf die Bedürfnisse von Freien zugeschnitten sind. Oft sind solche Datenbanken mit den Internetseiten der Fotografen verlinkt, Handling und Abrechnung laufen zwischen Bildautor und Kunden direkt. Als Orientierung, mit welchen Partnern der Anschluss ans digitale Zeitalter zu schaffen ist, schlagen wir eine kleine Auswahl vor (vgl. Marginalie). ■

Online-Fotoanbieter:

www.mecom.de
www.picturemaxx.com
www.picturealliance.de

Virtuelle Marktplätze:

www.augenklick.de
www.bilderrepublik.de
www.photopool.de
www.photoweb.de
www.topixx.com
www.xxpool.de

Portfolioplattformen und Fotosuchmaschinen:

www.fotofinder.net
www.fotomarktplatz.de
www.freelens.com
(www.fotojob.de)
www.photosearch.de
(nur für BVPA-Mitglieder)

Virtuelles Fotografieforum:

www.fotoinfo.de

Bildagenturen – Partner der Fotografen?

Immer mehr lizenzfreie Bilder überschwemmen den Markt

„Wenn Sie ein Produkt von Digital Vision erwerben, erhalten Sie eine weltweit gültige, lebenslange Lizenz, die es Ihnen ermöglicht, das Produkt zu nutzen, wann, wo, wie und sooft Sie wollen (...) zu einem Bruchteil der Kosten von urheberrechtlich geschützten oder in Auftrag gegebenen Bildern.“ Ankündigungen wie diese, mit denen die Werbewirtschaft und Medien immer häufiger geködert werden, lassen freie Fotografinnen und Fotografen unwillkürlich zusammenzucken.

Der Markt lizenzfreier Bilder wächst rasant. Die Agentur Mauritius verkauft inzwischen rund ein Viertel ihrer 400.000 Fotos lizenzfrei über die so genannte „Royalty Free“-Schiene. Täglich kommen nach eigenen Angaben 500 neue Bilder dazu. Auch Keystone, mit vier Millionen Fotos im Angebot auf nationaler Ebene einer der Branchenriesen, plant den Einstieg ins Royalty Free-Geschäft. Gleichzeitig schießen Unternehmen, wie Digital Vision, Pictal, Pixland, Bananastock, Superstock, Goodshoot, die ausschließlich urheberrechtsfreie Bilder vertreiben, wie Pilze aus dem Boden. Bei der Kölner Agentur Elocon erhält man schon für acht Euro Fotos mit unbegrenzter Nutzungslizenz. Gar nicht zu reden von der wachsenden Zahl der Fotos, die von PR-Agenturen, zum Beispiel für die Reisebeilagen von Tageszeitungen, völlig kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Wenn sich vor diesem Hintergrund die Bildagenturen, wie auf der Picta in Hamburg, als Partner der Fotografen darzustellen versuchen, muss dies als sehr einseitige Betrachtung eines ungleichen Verhältnisses erscheinen. Dabei geht es weniger um individuelle Vorwürfe, als um die Folgen eines gravierenden Strukturwandels des Bildmarktes. Wer wollte den Agenturen widersprechen, wenn sie betonen, dass sie großen Wert

auf ein gutes Verhältnis zu ihren Fotografinnen und Fotografen legen? „Es macht keinen Sinn, die Bilderlieferanten zu quälen“, sagt Jan Leidicke, Inhaber von Keystone. Mauritius-Chef Hans-Jörg Zweg möchte seinen Fotografinnen und Fotografen gar „eine Heimat geben“. „Wir unterstützen sie zum Beispiel, indem wir Themen vorgeben und Projekte vorfinanzieren.“ Beide Agenturen beteiligen die Lieferanten ihrer urheberrechtlich geschützten Fotoarchive denn auch mit 50 Prozent an den Umsätzen, was heutzutage, vorsichtig formuliert, nicht unbedingt mehr die Regel ist.

■ Zeitlos Seichtes

Probleme bekommen die Fotografinnen und Fotografen eher durch das wachsende Royalty Free-Segment. Individuell betrachtet fahren die Produzenten lizenzfreier Ware womöglich gar nicht schlecht, wenn sie ein von der Zahl und der Art der Veröffentlichung unabhängiges, einmaliges Honorar vereinbaren. Einmal im Netz oder auf

CD überschwemmt die Massenware jedoch den Markt und macht damit denjenigen Kolleginnen und Kollegen das Leben schwer, die nach wie vor auf Abdruckhonoraren und Urheberrechten bestehen. Um lizenzfreie Bilder in Millionenaufgabe erfolgreich in den Markt zu drücken wie Hosenkнопfe oder Chickenwings bedarf es jedoch einer weiteren, entscheidenden Voraussetzung: Die Bildsprache muss sich dem Massengeschmack anpassen. Diese Entwicklung ist inzwischen weit fortgeschritten mit spürbaren Konsequenzen. Immer mehr Ereignisse werden durch zeitlose Studioaufnahmen illustriert. Gefragt sind vor allem Promis, Buntes, Seichtes, Palmenstrände. Wer auf der Website von Mauritius beispielsweise den Suchbegriff „Gewerkschaft“ eingibt, erhält aus 400.000 Fotos ganze 15 Angebote. Darunter nur ein Foto mit einem „echten“ Gewerkschafter: Jimmi Hoffa aus den USA, ein Foto von 1957. Der klägliche Rest: sorgfältig arrangierte und ausgeleuchtete Stilleben mit Blau-

mann, Arbeitshelm, Maurerkelle und Schraubenschlüssel. Selbst Visum, bekannt als Agentur für anspruchsvolle Autorenfotografie, bekommt die veränderte Bildästhetik zu spüren. Beim Blättern durch die Abdrucke der jüngsten Zeit fällt der Blick auf immer dieselben, altbekannten Standardmotive: die Bankenskyline von Frankfurt, die Oper von Sydney oder die Flagge der Schweiz, der Europäischen Union oder irgendeines anderen Landes.

■ Was der Markt verlangt

„Das sind die Motive, die sich verkaufen“, sagt Visum-Geschäftsführer Lars Bauernschmitt, gleichzeitig Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Pressebildagenturen und Bildarchive (BVPA), Veranstalter der Picta. Man mag diese Entwicklung beklagen oder sich ihr anpassen. Verantwortlich sind die Agenturen dafür nicht zu machen. Sie liefern nur das, was der Markt verlangt, das jedoch in perfekter Qualität. Denn darin sind sich Leidicke, Zweg und Bauernschmitt einig: In technischer Hinsicht werden die Anforderungen an die Fotografinnen und Fotografen weiter steigen. Mathias Thurm ■

Auf der Bildagentur-Messe PICTA in den Deichtorhallen in Hamburg. Über 3.000 Besucher zählte die zweite Fachmesse dieser Art in Deutschland mit 66 Ausstellern.



Foto: Günter Zint



Foto: transit

Renitente Fotografen bleiben draußen

„Der Tagesspiegel“ streitet trotz verlorenem Prozess weiter

Fotos einmal bezahlen, aber mehrfach und in verschiedenen Zeitungen des Konzerns drucken – davon träumt mancher Verleger. „Der Tagesspiegel“ hatte genau dies versucht und sich vor dem Landgericht Berlin eine blutige Nase geholt. Doch trotz des Urteils ist der Streit noch nicht beendet. „Der Tagesspiegel“ hat diese Niederlage offenbar nicht verwunden und führt eine „schwarze Liste“ von renitenten Fotografen.

Fünf Fotografen hatten mit Unterstützung der IG Medien, FreeLens und dem DJV gegen die Praxis des „Tagesspiegel“ geklagt, ihre Fotos ohne zusätzliches Honorar auch in den, ebenfalls zum Holtzbrinck-Konzern gehörenden, „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ (PNN) zu veröffentlichen. „Ich habe dem ‚Tagesspiegel‘ Archivmaterial verkauft, im Schnitt haben sie ungefähr zwei Fotos von mir im Monat gedruckt“, sagt Dietmar Gust. Das Landgericht Berlin hatte bereits 1999 entschieden, dass die Fotografen ein Recht auf zusätzliches Honorar haben. Bis heute wird über die Höhe gestritten. „Der Tagesspiegel“ wollte lediglich acht Mark Aufschlag zahlen, die Fotografen

fordern aber, dass das Honorar nach den Empfehlungen der Mittelstandsvereinigung Foto-Marketing (MFM) gezahlt wird.

■ Pflichtangebot Homepage

Vor dem Landgericht Berlin bekamen die Bildjournalisten auch mit dieser Forderung Recht. „Der Tagesspiegel“ ging in Revision beim Bundesgerichtshof (BGH). Die Entscheidung steht noch aus. Sollte der BGH ebenfalls entscheiden, dass nach MFM gezahlt werden muss, hätte dies Auswirkungen auf alle Fotografen und Verlage in Deutschland. Denn in dem neuen Urhebervertragsgesetz hat der Gesetzgeber „eine angemessene Vergütung“ vorgesehen. Bisher ist nicht geklärt, was genau darunter zu verstehen ist. Nach Einschätzung von Dr. Christian Donle, Rechtsanwalt der klagenden Fotografen, würde im Fall eines positiven Urteils, MFM auch für das Urhebervertragsgesetz gelten. Doch nicht nur vor Gericht ist das Problem noch nicht abschließend geklärt. Die Verantwortlichen des „Tagesspiegel“ versuchen nach ihrem Scheitern vor Gericht auf anderem Weg das Honorar zu sparen. Mit All-

gemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) sollen Fotografen gezwungen werden, auf ihre Nutzungsrechte und damit auch auf die Bezahlung zu verzichten. Wer nicht mitspielt, dessen Fotos werden nicht mehr gedruckt. Dass es die „schwarze Liste“ beim „Tagesspiegel“ immer noch gibt, musste ein Bildjournalist erst kürzlich erfahren. Obwohl eine „Tagesspiegel“-Autorin Fotos des freien Fotografen gern zur Illustration eines Beitrages genutzt hätte, verlief sein Gespräch mit der „Tagesspiegel“-Fotoredaktion kurz und bezeichnend. Der Bildjournalist wies darauf hin, dass er die AGB nicht unterschrieben habe und der Rückzieher folgte prompt: „Dann haben wir leider kein Interesse.“ Betroffen sind von dieser Geschäftspraxis nicht nur die klagenden Bildjournalisten, sondern alle Fotografen, die nicht bereit waren, die AGB zu akzeptieren. Die Auswirkungen auf den Einzelnen sind unterschiedlich: Einige verloren dadurch ihren Hauptauftraggeber, für die meisten war der Abdruck im „Tagesspiegel“ lediglich ein Zuverdienst. So auch für Dietmar Gust. Er arbeitet hauptsächlich für Magazine und hat sich am Markt trotz der allgemeinen Krise behauptet. „Wichtig ist, nicht mit

Mit Füßen getreten „Du sollst nicht begehren Deiner Fotografen Rechte“ forderten etwa 100 Fotografen Anfang März 1999 vor dem Verlagsgebäude „Der Tagesspiegel“ in Berlin. Die Fotografenvereinigung FreeLens, IG Medien und der Deutsche Journalistenverband hatten zu der Aktion aufgerufen. Ein Fototeppich bedeckte die Straße vor dem Verlag, um zu symbolisieren, wie die Geschäftsleitung der Hauptstadtzeitung die Urheberrechte seiner freien Bildberichterstatte mit Füßen tritt. (siehe auch «M» 6/98, 1–2/99).

einer veralteten Ausrüstung zu arbeiten“, sagt Dietmar Gust. Auch eine Homepage gehört für ihn zum Pflichtangebot. „Für einen Kunden, der mich kennt, brauche ich keine eigene Internetseite“, betont er. Für neue Auftraggeber, die vorab Arbeiten sehen wollen, sei eine eigene Homepage aber die geschicktere Lösung. Er müsse sonst teure Fotomappen verschicken, dies kostet nicht nur viel Geld sondern auch mehr Zeit.

■ Revolution der digitalen Fotografie

Zur Speerspitze der Fotografen, die gegen den „Tagesspiegel“ klagten, gehörte Matthias Littwin aus Potsdam. Zum Zeitpunkt seiner Klage gehörte er zu den bekanntesten Brandenburger Fotografen. Aus dem fotografischen Tagesgeschäft hat er sich heute weitgehend zurückgezogen. Nicht nur der „Tagesspiegel“ und „PNN“ seien in den vergangenen Jahren als Kunde weggebrochen, auch etliche Redaktionen, für die er gearbeitet hat, haben ihre regionalen Büros wieder geschlossen. Dazu zählen die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Allgemeine“, die beide ihre Berlin-Seiten eingestellt haben. „Als Fotograf arbeite ich jetzt hauptsächlich für Firmen“, erzählt Matthias Littwin. Zusätzlich hat er sich ein zweites Standbein aufgebaut: Er entwirft und programmiert Internetseiten für Kollegen, baut Bilddatenbanken ein und führt Schulungen durch. „Die journalistische Fotografie ist eigentlich tot“, bedauert er. Die digitale Fotografie habe den Markt revolutioniert. In den Redaktionen sei es inzwischen Alltag, dass Freie, aber auch Redakteure mit einfachen Digitalkameras ihre Fotos selbst schießen. Silke Leuckfeld ■

Kleiner Lichtblick

Mehr Kopierabgaben, höhere Ausschüttung

Auf der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der VG Bild-Kunst im Februar in Bremen tat sich ein kleiner Lichtblick in der allgemein so schwierigen Situation der freischaffenden Fotografen auf:

Durch die digitale Kopier-technik werden inzwischen wesentlich mehr Bilder kopiert. Die Anteile für Fotos an den Kopierabgaben sind deshalb deutlich gestiegen. Im Vergleich mit den Textautoren in der VG Wort erreicht der Fotoanteil nun 50 Prozent. Dies wird sich in der nächsten Ausschüttung für die Fotografen positiv auswirken.

Insgesamt, so besagt die vorgelegte Statistik, hat die VG Bild-Kunst im vergangenen Jahr 2003 Erlöse von rund 40 Millionen Euro erhalten. Angesichts der sinkenden Honorare sicher

eine gute Nachricht für alle Kolleginnen und Kollegen, die Ansprüche geltend machen können.

Die VG Bild-Kunst vertritt inzwischen weit über 33.000 Urheber, davon immerhin 18.000 in der Berufsgruppe II, also in der Mehrzahl Fotografen und Bildjournalisten.

Auf der Sitzung wurde weiter informiert, dass das Sozialwerk der Berufsgruppe II im Jahr 2003 insgesamt mehr als 1 Million Euro an bedürftige Urheber ausgezahlt hat.

Das Kulturwerk der VG Bild-Kunst, das nun seit vier Jahren tätig ist, hatte für die gleiche Berufsgruppe im verfloßenen Jahr 380.000 Euro zur Verfügung. Damit konnten viele interessante Fotoprojekte gefördert werden. Auch im laufenden Jahr

macht es wieder Sinn, Anträge zur Förderung spezieller Projekte einzureichen. Über die Vergabe entscheidet ein sechsköpfiges Gremium. Die Chancen auf ein positives Votum stehen gut, da der Etat des Kulturwerkes 2004 mit über 440.000 Euro noch besser ausgestattet ist als im Vorjahr.

Anfang Juni erhalten alle Mitglieder den schriftlichen Jahresbericht per Post zugesandt. Die Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst wird am 9. und 10. Juli 2004 in Bonn tagen. Auf der Mitgliederversammlung am 10. Juli steht die Wahl der Verwaltungsratsmitglieder und ihrer Vertreter an. Um die Interessen der dju-Mitglieder kompetent zu vertreten, brauchen wir jede Stimme (siehe Kasten).

Günter Zint ■



Foto: Beate Knappe

Was ist die VG Bild-Kunst?

Die Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst ist ein von den Urhebern gegründeter Verein (Künstler, Fotografen und Filmurheber) zur Wahrnehmung ihrer Rechte. Sie nimmt für ihre Mitglieder und die Mitglieder ausländischer Schwesterorganisationen alle die Urheberrechte im visuellen Bereich wahr, die der einzelne Urheber aus praktischen oder gesetzlichen Gründen nicht selbst wahrnehmen kann. Sie hat folgende Aufgaben:

- Inkasso und Verteilung von pauschalen Urheberrechtsabgaben (z.B. Privatkopievergütung, Pressespiegel etc.)
- Lizenzierung und Durchsetzung von individuellen Rechten (z.B. Folgerechte, Reproduktionsrechte bildender Künstler)
- Politische und rechtliche Stärkung des urheberrechtlichen Schutzes (z. B. Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorhaben, Abschluß von Gesamtverträgen)

Davon profitieren Urheber wie Nutzer gleichermaßen. Der Urheber, weil er als Einzelner seine Rechte häufig nicht wirkungsvoll verteidigen kann, und die Nutzer, weil sie aus einer Hand sämtliche notwendigen Rechte erwerben können. g.z. ■

Rechte wahrnehmen, Stimme übertragen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Die diesjährige Mitgliederversammlung der VG Bild-Kunst findet am 10. Juli 2004 in Bonn statt. Erfahrungsgemäß können daran viele Mitglieder nicht selbst teilnehmen. Anfang Juni 2004 werden deshalb allen Wahrnehmungsberechtigten der VG Bild-Kunst wieder die Stimmübertragungskarten für diese Mitgliederversammlung zugeschickt.

Bitte macht Euch die kleine Mühe und tragt die dju in ver.di als Stimmberechtigten ein, unterschreibt und werft die Karte in den Postkasten! Eure Urheberinteressen werden dann von den ver.di-Verwaltungsratsmitgliedern vertreten.

Obwohl wir von der Anzahl stimmberechtigter Mitglieder wohl der stärkste Verband sind, hat sich das leider bei den Versammlungen der letzten Jahre nicht in der Stimmenzahl niederschlagen.

Wir dju-Vertreter können für Euch aber nur etwas erreichen, wenn wir bei Wahlen und Abstimmungen genügend Stimmen vorweisen können. Also: Diesmal unbedingt an die Stimmübertragung denken!

Mit kollegialen Grüßen, Günter Zint

P.S.: Es geht auch formlos mit einer eigenen Postkarte. Mitgliedsnummer, Stimmempfänger und Datum plus Unterschrift genügen! Die Karte muß bis zum 6. Juli bei der VG Bild-Kunst, Weberstr. 61, 53113 Bonn, eingegangen sein.

EU: Keine doppelte Lizenzgebühr bei Urheberrechtsklau

Der Entwurf der EU-„Richtlinie über die Maßnahmen und Verfahren zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum“ («M» 4/2003) ist zum Nachteil der Urheber verändert worden. Gestrichen wurde der in Artikel 17 vorgesehene Schadensersatz für Rechtsverletzungen in doppelter Höhe der Vergütung, die der Verletzer bei rechtmäßiger Nutzung an den Urheber hätte entrichten müssen. Die Forderung nach der doppelten Lizenzgebühr wird von deutschen Urheberverbänden seit langem erhoben. In dem vom Europäischen Parlament am 9. März beschlossenen Text fehlt außerdem eine Bestimmung über strafrechtliche Sanktionen, wie sie im Kommissionsvorschlag von Januar 2003 enthalten war. Mit der neuen EU-Richtlinie soll der Schutz vor Verletzung des geistigen Eigentums innerhalb der EU harmonisiert werden. Dabei geht es insbesondere um Produktpiraterie und Nachahmung (Plagiate). Voraussichtlich kann sie im April nach Zustimmung des Ministerrats in Kraft treten. Sie muss innerhalb von zwei Jahren in allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Lü ■

Urheberrechtsreform: Was hat es gebracht?

Das novellierte Urheberrechtsgesetz (UrhG) ist am 13. September 2003 in Kraft getreten. Hauptpunkte in der öffentlichen Diskussion um die Reform waren digitale Privatkopien und Schutzregelungen für Kopierschutzvorrichtungen. Die Neuregelungen betreffen aber nicht nur Musik-CDs oder Film-DVDs, sondern haben ebenso praktische Auswirkungen auf den Berufsalltag von Fotografen. Ein Überblick.

■ Fotos im Internet nur mit Urhebererlaubnis

In Umsetzung einer EU-Richtlinie wurde mit dem „Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ in Deutschland ein Online-Recht verankert. Dieses „Recht der öffentlichen Zugänglichmachung“ (§ 19 a UrhG) betrifft nicht nur das Internet, sondern beispielsweise auch Online-Datenbanken oder On-Demand-Angebote. Nun steht es also unzweifelhaft im Gesetz: Die Einstellung eines Fotos etwa ins Internet darf nur mit Zustimmung des Urhebers erfolgen. Ein Fotograf kann das Nutzungsrecht zur öffentlichen Zugänglichmachung seines Werkes gegen entsprechendes Honorar einräumen und ungenehmigte Web-Veröffentlichungen mit Unterlassungs- und Schadensersatzforderungen verfolgen.

■ Privatkopie erlaubt – wenn Vorlage legal

Nach § 53 UrhG ist es auch weiterhin erlaubt, einzelne Vervielfältigungen eines Werkes zum privaten Gebrauch auf beliebige Träger vorzunehmen – auch digitale. Aber zur Herstellung der Privatkopie darf nun keine „offensichtlich rechtswidrig hergestellte Vorlage“ verwendet werden. Damit ist jetzt rechtlich eindeutig geregelt, dass Kopien von Dateien aus Internet-Tauschbörsen wie KaZaA nicht rechtmäßig sind – und was für Musik gilt, gilt für Foto-Tauschbörsen im Web ebenso.

■ Erstmals Schutz für Schutzmaßnahmen

Noch einschneidender in der

Praxis ist der neue § 95 a UrhG, der die Herstellung einer Kopie generell verbietet, wenn sie nur unter Umgehung von technischen Schutzmaßnahmen möglich ist. Auch Verkauf, Werbung und Verbreitung von „Kopierschutz-Crackern“ ist nun verboten.

Was Verbraucher – oft zu Recht – nervt, weil sie nun keine legale Kopie mehr für den CD-Player im Auto machen oder Tonträger am PC nicht mehr abspielen können, kann den Urheberschutz auch für Fotografen stärken. Denn erfasst sind natürlich auch Kopierschutzmaßnahmen für Foto-CDs, digitale Wasserzeichen sowie Systeme des Digital Rights Managements (DRM).

■ Digitale Bildinformationen – Veränderung strafbar

Noch wichtiger für die Bildbranche dürften die Bestimmungen des § 95 c UrhG sein, nach dem die „zur Rechtswahrnehmung erforderlichen Informationen“ unter rechtlichen Schutz gestellt werden. Sie dürfen weder entfernt noch verändert werden. Geschützt sind damit alle Informationen über das Werk (Foto), den Urheber (Fotografen) bzw. Rechteinhaber (Agentur) und die Nutzungsbedingungen, die durch Codes in digitalen Wasserzeichen oder durch Labels, Tattoos oder in anderer Form in Bilddateien integriert werden.

Zusätzlich zu den zivilrechtlichen Unterlassungs- und Schadensersatzansprüchen von Fotografen (§ 97 Abs. 1 UrhG), drohen Verletzern Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, bei gewerbsmäßigem Handeln sogar bis zu drei Jahren (§ 108 b UrhG) bzw. Bußgelder bis zu 50.000 Euro (§ 111 a UrhG). Nur wenn „die Tat ausschließlich zum eigenen privaten Gebrauch des Täters oder mit dem Täter persönlich verbundener Personen erfolgt“, ist sie nicht strafbar.

■ Kennzeichnungspflicht und Schrankenregelung

Urheber oder Hersteller, die solche technischen Schutzmaßnahmen anbringen, sind aller-

dings nach § 95 d UrhG verpflichtet, darauf deutlich hinzuweisen und Produkte entsprechend zu kennzeichnen. Hält man sich nicht daran, kann dies ebenfalls mit einer Geldbuße geahndet werden.

Außerdem müssen sie Mittel zur Umgehung des Kopierschutzes für einige Nutzungen von Werken zur Verfügung stellen, die durch die sog. Schrankenbestimmungen des Urheberrechts erlaubt sind. Diese Ausnahmen nach § 95 b UrhG betreffen Nutzungen für Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Sammlungen für Kirchen-, Schul- oder Unterrichtsgebrauch (z. B. Schulbücher) und Schulfunksendungen.

■ „Schranken“-Vergütung über die VG Bild-Kunst

Diese Bestimmung gilt auch für die beiden Schrankenregelungen, die neu in das Gesetz aufgenommen wurden: Veröffentlichungen für behinderte Menschen (§ 45 a UrhG) und die öffentliche Zugänglichmachung für Unterricht und Forschung (§ 52 a UrhG). Für beide neuen „Schranken“ (Schranken deshalb, weil damit die ausschließlichen Rechte der Urheber zugunsten der Allgemeinheit eingeschränkt werden) besteht eine Vergütungspflicht an die Vergütungsgesellschaften.

Relevant für Fotografen ist die nunmehr erlaubte öffentliche Wiedergabe von Werken zu Unterrichts- und Forschungszwecken in Intranets von Schulen oder Universitäten an geschlossene Benutzergruppen. Dies betrifft auch Fotos aus Büchern, Zeitungen, Zeitschriften oder dem Internet. Einen Ausgleich für diese Nutzung erhält (wie zum Beispiel auch für die digitale Privatkopie über die Geräteabgaben), wer mit der VG Bild-Kunst einen Wahrnehmungsvertrag abgeschlossen hat.

■ Ausstellungskataloge und Porträtfotos

In § 58 UrhG wurde die sog. Katalogbildfreiheit neu geregelt und explizit auf Fotos ausgeweitet. Der Veranstalter einer Fotoausstellung darf nun zu Werbezwecken für die Ausstellung

Fotografien vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen – ohne die gesonderte Zustimmung oder Honorierung der Fotografen. Außerdem dürfen die Fotos in Ausstellungskatalogen kostenfrei abgedruckt werden, soweit damit keine eigenen Erwerbszwecke verfolgt werden.

Und noch eine Neuregelung im § 60 UrhG: Wer von sich ein Porträtfoto anfertigen lässt (im Gesetz heißt es Bildnis) hat das Recht, Vervielfältigungen anfertigen zu lassen (etwa Bild-Kontakkopien) und diese zu verbreiten. Das gleiche Recht haben nach seinem Tod die Angehörigen. Wichtig: Die Nutzung darf nur zu nicht gewerblichen, also privaten Zwecken erfolgen und eine Internet-Nutzung ist ohne Zustimmung des Fotografen nicht zulässig. Porträtfotografen können dafür ein zusätzliches Honorar fordern oder – bei ungenehmigter Verwertung – Schadensersatz und Unterlassung verlangen.

■ Nächste Novelle kommt – der „Zweite Korb“

Während die Umsetzung dieser neuen urheberrechtlichen Regelungen von den Verwertern sofort – zum Beispiel mit einer Großaktion der Phonoindustrie gegen Internet-Tauschbörsen – in Angriff genommen wurde, spielen die Medienunternehmen und ihre Verbände bei der Umsetzung der Reform des Urhebervertragsrechts von 2002 auf Zeit. Statt „angemessener Vergütung“ werden Buy-out-Verträge weiter perfektioniert, und gemeinsame Vergütungsregeln sind auch nach zwei Jahren noch nicht in Sicht.

Seit Oktober 2003 wird bereits intensiv an einer weiteren Urheberrechtsnovelle gearbeitet, dem sog. Zweiten Korb. Die Diskussion in den über ein Dutzend vom Bundesjustizministerium eingesetzten Arbeitsgruppen soll demnächst abgeschlossen werden und in einen Gesetzentwurf münden. Damit könnte die dritte Reform des Urheberrechts in diesem Jahrhundert in der Praxisumsetzung vielleicht noch die erste überholen.

Rüdiger Lühr ■



Verstellter Blick

Kritische Sicht auf den „berühmtesten Kriegsphotografen unserer Zeit“

wortliche zum Handeln zwingen können. Seine Fotografie ist in der Tat ästhetisch, doch sie ist – diese Aussage mag jetzt überraschend kommen – ästhetisch hochwertige Propaganda. Das merkt man ihr auf den ersten Blick nicht an – ein Phänomen, das sie in gewisser Weise auszeichnet. Wenn Nachtwey davon spricht, Verantwortliche zum Handeln zwingen zu können, scheint er damit das Führen von Krieg zu meinen, Krieg der USA oder der Nato gegen ein Land, in dem es einzugreifen gilt.

Mit der Ideologie der Herrschenden

Ganz wichtig sei Nachtweys Mut zur Wahrheit, lesen wir im Gästebuch zur Ausstellung ‚War Photographer‘, die bis 29. Februar in Berlin zu sehen war. Seine Fotografie sei ein Mittel des Protests gegen den Krieg, wird verbreitet. Um Nachtwey hat man die Aura des Ästheten und des moralisch unanfechtbaren Antikriegsphotografen aufgebaut. Sie verstellt den Blick auf den propagandistischen Kern.

Nicht die einzelnen Fotos sind das Problem, sondern die Tatsache, was er fotografiert und was nicht. Beispiel Afghanistan 2001: die Opfer des von den USA geführten Krieges gibt es nicht. Beispiel Jugoslawien 1999: die Opfer des von der Nato geführten Krieges gibt es nicht. Leid wird immer von den anderen verursacht. Nato und USA, das sogenannte westliche Bündnis als Leid- und Kriegsverursacher gibt es für Nachtwey nicht. Hinter dem Mantel des Anti-Kriegsphotografen versteckt sich die Ideologie der Herrschenden und des von ihnen gesteuerten Mainstreams.

Der Krieg der USA gegen Afghanistan wird mittels Al-Qaida und Taliban mit dem 11. September in Verbindung gebracht, als sei eine solche Verbindung erwiesen. Deshalb ist es für Nachtwey offenbar kein Problem nachzuvollziehen, dass die USA Krieg gegen Afghanistan führen. Der Krieg der Nato gegen Jugoslawien wird mit der Reduktion auf den Begriff Kosovo verbrämt, als habe sich der Krieg auf den Kosovo beschränkt und als

sei es bei dem Krieg ausschließlich um den Kosovo gegangen. Für Nachtwey gibt es entsprechend der herrschenden Meinung als Verursacher des Leids im Kosovo fast ausschließlich die Serben. Was Ursache und Wirkung angeht, besteht immer Klarheit: Auf palästinensische Attentate folgen israelische Vergeltungsmaßnahmen. Die Westlichen Bündnispartner reagieren 1999 auf den Faschismus, der in Serbien wieder erwacht. Die Attentate vom 11. September 2001 sind von Terroristen und Mitgliedern der Organisation Al Qaida durchgeführt worden. Daraufhin führen die Vereinigten Staaten und die Westliche Allianz in Afghanistan groß angelegte bewaffnete Operationen gegen Al Qaida und ihre Beschützer, die Taliban durch – Ursache sind die Anschläge vom 11. September 2001, die USA reagieren darauf. So einfach ist die Welt in den Begleittexten zur Ausstellung: hier gut, da böse.

Zum ersten Jahrestag des 11. September 2001 zeigt die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin Aufnahmen aus der New-York-Serie von Nachtwey. Sie sollen an die Opfer des 11. September erinnern. Opfer des Krieges der USA gegen Afghanistan werden ausgeblendet.

Blick in die gewünschte Richtung

Ende 2003 hat Nachtwey seinen Anti-Kriegsmantel vollends abgelegt und offenbart sich als Propagandist des als ‚Krieg gegen den Terror‘ getarnten globalen US-Eroberungsfeldzuges. Auf der Titelseite des Time-Magazins vom 29.12.2003 präsentiert er US-Soldaten, die sich an dem völkerrechtswidrigen Raubüberfall auf den Irak beteiligen, als Helden. Sie werden dort als ‚Person of the Year‘ verherrlicht.

Die Ausstellung, die bis vor kurzem in Berlin zu sehen war, ist aufgeführt in einer Liste von ‚Veranstaltungen der US-Botschaft‘. Nachtwey stellt sich auf die Seite der Macht, er lenkt den Blick in die von seinen Auftraggebern gewünschte Richtung. Und das macht er gekonnt.

Anneliese Fikentscher, Andreas Neumann, arbeiterfotografie ■

Die Titelseite des Time-Magazins vom 29.12.2003 präsentiert US-Soldaten, die sich an dem „völkerrechtswidrigen Raubüberfall auf den Irak“ beteiligen.

Ein Wort zu den Autoren und deren Organisation arbeiterfotografie.com steht insbesondere für aktuelle politische Reportagen mit Hintergrundinformation. Unsere Zeitschrift existiert seit 30 Jahren.

James Nachtwey sei der berühmteste Kriegsphotograf unserer Zeit – lesen wir (auch in «M» 04/2004). Er sei ein Zeuge, und seine Bilder seien seine Aussage. Die von ihm erfaßten Ereignisse sollten nicht vergessen werden und sie dürften sich nicht wiederholen – sagt Nachtwey über sich und seine Arbeit.

Wir würden sehen, wie der berühmte Fotograf den ‚Augenblick der Wahrheit‘ suche, lesen wir über den Film ‚War Photographer‘, den Christian Frei über Nachtwey gemacht hat. Der Film kommt Mitte 2002 in die Kinos, und etwa ein Jahr später wird er auch im deutschen Fernsehen gezeigt. Bilder zu machen, die aufrütteln, die anklagen, das war und sei bis heute der Impuls für seine Arbeit – hören wir im Kulturweltspiegel, der sich am 9.6.2002 mit dem Film befaßt.

Ästhetische Fotografie

Die ästhetische Qualität seiner Aufnahmen schärfe unseren Blick auf das, was sie zeigen. Sie verwandele das Gesehene in ein Bild, das zurückschaut. Es sei ein Album der Menschheit, das hier entstehe, eine Bestandsaufnahme des späten zwanzigsten und frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts – lesen wir in der „FAZ“. Was er festhalte – sagt er – werde Teil des ewigen Archivs unseres kollektiven Gedächtnisses sein, und er wisse, dass Fotos Verant-

Foto: Time Magazine

Verkaufsschlager-Fotos

Speziell ausgewählt und gut verpackt

Wer sich mit dem Konzept anfreunden kann, dem bietet die Neuerscheinung „Bestseller Photos“ dreifachen Genuss: Verkaufsschlager-Fotos aus vielen Teilen der Welt, sogar Aufnahmen, die im eigenen Kopf entstehen, und kurze, aber sehr informative Geschichten hinter den Bildern.

Die Idee war simpel: Der Verlag hatte anlässlich seines 40jährigen Bestehens renommierte internationale Bildagenturen um die Zusendung ihrer Erfolgsbilder gebeten. 120 Agenturen antworteten, 370 Fotos wurden für den Bildband ausgewählt: „Eine solche Bildzusammenstellung hat es noch nie gegeben“, verspricht PIAG-Projektleiter Jens Höppner.

Wenn sich „Zufallsbilder“ und „viele durchkonstruierte Stockbilder“ noch systematisieren lassen, so unterliegen die eigentlichen Motive keiner Ordnung. Da stehen Politiker- und Promifotos neben zahlreichen Tieraufnahmen. Da findet der Betrachter mikroskopisch Kleines auf medizinischen Spezialfotos neben großflächigen Landschaftsbildern, effektvolle Werbe- und Food-Fotografien neben Momentaufnahmen von Feuerwehrleuten im Flammenmeer, Lifestyle neben einer Geiselnahme, Baukonstruktionen neben erotischen Sujets. Eine Struktur ergibt sich allenfalls aus der ganz eigenen Ästhetik jedes einzelnen Bildes. Und die entsteht erst beim Betrachter. Für den geordneten Aufbau und die klare Gliederung des Bandes allerdings sorgten die Gestalter.

Der Beteiligung von Werbeguru Michael Schirner ist auch ein inhaltlicher Höhepunkt gleich zu Beginn zu danken: „Marilyn Monroe auf Subway-Schacht“ steht da in einem schwarzen

Kasten auf der sonst weißen Seite, „Arbeiter bei der Mittagspause auf einem Stahlträger des Rockefeller Center“ oder „Willy Brandt knieend am Ehrenmal der Helden des Warschauer Ghettos“. Wem schwant da was? Eine Fotoschau ohne Fotos – „nur auf den ersten Blick ist dies ein Paradoxon“. So sieht Schirner heute seine Idee zur Ausstellung „Bilder im Kopf“, die 1985 entstand. Viele der dazu ausgewählten Fotos, die „zu einem Teil unseres kollektiven visuellen Gedächtnisses geworden sind“, finden sich hier wieder – beschrieben und original. „Sind es die schönsten Bilder? Die besten? Die dramatischsten? Die grauslichsten? Nein – die wichtigsten“, meint Schirner. Tatsächlich umspannen sie ein anderes Themenspektrum als die aktuellen „Bestseller Photos“. Für ihre Zusammenstellung galt freilich auch ein anderes Kriterium. Im zweiten Buchteil werden die „meistverkauften Fotos der Welt“ vorgestellt, die eine Art Fotokatalog kommerzieller Erfolgsmotive bilden. Eher selten fällt diese Auswahl mit der Schirner-Kategorie zusammen. Beim 72jährigen Einstein, der dem Fotografen die Zunge zeigt, allerdings schon oder bei den flüchtenden vietnamesischen Kindern nach einem Napalmangriff. Dass das nackte Mädchen „Zu heiß, zu heiß!“ schrie und später mit dem Wagen des AP-Fotografen auch ins Krankenhaus gebracht wurde, ist hier die Geschichte hinter dem Foto, die zu erfahren sich fast immer lohnt – egal, ob da die letzte Karawane über die gesamte Seidenstraße gezogen ist oder sich die Schweizer Nationalbank schwer tat, ihre Goldbarren ablichten zu lassen.

Die Entscheidung, welches Bild zum Bestseller wird, läge „in vielen Händen“, erklären die

Autoren. Beim Buchmachen hatten sie vermutlich ein gutes Händchen. Alle Texte und die exakten Informationen zu Aufnahmen, Fotografen und Agenturen sind zweisprachig abgefasst. neh ■

Bestseller Photos
Presse Informations AG Sinzheim 2004
456 Seiten
29,50 Euro
ISBN: 3-921864-48-8



Studie: Kinder lieben vor allem elektronische Medien

Die dritte Grundlagenstudie „Kinder und Medien“ belegt den Trend: Kinder zwischen zwei und 13 Jahren bevorzugen elektronische Medien. Zwar führen Freizeitbeschäftigungen wie „Mit Freunden spielen“ außer- und innerhalb des Zuhauses immer noch, doch die fast tägliche Nutzung von Fernsehen (83 Prozent der 2.103 Befragten) ist nach wie vor ein Favorit. Der Computer mit und ohne Internetanschluss hat seit 1990 rasant aufgeholt. Leicht gesunden sind die Beschäftigung der Kids mit Radio und Kassetten hören, Bücher bzw. Zeitungen/Zeitschriften und Comics lesen. Das ergab die jüngste ARD/ZDF-Medienstudie zum Thema (www.zdf.de/ZDFde/inhalt/5/0,1872,2116357,FF.html). Erstmals seit 1979 wurden auch Vorschulkinder und ihre Eltern zu Freizeitverhalten und Medienutzung befragt. Interessanter Befund für die Zwei- bis Fünfjährigen: 93 Prozent schauen fast täglich fern, gefolgt von Büchern anschauen, Radio sowie Musik und Hörspiele hören. Nur 3 Prozent nutzen Computer, während es bei den 6–13-jährigen 61 Prozent sind. how ■

Journalisten Zutritt verweigert

Landgerichtsurteil: Hamburgs Justizsenator handelt ohne Rechtsgrundlage

Hamburgs Justizsenator Roger Kusch (CDU) mag es gar nicht, wenn Journalisten mit Haftinsassen über seine Strafvollzugspolitik reden, und verweigerte zweieinhalb Jahre lang Interviewgenehmigungen. Der WDR wollte sich das nicht bieten lassen und hat vor Gericht nun Recht bekommen.

Uwe Homann ist Häftling in Hamburgs Langzeitstrafgefängnis Santa Fu. Seit Jahren versucht der 62-jährige, in den offenen Vollzug verlegt zu werden. Die Sozialprognosen, die nötig sind, um auf ein Leben in Freiheit vorbereitet zu werden, sind gut: Homann ist verheiratet, hat hinter Gittern eine Berufsausbildung zum Yoga-Lehrer gemacht und erfüllt damit die Bedingungen, um in den offenen Vollzug verlegt zu werden. Seit 1998 hat er dies sogar schriftlich, eingeklagt beim Hamburger Strafvollstreckungsgericht. „Das Gericht besteht in seiner Urteilsbegründung sogar darauf, dass Homann in den offenen Vollzug verlegt wird“, sagt der Fernsehjournalist Wilfried Huismann. Doch die Justizbehörde weigert sich seit 1998, den Gerichtsbeschluss umzusetzen. Statt sich im offenen Vollzug auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten, schmort Homann weiter hinter Gittern. Die Aussicht auf Einsicht in der Justizbehörde ist gering.

Ein Schicksal, das den Fernsehjournalisten Wilfried Huis-

mann neugierig gemacht hat. Der mehrfach mit dem Grimme-Preis ausgezeichnete WDR-Mitarbeiter will wissen, warum ausgerechnet die Justizbehörde einen Gerichtsbeschluss nicht umsetzt, wer dafür verantwortlich ist und wie so eine Entscheidung zustande kommt. Auch interessiert er sich, ob es stimmt, was Homann behauptet: Dass sich die Haftbedingungen in Hamburgs Gefängnissen seit Amtsantritt von Kusch erheblich verschärft haben, „auf ein Niveau, das selbst das alte Zuchthauskonzept noch als fortschrittlich erscheinen lässt“, wie der Häftling in einer jüngst von ver.di herausgegebenen Broschüre sagt. Um alle Seiten ausgewogen zu Wort kommen zu lassen, will Huismann auch mit Homann reden und das Interview mit der Kamera aufzeichnen. Doch seit mehr als einem Jahr verweigert die Justizbehörde Huismann die Drehgenehmigung, wie sie jedem Journalisten, der um Interviews mit den Betroffenen der Strafvollzugspolitik ihres Senators anfragt, seit Amtsantritt von Roger Kusch die rote Karte zeigt.

Intervention der dju blieb ohne Erfolg

Recherchieren in Hamburgs Gefängnissen ist mit Kusch nahezu unmöglich geworden. Meist ist von „Sicherheitsbedenken“ die Rede, auch Journalisten, die vorher jahrelang in Hamburgs Gefängnissen mit Insassen reden konnten, wird seit zweieinhalb Jahren der Zutritt verweigert: Fernsehjournalisten dürfen nicht drehen, Rundfunkjournalisten keine Interviews aufzeichnen und Print-Journalisten weder Zettel noch Stift mit hinein nehmen, weil sie keinen offiziellen Zutritt als Journalisten bekommen, sondern sich lediglich als ganz normale Besucher hineinschleichen können. So sorgt der Justizsenator dafür, dass meist nur einer sprechen kann, wenn es um Hamburgs Strafvollzugspolitik geht: er selbst.

Jegliche Bemühungen, diese neue Hamburgische Art von

Zensur zu beenden, scheiterten bisher. Weder das Argument, dass die Öffentlichkeit ein Anrecht hat zu erfahren, wie der mit Steuergeldern finanzierte Strafvollzug funktioniert, fruchtete, noch die Intervention der dju in ver.di, doch wieder zu einem professionellen Arbeitsverhältnis zurückzukehren.

Entscheidung ignoriert

Der WDR hat nun gegen die eigenwillige Auffassung des Justizsenators geklagt und Recht bekommen. In seiner Urteilsbegründung hat das Hamburger Landgericht festgestellt, dass sich der Justizsenator falscher Rechte bemächtigt hat. Nach Gesetzeslage sei nämlich nicht die Justizbehörde für die Entscheidung über das Interview zuständig, sondern der Anstaltsleiter; ein „Selbsteintrittsrecht der übergeordneten Behörde besteht nicht“, so der Richter, es fehle an einer „gesetzlichen Grundlage“ für die von der Justizbehörde angenommene Zuständigkeit. Auch könne das Interview die Eingliederung des Gefangenen fördern, weil es „Kontakte wie in Freiheit“ ermögliche. Über ein Interview mit Strafgefangenen soll also neben dem Häftling selbst in Zukunft wieder der Anstaltsleiter entscheiden: So war es in Hamburg vor Amtsantritt des CDU-Senators jahrelang Praxis und in nahezu allen Fällen wurden die Interviewwünsche positiv beschieden.

Roger Kusch scheint die Gerichtsentscheidung nicht wirklich zu interessieren. Ein erneutes schriftliches Ersuchen des WDR blieb bis Redaktionsschluss erfolglos. Jürgen Thebrath, Leiter der WDR-Programmgruppe Inland, spricht von einer Blockade für Journalisten, die in Hamburg verhängt worden sei: In anderen Bundesländern habe man ganz andere Erfahrungen gemacht und stattdessen kooperativ zusammengearbeitet. Jörn Breiholz ■

Aktenzeichen:
Landgericht Hamburg,
Große Strafkammer 9,
609 Vollz 178/03



Foto: Günter Zint

Bei der Übergabe des Gesetzentwurfs zu einem Informationsfreiheitsgesetz im Reichstag Thomas Leif, netzwerk recherche, Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident, Helmut Platow, dju in ver.di und Christoph Bruch, Humanistische Union.

Fotos: Christain v. Polentz / transit



Plädoyer für zivile Neugier

Gemeinsames Engagement für ein bundesdeutsches Informationsfreiheitsgesetz

Die Journalistenorganisationen **Netzwerk Recherche, Deutscher Journalistenverband, Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di, die Antikorruptionsorganisation Transparency International und die Bürgerrechtsvereinigung Humanistische Union** präsentierten am **2. April in Berlin einen Entwurf für ein Bundesinformationsfreiheitsgesetz und übergaben ihn an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.**

„Dieses Gesetz ist Sauerstoff für die Demokratie und kann einen Wandel in der Informationskultur bewirken“, so Dr. Thomas Leif, Vorsitzender von Netzwerk Recherche. Es ist bereits der zweite Vorschlag aus der Zivilgesellschaft, denn schon 2002 veröffentlichten die Verwaltungsrechtler Friedrich Schoch und Michael Klopfer einen Vorschlag.

Was kann Informationsfreiheit bewirken? Informationszugang wird zu einem subjektiven Recht, in einer Wissensgesellschaft die Grundlage zur besseren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen. „Gerade in Zeiten, die den Bürgern große Opfer abverlangen und Arbeitslosen die Bezüge kürzen, haben diese ein Anrecht auf Transparenz staatlicher Entscheidungen, z.B. auf die Offenlegung kosten trächtiger Maßnahmen wie millionenschwere Beraterverträge“, so Helmut Platow, Leiter der Rechtspolitischen Grundsatzabteilung bei ver.di. Informationsfreiheitsgesetze stellen diesen

Zugang für jeden sicher, unabhängig von eigener Betroffenheit oder besonderer Begründung. Gleichzeitig definieren sie Ausnahmeklauseln z.B. für personenbezogene Daten oder öffentliche Belange.

Transparenz und Bürgernähe sind zudem ein erklärtes Ziel der Europäischen Union. Das scheint für die Bundesregierung jedoch kein Grund zu sein, das in den Koalitionsvereinbarungen von 1998 und 2002 fixierte Reformvorhaben für ein solches Bundesgesetz endlich auf den Weg zu bringen. Weltweit existiert die Informationsfreiheit bereits in 50 Ländern. Angesichts dieser Tatsache ist ein behördliches Amtsgeheimnis wie hierzulande mehr als fragwürdig.

Der neue Gesetzentwurf ist ganz im Geist der Internationalität geschrieben, nimmt er doch bezug auf Standards der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, den Erfahrungen mit den Landesgesetzen in Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein und NRW und internationale Symposien zur Informationsfreiheit.

Auskunftsverweigerung wird zur Ausnahme

Was bringt dieser Vorschlag den Bürgern und den Medien? Zunächst orientiert er sich am Prinzip der Benutzerfreundlichkeit. Er holt die Antragsteller bei ihren Wünschen ab, unter anderem durch die Form der Antragstellung (Akteneinsicht oder Kopien) und verpflichtet die Bundesbehörden, sie dabei zu unter-

stützen. Als Verbraucher können sie dann beispielsweise die Ergebnisse einer Lebensmittelkontrolle einsehen. Der Entwurf nimmt dabei Bezug auf die EU-Verordnung (EG) Nr. 1049/2001, die den Zugang zu Dokumenten der EU-Gremien regelt und die Verwaltung auffordert, effizient und verantwortlich zu handeln. „Durch das Informationsfreiheitsgesetz wird die Öffentlichkeit von Informationen bei staatlichen Stellen zur Regel und die Verweigerung des Zugangs zu Informationen die begründungsbedürftige Ausnahme.“

Erleichterte Recherche

Diese Öffentlichkeit macht die Verwaltung transparenter und beugt Korruption vor“, heißt es dazu in den Eckpunkten des Gesetzesvorschlags. Da die Antragsteller zudem nicht mehr Bittsteller wären, hätten sie zwei Instrumente zur Verfügung, die sie bei Ablehnung oder Fristversäumnis nutzen könnten. Zum einen stünde ihnen der Weg zum Bundesbeauftragten für Datenschutz offen, zum anderen könnten sie einen Antrag auf eine Einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht stellen.

Für die Medien wirkt der Entwurf der Tendenz der Ministerialbürokratie entgegen, nur noch sehr dosierte Informationen heraus zu geben. Journalisten sind in besonderem Maße auf die bei staatlichen Stellen vorhandenen Informationen angewiesen. Die enge Definition von Ausnahmeklauseln öffnet neue Räume, so im Bereich der öffentlichen Be-

lange wie internationale Beziehungen oder innere Sicherheit, die vorher unter strengem Schutz standen. Mit der neuen Gesetzinitiative kann beispielsweise Einblick in Vertragsverletzungsverfahren der Bundesregierung mit der EU (Artikel 226 EG-Vertrag) oder in Kabinettsvorlagen gewährt werden. Es besteht Einsichtsrecht in Originalakten und Zugang zu Informationsträgern jeglicher Art. Somit muss man sich nicht mehr nur mit Auskünften der Pressestellen zufrieden geben. „Das erleichtert die Arbeit der Journalisten, schafft aber zugleich auch Rechtssicherheit für die Mitarbeiter und bisherigen ‚Informanten‘ aus den Behörden, die bisher trotz erweitertem Zeugnisverweigerungsrecht immer von Strafverfolgung bedroht waren.“ so Ulrike Maercks-Franzen, dju-Bundesgeschäftsführerin. Dies kommt dem journalistischen Auftrag entgegen, den Prozess der Meinungsbildung durch Nachrichtenbeschaffung und -verbreitung anzuregen oder mitzugestalten. Das ist auch ganz entscheidend bei der verdeckten Recherche und dient damit der Korruptionsprävention. Deutschland liegt laut Korruptionsindex von Transparency International im Jahr 2003 an 16. Stelle von 133 Staaten. Finnland nimmt mit der geringsten Korruption Platz 1 ein. Ulrike Kopetzky ■

«M» berichtete über die Initiativen für ein Informationsfreiheitsgesetz in «M» 11.2003 und «M» 12.2003/01.2004.

Problematischer Strohhalm

SPD steigt bei „Frankfurter Rundschau“ ein / Sanierung aus eigener Kraft vor dem Abschluss

Noch ist es nur eine Absichtserklärung. Diese sei aber „politisch unumkehrbar“, sagen Beobachter. Die SPD-eigene Medienholding DDVG will sich an der altherwürdigen „Frankfurter Rundschau“ beteiligen. Seit einiger Zeit krisengeschüttelt, ist man dort froh, endlich wieder Luft holen zu können.

„Wir sind in der Endstufe der Sanierung! Der Einstieg der DDVG bedeutet also nicht, dass jetzt erst mit der Sanierung begonnen wird. Aus eigener Kraft haben wir viel, sehr viel getan. Den Kolleginnen und Kollegen wurde einiges abverlangt.“ So kommentiert Viktor Kalla, Betriebsratsvorsitzender des Druck- und Verlagshauses (DuV) Frankfurt – dem Herausgeber der Frankfurter Rundschau (FR) – die angestrebte Beteiligung der SPD-eigenen Medienholding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) am linksliberal ausgerichteten Blatt.

Eine entsprechende Absichtserklärung wurde Mitte März unterzeichnet. „Unter großem Zeitdruck müssen jetzt die Rahmenbedingungen für den Einstieg der DDVG geschaffen werden, so Kalla im Gespräch mit «M». Ob es tatsächlich um eine Investitionssumme in Höhe von 30 Millionen Euro geht, darüber wurde Stillschweigen vereinbart. Im Grundsatz möchte die DDVG eine Minderheitenbeteiligung, kurzfristig kann sich SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier auch eine Beteiligung nahe oder über der 75-Prozent-Marge vorstellen. Sie geht davon aus, dass die FR bis 2006 wieder schwarze Zahlen schreibt: „Wir haben intensiv gerechnet und halten das für realistisch.“

Für Werbung fehlt Geld

Kalla unterstreicht: „Vom Grundsatz her ist die DDVG nicht für die Sanierung der FR verantwortlich. Es geht um eine Investition und um die Zukunftssicherung.“ Die Verantwortlichen sind auf der Suche nach weiteren Partnern. Zudem macht Kalla deutlich, dass die FR dringend auf Marketing angewiesen ist. Um die Zeitung zu bewerben, fehlt es an Geld. „Wir können die beste Zeitung der Welt machen,

ohne Werbung bekommt das niemand mit!“

Als der Plan bekannt wurde, sorgte das für Häme im Blätterwald und Ätherrauschen. „Der Kanzler spricht nicht mehr mit Bild, jetzt kauft er sich eine eigene Zeitung“, so Spiegel-Online. Das Profil der FR werde sich ändern – nix mehr mit kritischem Blatt – die Leserinnen und Leser werden sich auf Hofberichterstattung einstellen müssen, gifteten andere Kommentatoren. Die „Süddeutsche Zeitung“ machte unter den Redaktionen, an deren Häusern die SPD beteiligt ist, eine Umfrage und förderte zu Tage, dass kein Fall bekannt sei, wo die SPD versuchte, auf die inhaltliche Ausrichtung Einfluss zu nehmen.

In Politiker- und Kommentatorenhirnen spukt derweil das Gespenst von der „Berlusconisierung“ der Medien. Solche Befürchtungen hält der Medienwissenschaftler Horst Röper für „lächerlich“. Wenn überhaupt sehe er eine Gefahr „eher in den Köpfen der Redakteure“. Beteiligungen von Parteien an Medienunternehmen sei nicht unbedingt das, was man sich unter Unabhängigkeit vorstelle. „Man muss aber der DDVG zugute halten, dass sie sich nicht mehr so verhält wie ihre Vorgängerunternehmen“, so Röper. Die SPD nehme heute nicht mehr Einfluss auf die Inhalte, sondern auf die Geschäftsabläufe.

Zu Forderungen von Politikern, die Beteiligungsverhältnisse von Unternehmen an Zeitungen im Impressum offen zu legen, sagte der hessische ver.di-Vizechef Berthold Balzer, dies sei eine alte gewerkschaftliche Forderung. Darüber hinaus müsse ebenso die Unabhängigkeit der Redaktionen von Einflussnahmen besser gesichert werden. Auch diese Stärkung der „Inneren Pressefreiheit“ müsse in einem neuen hessischen Landespressesgesetz verankert werden. Balzer erinnert daran, dass die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di seit vielen Jahren die verbindliche Einführung von Redaktionsstatuten fordert, um die Position der Redakteurinnen und Redakteure als Träger der Pressefreiheit zu stärken.

Es dürfe keineswegs kleingeredet werden, dass die SPD-Beteiligung an der FR auch problematische Sei-

ten habe, meint Kalla, diese seien aus seiner Sicht noch beherrschbar. Es würde keinen Sinn machen, wollte die DDVG die Rundschau anders ausrichten. Die Redakteurinnen und Redakteure seien erwachsen genug, um sich gegen Einflussnahme zur Wehr zu setzen. Aus Sicht des Betriebsrates ist die inhaltliche Ausrichtung der FR bei der SPD-Medienholding eher gesichert, da es dem Unternehmen nicht um kurzfristige Profitinteressen gehe. „Klar, die wollen Geld verdienen. Die wissen aber auch, dass man dafür langfristig Qualität liefern muss“, so Kalla. Da es auf dem hiesigen Markt nichts Vergleichbares gebe, habe man bei der SPD wohl erkannt, dass durch das Verschwinden der FR eine Marktlücke entstehen würde, mutmaßt Röper, „das will die SPD verhindern“. Schließlich habe auch der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) nach einem Engagement der DDVG gerufen.

Keine Abstriche am Inhalt

Kalla macht darauf aufmerksam, das „Beispiel Dresden“ zeige, dass sich die SPD weder inhaltlich noch tarifvertraglich ins Geschäft einmische. Das Dresdener Druck- und Verlagshaus mit „Dresdener Morgenpost“ und „Sächsischer Zeitung“ gehört zu 60 Prozent der Hamburger Bertelsmann-Tochter Gruner + Jahr und zu 40 Prozent der DDVG. Der Betrieb ist nicht tarifgebunden, in der Druckerei wurde die Arbeitszeit ausgeweitet und Redaktionsanteile wurden ausgelagert.

In der Redaktion wurde das Engagement der SPD mit Erleichterung aufgenommen. Die sich über Monate hinziehende Hängepartie war lähmend, räumt Kalla ein: „Das war nicht der Humus, auf dem kreativ gearbeitet werden kann.“ Für Gerhard Zerth, Vorstand der Karl Gerold-Stiftung, die Alleineigentümerin der FR ist, ist entscheidend, dass die Investorin die Präambel der Stiftung akzeptiert. Hier ist festgeschrieben, dass die FR eine „unabhängige, linksliberale, überregionale Tageszeitung“ ist. An der inhaltlichen Ausrichtung gebe es keine Abstriche. Dies hat auch die FR-Redaktion bekräftigt. Die Präambel soll im Gesellschaftervertrag mit der DDVG und eventuellen anderen Partnern verankert werden.

Als konzernunabhängige Zeitung traf die FR die Zeitungskrise besonders hart. Sinkende Anzeigen Erlöse zwangen zu einem rigiden Sparkurs und Beschäftigungsabbau. Anfang 2001 wurden noch 1.640 Frauen und Männer beschäftigt, Anfang dieses Jahres waren es noch 1.150 und bis Ende soll sich die

Beschäftigtenzahl bei 850 einpendeln. Zwischen dem DuV und ver.di wurde ein Haustarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde reduziert, Urlaubs- und Weihnachtsgeld in bezahlte Freizeit umgewandelt. „Die Beschäftigten verzichten auf Lohnbestandteile und bekommen als Gegenwert Zeit. Das Unternehmen kommt aus dem

Liquiditätsloch“, sagt Berthold Balzer zur Vereinbarung. Unproblematisch sei so etwas nicht, da dahinter die Fiktion stehe, mit weniger Menschen könne die gleiche Wertschöpfung betrieben werden. Ziel von ver.di war es, Arbeitsplätze zu retten.

Die im vergangenen Herbst abgeschlossene Blattreform bezeichnet

Chefredakteur Wolfgang Storz als gelungen. Seither sei die FR „inhaltlich und graphisch eine der innovativsten Zeitungen“ hier zu Lande. Mit dem Partner DDVG sei die Grundlage gegeben, um die FR zu „der modernsten, linksliberalen und wirtschaftlich erfolgreichsten Zeitungen zu machen“.

Georg Kupfer ■

Totaler Rechteabtritt

Die „Süddeutsche Zeitung“ verschiebt an ihre Freien nun ebenfalls auch Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), die zum Total Buy Out aller Rechte zwingen. Die Freien der SZ wollen sich dagegen wehren und haben deshalb ihre Mailingliste aktiviert, um sich zu vernetzen. Damit ist die SZ schon bei ihrem letzten Versuch, die AGBs zu verschlechtern, gescheitert.

SZ-Freie, die sich eintragen lassen wollen: Eine Mail mit Angabe des Ressorts an SZ-admin@Journalistenverteiler.de.

Kontakt zu ver.di vor Ort:

Bernd.Mann@verdi.de

Hinweise

zum Umgang mit diesen AGBs auch unter www.mediafon.net/seite.php3?name=Recht+%26+Steuern@TotalBuyOut

Freiheit der Freien

Schuften wie ein Fester für weniger als die Hälfte des „Tarifgehalts“

In den meisten Lokalredaktionen ist die Arbeitsdichte enorm. Dazu kommt, dass dort immer weniger fest angestellte Redakteure arbeiten. Viele dieser Arbeitsplätze verschwanden in den letzten Jahren, die Arbeit blieb. Sie wird zunehmend durch Pauschalisten und Freie erledigt. Der Lohn beträgt in der Regel nur den Bruchteil eines Tarifgehalts - ein Beispiel aus Hessen.

Die Stellenanzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Januar klang interessant: Für eine Lokalredaktion suchte die ebenfalls in der Frankfurter Societät erscheinende „Frankfurter Neue Presse“ (FNP) einen freien Mitarbeiter. Redaktionsleiter Horst Samson weist am Telefon gleich darauf hin, dass man einen festen Freien suche - kein Problem, schließlich ist der Bewerber und Autor dieser Zeilen, wie die meisten Freien, froh über regelmäßigen Honorareingang. Was dann allerdings folgte, war kaum mehr als ein schlechter Witz: Die Regelarbeitszeit liege zwischen halb elf und halb acht, Samstags sei frei, bezahlt werde pauschal 77 Euro am Tag. Auch wenn die Arbeitszeit flexibel gestaltet werden könne - als Zweitjob taue die Stelle nicht. Zum Tätigkeitsprofil: Man solle „Interesse am Layout mitbringen und sich auf die digitale Fotografie und Bildbearbeitung verstehen“, daneben, so wird im Gespräch erläutert, nehme das Redigieren der von Freien zugelieferten Texte breiten Raum ein. Auf Nachfrage stellt sich heraus, dass in dem genannten Tagessatz die Mehrwertsteuer bereits enthalten ist - macht einen Umsatz von 71,61 Euro für einen Arbeitstag von acht bis neun Stunden. Bei 24 Tagen im Monat arbeitet der freie Lokalredakteur bei der FNP also für gut 1700 Euro unverteuert. Als der Anrufer dem Redaktionsleiter das vorrechnet, lässt dieser erkennen, dass ihm die Bezahl-

ung ebenfalls nicht sonderlich großzügig erscheint - „aber Sie wissen ja, wie das heute ist“. Und zwischen den Zeilen klingt deutlich durch, dass man sich per Existenzgeld oder als Ich-AG aufbessern könne.

Die Überlegungen des Bewerbers sind einfach: Nimmt er das Angebot an und die FNP ihn auf, muss er sich vollständig in die Abhängigkeit eines Auftraggebers begeben. Von dem Geld muss er alle Versicherungsleistungen zahlen, Urlaub kann er dann wohl streichen. Und wenn die FNP ihn fallen lässt, steht er ganz „frei“ da - Arbeitslosengeld wie für einen fest Angestellten fällt ja schließlich auch aus. Der Freie lehnt „dankend“ ab.

Hohe Arbeitsbelastung

Dem Betriebsratsvorsitzenden Manfred Fritsch war dieser konkrete Sachverhalt so nicht bekannt. Die geschilderten Arbeitsbedingungen bezeichnet er jedoch schlicht als Ausbeutung der freien Mitarbeiter. Von Tarifverträgen sei das sehr weit entfernt. Aber wirklich wundern könne er sich darüber nicht, denn Hessen sei das einzige der alten Bundesländer, in dem sich die Zeitungsverleger seit Jahren weigern, den Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Freie zu übernehmen. Seine Nachfrage beim Personalchef nach den Beschäftigungs- und Bewerbungsmodalitäten für die freie Mitarbeit in den Lokalredaktionen brachte keine neuen Erkenntnisse. Fritsch waren aus der bewussten Redaktion regelmäßige Klagen über die hohe Arbeitsbelastung zu Ohren gekommen, die aber mittlerweile abgeklungen sind. Kein Wunder, denn auf Nachfrage von M bei Redaktionsleiter Samson bestätigt dieser, dass man durch die Stellenanzeige einen Mitarbeiter gefunden habe.

Die FNP ist eine der führenden Tageszeitungen in Hessen, mit drei

Regionalausgaben kommt sie auf eine verkaufte Auflage von fast 200.000 Exemplaren (IVW 4/2003). Das Blatt sieht sich selbst als „in der bürgerlich liberalen Tradition der Frankfurter Paulskirche“ und wirbt mit dem Slogan „Wir kümmern uns drum“ - faire Arbeitsverhältnisse sind damit wohl nicht gemeint. Die Zeitung wird von der Frankfurter Societät verlegt, die mehrheitlich zur Fazit-Stiftung gehört. Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ GmbH, Herausgeberin der FAZ und selbst mehrheitlich im Besitz der Fazit-Stiftung, hält Anteile an der FNP.

Martin Brust ■

Foto: Rudi Otto





Abb.: taz

taz-titel 17. April 1979

Der Kampf um Alternativen – 25 Jahre taz

Erinnerungen und Reflexionen,
subjektiv und keineswegs von bleibendem Wert

Wahrscheinlich war es im Herbst 1978. Ich musste erst am frühen Nachmittag in die Redaktion des „Berliner Tagesspiegel“ und schob meinen Sohn im Kinderwagen durch die Suarezstraße in Charlottenburg. Wenige Schritte von meiner Wohnung entfernt gab es einen rüdigigen, dunklen Laden, dessen schmutzig gelb gerahmtes Schaufenster mich anzog. Die Gründungsinitiative für eine neue Zeitung, links, radikal, ökologisch usw. hatte dort ihre Papiere ausgehängt.

Ein junger Mann stand vor der Tür und erklärte, es ginge um nichts weniger als eine Alternative zum staatstragenden Journalismus, und ich könne bei der AG Betrieb und Gewerkschaft mitmachen. Der junge Mann hieß Michael Sontheimer, heute beim „Spiegel“. Andere sind beim „Stern“, auch bei Springer, bei Rundfunk und Fernsehen, also fast überall. Irgendwie sind die meisten von ihnen „tazler“ geblieben, gibt es ein loses, informelles, aber durchaus mobilisierbares taz-Ehemaligen-Netzwerk in der deutschen Medienszene.

25 Jahre wird die taz am 17. April 2004 – so alt waren damals, 1979, viele von denen, die sie mit gegründet haben. Es waren kaum Journalisten dabei, die meisten kamen aus dem Studium, einige waren arbeitslos. Berufserfahrung? Eher die Ausnahme. Kapital? 7.000 kümmerliche Vorausabonnements und die Idee, einen ganz neuen Journalismus, eine neue Öffentlichkeit, eine Zeitung ohne Hierarchie und Profit, ein Blatt für unterdrückte Nachrichten und Menschen machen zu wollen. Die taz – das war zu Anfang eher eine bundesweite Bürgerinitiative als ein Zeitungsbetrieb. Genau deshalb war ihre Gründung – anders als die vom traditionslinken Spektrum getragene Konkurrenzgründung „Die Neue“ – erfolgreich, ist sie zu einem unverzichtbaren Teil der deutschen Medienlandschaft geworden.

9. November 1989: Die Mauer fällt, Einzel Exemplare der taz werden sofort exportiert. Vier Monate später gibt es die Ost-taz als erste bundesdeutsche Zeitung flächendeckend in der DDR – produziert von DDR-Kollegen. Die Gesamtauflage explodiert auf 100.000 Exemplare.

Die „Neue“, von erfahrenen linken Journalisten wie Charly Guggomos, Martin Buchholz und Horst Thormeyer gemacht, war nach kurzer Zeit wieder am Ende – weil sie nichts Neues bot, keine neue politische und publizistische Idee, keine radikale Auseinandersetzung mit dem Stammheim-Staat und den autoritären Traditionsbeständen innerhalb der Westlinken. Die taz dagegen wurde zum Medium der sozialen Bewegungen, der Ökologie- und Frauenbewegung, der Proteste gegen die autoritäre Deformation des Rechtsstaats in der Auseinandersetzung mit dem RAF-Terrorismus. Die taz war Teil und Träger eines gesellschaftlichen Veränderungs- und Lernprozesses, wie die Grünen, die Ökoläden und die Hausbesetzer von Berlin. Ihre größte Wirkung bestand darin, die anderen Medien verändert zu haben.

Konfliktträchtiger Prozess

Genau dies aber ist zum Problem der jungen Zeitung geworden. Ihr Monopol auf bestimmte Themen hat sie schnell verloren, ihre bewusste Subjektivität fand auch in den anderen Medien Nachahmer, ihre Parteilichkeit und Radikalität konnte zum Verlust publizistischer Unabhängigkeit und ins Auflagenghetto einer kleinen politisierten

Bewegungsszene führen. Die Zeitung, die sich ihren „Markt“ durch bewusste Abgrenzung von der öden Professionalität der „seriösen“ Medien geschaffen hat, konnte nur überleben und sich weiterentwickeln, wenn sie selbst zu einem hochprofessionalisierten Medium wurde – ein schmerzlicher, konfliktträchtiger und krisenanfälliger Prozess, der sich über mehr als zehn Jahre hinzog.

Eines Tages kamen der IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche und sein Pressesprecher Hermann Zoller, um mit uns zu diskutieren. Die Gewerkschaften beäugten die neue Zeitung misstrauisch: zu chaotisch, zu apparatfeindlich, den neuen statt den alten sozialen Bewegungen verbunden und – noch schlimmer – ohne Tarifverträge. Gut, dass kein gewerkschaftlicher Arbeitsschutzexperte dabei war. Die Redaktionsräume in der Weddinger Wattstraße waren angefüllt mit wackeligen Sperrmüllmöbeln, nicht abgewaschenen Kaffeetassen, verstaubten Papierstapeln und jeder Menge Leuten, die ohne reguläres Arbeitsverhältnis arbeiteten. Die Diskussion mit den Gewerkschaftern war weniger konflikthaft als ich es erwartet hatte. Es muss ihnen schnell klargeworden sein, dass sie nur eines haben konnten, entweder die Zeitung oder einen regulären



Foto: Paul Langrock

Tarifvertrag für die Beschäftigten. Sie entschieden sich für die Zeitung.

Die Gründungsgeschichte der taz könnte ein Lehrbeispiel sein für intelligente Mittelstandsförderung. Denn die taz ist – heute dürfen wir das schreiben – nicht nur durch den Idealismus ihrer Gründungsmitglieder, sondern auch durch massenhaften Betrug am Sozialstaat entstanden. Ich weiß nicht, wieviele Leute ihr Arbeitslosengeld, ihr Bafög, ihre Sozialhilfe in die taz gesteckt haben. Arbeitslos jedenfalls waren sie nicht. Ohne diese nicht ganz legalen „Lohnkostenzu-

schüsse“ hätte das Projekt wohl kaum das erste halbe Jahr überlebt. Später in den achtziger Jahren erwies sich die taz in der stagnierenden Westberliner Wirtschaftslandschaft als eine der erfolgreichsten „job-Maschinen“. An Tariflöhne war allerdings auch dann nicht zu denken. Heute gibt es einen Haustarifvertrag mit ver.di.

Wertgebundene Aufklärung

Lange Zeit war die taz die einzige erfolgreiche Neugründung einer Tageszeitung in der Bundesrepublik. Inzwischen ist eine weitere hin-

zugekommen, die Financial Times Deutschland. Welch ein politisch-publizistischer Kulturbruch! Die taz war in ihren besten Zeiten ein Medium wertgebundener gesellschaftlicher Aufklärung. Sie wird dieses Erbe hoffentlich nicht einer – teils widerwilligen, teils willfährigen – Anpassung an den marktliberalen Zeitgeist opfern. Nicht der mainstream hat die taz großgemacht, sondern der Kampf um Alternativen. Der ist heute so dringlich wie damals, vor 25 Jahren.

Martin Kempe ■
Chefredakteur der ver.di Zeitung
„Publik“

taz-Titel: 22. Mai 2003



„Kleinliche Rachemaßnahmen“

Redakteure von „Bremer Nachrichten“ und „Weser-Kurier“ wurden nach dem Streik ausgebootet

Man stelle sich vor, jemand kommt nach vierwöchiger Abwesenheit nach Hause und möchte sich in seinen Lieblingssessel fallen lassen – aber da sitzt schon ein Nachbar. Die Werkbank im Keller ist ausgelagert worden, und täglich kommt ein Pizzabote, obwohl man lieber selber kochen würde. So ähnlich ist es nach dem Journalistenstreik manchen Redaktionsmitgliedern von „Weser-Kurier“ (WK) und „Bremer Nachrichten“ (BN) ergangen: Sie durften nicht mehr in ihrem Spezialgebiet arbeiten oder wurden Opfer von Outsourcing.

WK und BN unterscheiden sich nur in ihren Politikseiten. Den Rest produziert eine gemeinsame Redaktion. Beim Streik zählten die Bremer bundesweit zu den aktivsten. Nach Schätzungen des Betriebsrats verweigerten 120 der 150 Redakteure und Volontäre konsequent vier Wochen lang die Arbeit. Währenddessen schusterten die Chefredakteure gemeinsam mit Streikbrechern, Freien und frisch eingestellten Volontärinnen notdürftig die Zeitung zusammen.

Der Ausstand scheint die Chefs persönlich gekränkt zu haben. Jedenfalls reagierten sie mit „kleinlichen Rachemaßnahmen“, wie es in Redaktionskreisen heißt. Der Gourmet des Hauses verlor seine Kochserie, und eine kurz vor dem Ruhestand stehende Kollegin musste an einen Streikbrecher ihre Rubrik „Bremisches vor 50 Jahren“ ab-

treten, für die sie mit viel Herzblut sogar Freizeit geopfert hatte. Der ver.di-Landesfachbereich Medien und auch der DJV sahen in diesem Vorgehen eine unerlaubte Maßregelung von Streikenden und protestierten schriftlich – bis Redaktionsschluss dieser «M»-Ausgabe ohne Erfolg.

Ein weiterer Anlass für Proteste: Die Vermischtes-Seiten wurden seit dem Streik komplett von dpa produziert. Einer der altgedienten Macher musste fortan einer Jungredakteurin zuarbeiten, die die von Schleichwerbung tiefende Beilage „Zeitung in der Schule“ betreut. Inzwischen haben die Chefs aber Einlenken signalisiert: Das Vermischte wird wohl wieder im Hause produziert – in einem neuen Großressort gemeinsam mit Politik und Wirtschaft.

Fragwürdiger Umgangston

Nicht korrigiert wurde die Auslagerung von Themenseiten wie Musik und Motor an eine Serviceagentur – was vor allem freie Mitarbeiter trifft, aber auch künftige Arbeitskämpfe erschwert: „Das sind institutionalisierte Streikbrecher“, meint ein WK/BN-Redakteur.

Bald nach dem Ausstand kam der nächste Hammer: Obwohl die Belegschaft bereits Einkommenseinbußen hingenommen hat, soll nun auch noch jede fünfte Redakteursstelle bis 2010 gestrichen werden – allerdings ohne betriebsbedingte Kündigungen.



Foto: Joerg Sarbach

Eigentlich hatte der Verlag „Bremer Tageszeitungen AG“ (Bretag) 2003 zugesichert, dass die Belegschaft rechtzeitig in Umstrukturierungsprozesse eingebunden werde – aber bei den jüngsten Sparmaßnahmen war davon zunächst nichts zu merken. „Mauertaktik“ und „Agieren nach Gutsherrenart“ warf deshalb der Redaktionsausschuss den Oberen vor. In diesem Beschwerdebrief wurde auch gleich noch der Umgangston gerügt („Zoten, sexistische Sprüche, das Herziehen über abwesende Kolleginnen und Kollegen“). Das zielte wohl vor allem auf einen stellvertretenden WK-Chefredakteur, der auch politisch umstritten ist: Er fordert zum Beispiel, die Bremer Frauen- und Ausländerbeauftragten einzusparen.

Und was sagen die Verantwortlichen zu den Protestbriefen? Weder Verlag noch Chefredaktion gäben Auskünfte über Betriebsinterna, erklärte eine Vorstandssprecherin auf «M»-Anfrage. ■ Eckhard Stengel ■

Redakteure der Bremer Tageszeitungen AG streiken vor dem Pressehaus in Bremen für einen neuen Tarifvertrag

Solidarität

Manchmal klappt es doch mit der Solidarität zwischen Festen und Freien. Redaktionsmitglieder von „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ haben während des jüngsten Streiks 6.000 Euro gesammelt: als Honorar-Ersatz für mitstreikende Freie.

stg. ■

Erfolgreicher Weg der Selbstkontrolle

Pressekodex auch für elektronische Medien anwenden

Wir erinnern uns: ein „eingebetteter“ Kollege berichtete zu Beginn des letzten Irak-Kriegs aus dem Bauch eines Kampfschiffes, dessen Position und Ziele er nicht preisgeben durfte: Das Unheimliche und das Heimliche waren atmosphärisch präsent. Informationen dagegen nicht. Wir erinnern uns: ein großer Entertainer ergreift zur Hauptsendezeit in der ARD Partei für eine Wein-gummi-Firma. Wir erinnern uns an Sebnitz.

Für Verleger und Journalisten in den Printmedien gibt es seit 1976 selbst gesetzte Regeln, die Schleichwerbung und Vorverurteilung ächten und die zu wahrheitsgemäßer Berichterstattung verpflichten. Zusammen mit anderen Regeln für anständigen und professionellen Journalismus stehen sie im Pressekodex.

Bei der Abwehr von Schleichwerbung ziehen Verleger und Journalisten an einem Strang. Schon aus Wettbewerbsgründen. Den publizistischen Fall Sebnitz hat der Presserat in einem öffentlichen Forum mit beteiligten Journalisten erörtert. Schwerer tun sich alle Beteilig-

ten mit den Kriterien Sorgfalt und Wahrhaftigkeit. Der Beitrag des „eingebetteten“ TV-Kollegen ist handwerklich sorgfältig: Die Kamera wackelt nicht, der Ton ist verständlich. Der Stil der Darstellung ist in Sprache, Intonation und Grammatik attraktiv. Und die Wahrhaftigkeit? Hier scheiden sich die Geister: die einen lassen die Darstellung erst dann als wahrhaftig gelten, wenn nicht nur der Abschussort sondern zeitnah auch der blutige Wirkungsort einer Waffe im Blick bleibt. Für andere gilt eine Puzzle-Theorie: wahrhaftig ist für sie Berichterstattung auch, wenn irgendwann alle Beobachtungssplitter ein halbwegs vollständiges Bild ergeben könnten.

Alle sind aber in einem Punkt sehr empfindlich: Sie verbitten sich jede Einflussnahme auf die Auswahl ihrer Inhalte. Weil das die Pressefreiheit einschränkt. Und die hat nach schlechten Erfahrungen mit externer Medienaufsicht im Zweifel Vorrang.

Wie aber bekommen wir mehr Sorgfalt und Wahrhaftigkeit, dagegen weniger Schleichwerbung, achtlosen Umgang mit Menschen und fahrlässige Diskriminierung ohne ein Mehr

an Aufsicht? Einen Weg geht und weist seit 1976 der Deutsche Presserat für die Printmedien. Er führt keine Aufsicht. Er wirkt aber ein. Indem er die Verletzung selbst gesetzter Regeln feststellt und sie branchenintern wie extern zur Diskussion stellt. Selbstregulierung heißt das. Die dju geht diesen Weg mit. 2003 hat sie sich den Pressekodex auch offiziell zu eigen gemacht.

Der Presserat hat für die Selbstregulierung nicht nur Lob bekommen. Weil er anstelle materieller Sanktionen nur den kritischen Dialog, das fachliche Urteil und die öffentliche Bloßstellung schwerer Regelverstöße kennt, ist ihm das Bild vom zahnlosen Tiger umgehängt worden. Er wird aber immer seltener zitiert. Weil auch der letzte Hardliner gemerkt haben dürfte, dass man kritische Dialoge mit Lernpotenzial nicht führen kann, wenn man sich bis an die (Tiger-)Zähne rüstet. Perfektionisten wird es der Presserat allerdings auch in Zukunft nicht Recht machen können.

Unterstützung erhält der Presserat neuerdings auch aus dem Bereich der elektronischen Medien. „Der Kodex muss in

allen Medien gelten, in denen Journalismus stattfindet“ und „Der Kodex muss Diskurse anstoßen“ fordert das Netzwerk Recherche, dessen Akteure vor allem auch in Rundfunk und Fernsehen zu Hause sind.

Die dju begrüßt die Unterstützung ausdrücklich. Der Presserat hat sich auch in der Vergangenheit stets offen für sinnvolle Veränderungen gezeigt. So sind der Pressekodex und die Verfahrensordnung in den vergangenen Jahrzehnten im Lichte der eigenen Erfahrungen verbessert worden.

Die dju würde es allerdings begrüßen, wenn die Netzwerk-Kollegen den Kodex und den Weg der Selbstregulierung auch in den elektronischen Medien populär machen würden. Die dort eingeführten Formen der Fremdkontrolle sollte der Presserat dagegen nicht übernehmen. Sie haben sich im Vergleich nicht bewährt. Und wer als Journalist/Journalistin im Presserat mitreden und mitentscheiden möchte, ist herzlich willkommen. Er/Sie kann sich um ein Mandat dafür auf den Bundesdelegiertenversammlungen der dju bewerben. Manfred Protze ■

Diskriminierung von Asylbewerbern

Verstoß gegen Trennungsgrundsatz: Firma sollte Veröffentlichungskosten übernehmen

Auf seiner Sitzung im März hat der Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserats zwei öffentliche Rügen ausgesprochen.

Die „Bild“-Zeitung erhielt eine öffentliche Rüge aufgrund eines Verstoßes gegen das Diskriminierungsverbot in Ziffer 12 des Pressekodex. Unter den Überschriften „Hier wohnt Bremens schlimmste Asyl-Familie“ und „Die Asylabzocker“ berichtete die Zeitung unter Bekanntgabe der kompletten Anschrift und der Veröffentlichung eines Fotos des Wohnhauses über eine 16-köpfige Asylbewerberfamilie. Der Familie wurde darin Asyl- und Sozialhilfebetrug unterstellt. In dem ersten Artikel wurde die Tatsache, dass die Mutter vom Gesundheitsamt wegen eines Traumas krankgeschrieben

wurde, von der Zeitung als „juristischer Trick“ der Patientin gewertet, um eine Abschiebung zu verhindern. In dem zweiten Artikel wurde der Familie „Abzockerei“ vorgeworfen. In der Veröffentlichung derartiger Vorwürfe und sonstiger Umstände sah der Beschwerdeausschuss eine Diskriminierung der Familie.

Die Zeitschrift „Wirtschaftsforum“ erhielt eine öffentliche Rüge, da sie gegen den Trennungsgrundsatz in Ziffer 7 des Pressekodex verstoßen hat. In einem Schreiben hatte die Zeitschrift ein Unternehmen, von dem ein Firmenporträt veröffentlicht worden war, dazu aufgefordert, für die Illustration des Textes Veröffentlichungskosten zu übernehmen. Dies verstößt gegen den Trennungsgrundsatz, da die komplette redaktionelle Berichterstattung frei von finan-

ziellen Gegenleistungen erfolgen muss. Nur so kann gewährleistet sein, dass die redaktionelle Veröffentlichung nicht von dritter Seite beeinflusst wird.

Drei Publikationen wurden ebenfalls aufgrund eines Verstoßes gegen die Ziffer 7 des Kodex missbilligt. So hatte z.B. eine Zeitschrift in einem Schreiben an potentielle Anzeigenkunden das Angebot gemacht, die Werbung so zu gestalten, dass der Leser sie als redaktionellen Beitrag wahrnimmt.

Eine Missbilligung erhielt eine Tageszeitung wegen eines Artikels über den Prozess gegen den als „Kannibalen“ bekannten Täter Armin M. Sie hatte sehr detailliert - unter anderem Einzelheiten der Zubereitung abgetrennter Körperteile als Essen - die Aussagen des Angeklagten zum Ablauf der Tat geschil-

dert. Der Beschwerdeausschuss war jedoch der Meinung, dass diese Einzelheiten trotz des öffentlichen Prozesses nicht veröffentlicht werden dürfen. Er sah hierin einen Verstoß gegen die Ziffer 11 des Pressekodex, der den Verzicht auf eine „unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt und Brutalität“ verlangt. Ebenso sei der Schutz der Jugend in der Berichterstattung zu berücksichtigen.

Der Ausschuss behandelte insgesamt 42 Beschwerden. Neben den zwei Rügen wurden zwölf Missbilligungen und acht Hinweise ausgesprochen. Eine Beschwerde war begründet, jedoch wurde von einer Maßnahme abgesehen, da die Zeitung den Sachverhalt von sich aus und in öffentlicher Form direkt berichtet hatte. 14 Beschwerden wurden als unbegründet abgewiesen. ■

Trotz Wirtschaftsflaute im Aufwind

Bertelsmann weiter auf Expansionskurs mit zwei Milliarden Euro in der Kasse

Deutschlands größter Medienkonzern Bertelsmann sieht sich trotz anhaltender Wirtschaftsflaute im Aufwind. „Wir geben wieder richtig Gas“, so Vorstandschef Gunter Thielen Ende März in Berlin.

Der Konzernumsatz sank – vor allem währungsbedingt – um 8,3 Prozent auf 16,8 Milliarden Euro, das operative Ergebnis dagegen zog um 20 Prozent auf 1,12 Milliarden Euro an. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich bis Ende 2003 um neun Prozent auf gut 73.000 – hauptsächlich in Folge des Verkaufs der Fachverlagsgruppe Bertelsmann Springer.

„Bertelsmann ist wieder auf Spur“, beschreibt Bertelsmann-Finanzchef Siegfried Luther kurz

und bündig die aktuelle Situation des Gütersloher Konzerns. Rückbesinnung aufs Kerngeschäft – so heißt die Devise seit dem wenig ruhmreichen Abgang des früheren Vorstandschefs Thomas Middelhoff vor zwei Jahren. Sein Nachfolger Gunter Thielen hält nichts von Internet-Abenteuern, sondern steht für solides Wirtschaften. „Alle unsere sechs Divisions sind wieder profitabel“, verkündete er stolz. Allerdings mit graduell unterschiedlichem Erfolg. Größter und rentabelster Umsatzträger bleibt weiterhin die RTL Group. Die Buchverlagsgruppe Random House behauptet sich – trotz harter Zeiten in der Verlagsbranche. Gruner + Jahr hat es selbst im Flautenjahr 2003 geschafft, weltweit an die

20 neue Zeitschriftentitel auf den Markt zu werfen. An der Strategie, sich in Deutschland aus dem Regionalzeitungsgeschäft zurück zu ziehen, hält die Gruppe fest. Auch das Erscheinen einer Sonntagsausgabe der „Sächsischen Zeitung“ stehe dazu nicht im Widerspruch, findet G+J-Vorstandschef Bernd Kundrun. „Solange ein Titel bei uns im Portfolio ist“, so Kundrun, „kriegt er alle Chancen der Weiterentwicklung, wenn sie denn Sinn machen“.

Besonders zufrieden sind die Bertelsmänner mit dem vergleichsweise guten Abschneiden der Direkt Group, in der die Musik- und Buchklubgeschäfte zusammengefasst sind. Nach hohen Verlusten im Vorjahr konnte hier 2003 erstmals wieder ein

kleines Plus erreicht werden.

Nach dem Rückkauf von Anteilen der „Zeit“-Stiftung verfügen die Bertelsmann-Stiftung und die Familie Mohn wieder über 75 Prozent der Stimmanteile. Das restliche Viertel hält die GBL. Deren Anteile sollen an die Börse gebracht werden – allerdings nicht vor 2006. Für die nächsten drei Jahre haben die Gütersloher sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Mehr Umsatz, mehr Gewinn, Expansion in neuen Märkten. RTL zieht es vor allem nach Osteuropa. Und in Indien und China lockt das massenattraktive Geschäft mit den Buch- und Musikklubs. Satt zwei Milliarden Euro stecken in der Kriegskasse des Konzerns und wollen in Aufkäufe oder Neugründungen investiert werden. kel ■

Eine ganz normale Familie

Thomas Schulers Biografie über „Die Mohns“

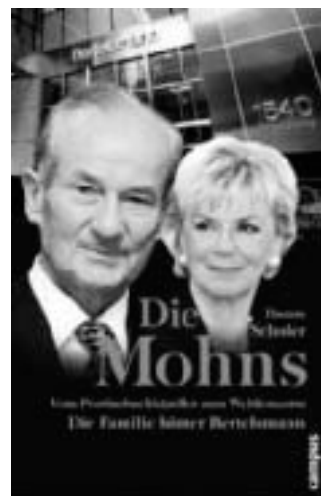
Der Millionär, der als Tellerwäscher anfang, ist in Deutschland ein seltenes Märchen. Dennoch, eine ehemalige Telefonistin ist heute „Königin von Gütersloh“. Wie sie es schaffte, den Bertelsmann-Konzern zu beherrschen, erzählt Thomas Schuler ebenso unterhaltsam wie informativ in seinem Buch über „Die Mohns“.

Es war im November 1982, da schlichen sich Reinhard Mohn, 61, und die 20 Jahre jüngere Elisabeth, geborene Beckmann, geschiedene Scholz, durch die Hintertür ins Rathaus zu Gütersloh, um zu heiraten. Seine erste Frau hatte Mohn fünf Jahre vorher verlassen. Als Magdalene Mohn von einer Kur nach Hause kam, fehlten seine Kleidung und ein Ledersessel. Dafür lag auf dem Tisch ein Brief, in dem stand: „Unsere Ehe war ein Irrtum.“ Reinhard und Elisabeth „Liz“ Mohn kannten sich, seit sie auf einem Betriebsfest „Reise nach Jerusalem“ gespielt hatten. Er hatte viele Affären, aber mit Liz hatte er auch drei Kinder, so viele wie mit Magdalene. Brigitte, Christoph und Andreas glaubten lange, Joachim Scholz sei ihr Vater, ein Kinderbuchlektor bei Bertelsmann, der Elisabeth heiratete. „Im sauberen Mittelklasse-Gütersloh hatte man keine illegitimen Kinder“, spottet Andreas. Die Fassade dieser Scheinehe hielt. Obwohl „Vater Joachim“ das Haus verlassen oder im Keller schlafen musste, wann immer „Onkel Reinhard“ kam, erfuhren die Kinder erst nach der Scheidung, dass der Onkel ihr Vater war. Da waren Andreas 12, Christoph 14 und Brigitte 16 Jahre alt.

Geht uns das etwas an? Darf ein Journalist über das Privatleben eines Unternehmers schreiben? Er darf, er muss! Dass Heinrich Mohn Mitglied der SS war und zwei Kinder der NSDAP angehörten und die Hitlerjugend bei den Mohns einen Versammlungsort hatten, ist keine Privatangelegenheit. Auch die Tatsache, dass Bertelsmann Helden- und Blut-und-Boden-Literatur in Millionenaufgabe druckte, schlug schon vor Jahren Wellen. Dass der alte Mohn nach dem Krieg mit Wissen von Reinhard Mohn Dokumente fälschte, zeugte ebenso nicht gerade von einem vorbildlichen gesellschaftlichen Verantwortungsbewusstsein, allerdings von Unternehmerrgeist, denn ohne diesen Betrug hätten die Mohns keine Lizenz zum Drucken erhalten.

Schweigen wäre auch falsch verstandene Diskretion, wenn einflussreiche Menschen Wasser predigen und Wein saufen, wenn sie lügen und verschweigen, um ihre saubere Familie als Vorbild zu inszenieren. Das ist bei den Mohns geschehen: Nachdem Liz Mohn vor drei Jahren ihr Buch „Liebe öffnet Herzen“ veröffentlicht hatte, holte sich Reinhard Mohns älterer Bruder Sigbert bei Bertelsmann ein Exemplar des „Märchenbuchs“ ab, wie er es nannte. „Warum schilderte sie detailliert ihr Leben und erwähnte dabei ihre erste Ehe mit keinem Wort?“, fragte Sigbert. Das Privatleben der Mohns ist relevant für die Zukunft eines Weltkonzerns mit 18 Milliarden Euro Umsatz (RTL Group, Verlag Random House, Stern). Ob nämlich Reinhard Mohn, inzwischen 82 Jahre alt, das Geschehen noch überblickt, erscheint nicht nur Schuler fraglich. Er hat Liz zur Familiensprecherin in der Bertelsmann Ver-

Die Mohns, Campus Verlag, 372 Seiten, 24,90 Euro.



waltungsgesellschaft gemacht, dem eigentlichen Machtzentrum. Sie trug dazu bei, dass der Bertelsmann-Aufsichtsratsvorsitzende Gerd Schulte-Hillen gehen musste, auch beim Abservieren der Bertelsmann-Manager Thomas Middelhoff, Vorstandschef bis zum Sommer 2002, und Mark Wössner soll sie eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Nun sieht Schuler Bertelsmann auf dem Weg zu einem „Dreigestirn“ der Macht: Liz' Sohn Christoph, Vorstandschef von Lycos Europe, rückt in den Vorstand auf. Tochter Brigitte Mohn übernimmt die Führung der Bertelsmann-Stiftung, deren Rolle Schuler ebenfalls kritisch beleuchtet. Und Liz wacht als Mitglied des Aufsichtsrats, des Präsidiums der Stiftung und der achtköpfigen Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft über allem.

Thomas Schuler meint: „Es sieht so aus, als sei Bertelsmann auf dem Weg, ein ganz normales Unternehmen in der Hand einer ganz normalen Familie zu werden.“ Peter Köpf ■

Verhäckselung und Verzeitfunktung

RBB auf dem Weg zu schärferem Programmprofil nicht ohne kritische Stimmen

mäzen Peter Raue missfällt vor allem der Einsatz klassischer Musik. Man merke, dass die Redakteure diese Musik nicht selbst aussuchten. „Ich will nicht wissen, dass ich das allzu beliebte A-dur-Klavierkonzert 428 im zweiten Satz gehört habe, und das auch noch, was nicht veratet wird, nur zur Hälfte.“ Das Ganze sei ein unbeschreibliches „Gesusel und Gedusel“. Es handle sich nicht mehr um „Niveauperlust, sondern um Niveaubeseitigung“. Da die Verantwortlichen kein Einsehen hätten, werde wohl vor allem das DeutschlandRadio Berlin weiteren Zulauf bekommen.

Treue Hörer verprellt

Das sehen wohl auch die früheren Stammhörer der bisherigen Kulturwellen „Radio Kultur“ und „Radio 3“ so. Viele wollen partout nicht einsehen, wieso gerade ihre Lieblingssendungen plötzlich aus dem Äther verschwinden: Programm-Marken wie die „Noten zur Literatur“, die „Galerie des Theaters“, „Gulliver“, das „Kultur-Journal“ und vieles mehr. Ersetzt wurden diese gewohnten Sendungen in der Zeit von 6 bis 18 Uhr durch ein so genanntes „Tagesbegleitprogramm“ mit vier jeweils dreistündigen Magazinstrecken. Das sind täglich wiederkehrende „Rubriken“, mit in der Regel maximal vier Minuten langen Wortschnipseln, ein Sammelserium disparater Beiträge.

Was sich in Berlin abspiele, sei „leider nur Teil eines umfassenden und fast alle Sender mittlerweile infiziert habenden Konzepts“, findet auch Karl Corino, ehemaliger Leiter der Literaturabteilung des Hessischen Rundfunks. Der Abschied vom Einschaltradio hin zum Tagesbegleitprogramm beim HR, NDR, WDR und RBB erwecke den Eindruck, als würden die Programmarchitekten „alle voneinander abschreiben“. Programme, die „konzentriertes Zuhören“ verlangten, seien abgelöst worden durch eine zunehmende „Verhäckselung“ und „Verzeitfunktung“.

Die Notwendigkeit eines radikalen Programmschnitts hatte die RBB-Geschäftsführung mit der mangelnden Akzeptanz der Vorgängerprogramme begründet. Tatsächlich waren in den letzten Jahren die Hörer von „Radio Kultur“ und „Radio 3“ scharenweise geflüchtet. Viele eingeleichtete Kulturradiohörer wurden durch schlecht funktionierende Kooperationen von ORB/SFB, häufige Frequenzwechsel und unsensible Programmverschiebungen zum DeutschlandRadio oder gar zum privaten Klassik-Radio vertrieben.

Ob mit dem neuen Konzept an die Zielgruppe der „neuen Erwachsenen“ ab 40 heranzukommen ist? Die meisten Kritiker bezweifeln die Erfolgsträchtigkeit dieser Strategie. „Ich glaube, dass man dadurch die bisherigen treuen Hörer verprellt und neue Hörer nicht gewinnt“, sagt Corino.

Der Versuch, jünger zu werden

Seit dem Start des neuen RBB-Fernsehprogramms am 29. Februar ist die Fusion laut RBB-Intendantin Dagmar Reim „auch auf dem Bildschirm sichtbar“. Man hat sich viel vorgenommen: „Heimatsender“ soll der RBB sein, „für Berlin und Brandenburg, Stadt und Land, für Metropole und Region“. Skeptiker argwöhnen, dass der Geschmack des kulturell anspruchsvollen Grosstadtpublikums gegenüber den eher rustikalen Sehbedürfnissen in der Mark zu kurz kommen könnte.

Das Programm ist in drei Zeitzonen unterteilt. Den Auftakt des Vorabends liefert um 17.55 Uhr „Unser Sandmännchen“, gefolgt von zwei Stunden regionaler Information und Unterhaltung. Dazu zählen „rbb um sechs“, „zibb“ und die beiden Nachrichtenmagazine „Brandenburg Aktuell“ und „Berliner Abendschau“. Letztere haben in der Startphase zur Besorgnis ihrer Macher durch das boulevardorientierte „zibb“ einiges an Quote verloren. An die „Tageschau“ schließt sich eine Mi-

schung aus „Vertrautem und Neuem“ an, ein „Mix aus Ratgeber, Service und Unterhaltung“. Um 22 Uhr folgt die viertelstündige, in Berlin produzierte regionale Nachrichtensendung „rbb aktuell“. Danach vor allem Sendungen aus den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Zeitgeschichte. „Wir wollen versuchen, jünger zu werden“, sagt Stefan Abarbanell, Chef der Programmkoordination. Angepeilt sei vor allem die Zielgruppe von 30 bis 50 Jahren.

Ausgerechnet ohne Kino

Die meisten neuen Sendeformate entstanden durch das Zusammenlegen paralleler Angebote der bisherigen Programme. So ist etwa das neue Kulturmagazin „Stilbruch“ Ergebnis einer Fusion der Kultursendungen „Ticket“ (SFB) und „Querstraße“ (ORB). Nach dem gleichen Muster wird aus den Sportmagazinen „Einwurf“ (RB) und „Sportpalast“ (SFB) der „Sportplatz“ aus den Botanikleisten „Du und dein Garten“ (ORB) und „Unser Garten“ (SFB) das neue Format „Schön grün“. Zu den echten Neuentwicklungen zählt neben dem boulevardorientierten Vorabendmagazin „zibb“ die Talkshow „Leute am Donnerstag“, moderiert von Ulla Kock am Brink und Jörg Tadeusz. Neu ist auch das Lebensberatungs-Magazin „Hauptsache Mensch“ (Dienstag 21.30 Uhr). Eingestellt wurden dagegen die Talkrunden „Cherno“, „Alex“ und „Berliner Platz“. Auch das Kinomagazin „Mulle“ (SFB) gibt es nicht mehr – eine fragwürdige Entscheidung am Standort von Berlinale und Studio Babelsberg. Es fällt auf, dass vom ehemaligen ORB wesentlich mehr Formate erhalten bleiben als vom SFB. „Wir haben nicht Fliegenbeine gezählt“, rechtfertigt RBB-Intendantin Reim, sondern „versucht, ein neues Programm zu schreiben mit guten Ankern in dem, was sich bisher bewährt hatte“. Im ehemaligen SFB sprechen dagegen einige von „feindlicher Übernahme“. Günter Herkel ■



Foto: Paul Gläser

Ein knappes Jahr nach dem Zusammengehen von ORB und SFB gewinnt der Fusionsender Rundfunk Berlin-Brandenburg allmählich ein schärferes programmliches Profil. Die Zwischenbilanz ist eher durchwachsen: das neue RBB-Kulturradio stößt auf nahezu einhellige Ablehnung; ob das unlängst gestartete Dritte TV-Programm Hauptstädter und Brandenburger begeistern kann, steht noch dahin.

Die Kritiker des zum 1. Dezember vergangenen Jahres gestarteten RBB-Kulturradios führen schweres Geschütz auf. Das Sendeschema wirke „wie ein pädagogisches Programm für Konzentrationsgestörte oder so, als habe ein Mitarbeiter des Katasteramts es in seiner Freizeit gestrickt“, sagte Rainer Nitsche, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels bei einer Diskussion im Literaturhaus Berlin. Dem Berliner Rechtsanwalt und Kunst-

Für eine lebendige Kultur

Protest gegen Angriffe auf die öffentlich-rechtliche Programmvierfalt

Kein Kulturabbau im öffentlich-rechtlichen Rundfunk! Das fordern nahezu 1.000 Persönlichkeiten aus den Bereichen Kultur, Bildung und Publizistik. Anlass des Protestes ist die in die aktuelle Debatte um die Erhöhung der Rundfunkgebühren platzierte Forderung der drei Ministerpräsidenten Stoiber, Steinbrück und Milbradt nach weit reichenden Struktur-„Reformen“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Anders als bei früheren Vorstößen geht es diesmal nicht darum, ARD und ZDF ein breites Unterhaltungsangebot, das bei den Privaten angeblich besser aufgehoben sei, streitig zu machen, sondern der Vorstoß zielt geradewegs auf essentielle Bereiche öffentlich-rechtlichen Programms, auf seine Kulturangebote.

Ohne Bildungskanal?

Zusammenlegung von Arte und 3sat, Reduzierung der Hörfunk-Kulturprogramme, Einstellung des ZDF-Theaterkanals oder des mit ausdrücklicher Zustimmung der Bayerischen Staatsregierung ins Leben gerufenen Bildungskanals BR-alpha, Abschaffung von Rundfunk-Orchestern und -Chören sind einige der „Reform“-Ideen des CSU/SPD/CDU-Trios. Außerdem will es die Streichung zahlreicher fester Planstellen, die keinesfalls durch mehr freie Mitarbeiter kompensiert werden sollen, und drastische Sparmaßnahmen bei Personal- und Programmaufwendungen.

Aus für viele Künstler

Betroffen wären nicht nur Programm-Nutzer, sondern in hohem Maße auch zahlreiche Kulturschaffende – Schriftsteller, Filmemacher, Regisseure, Schauspieler, Musiker und viele andere, deren wichtigster Auftraggeber der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist. Sie alle wären ohne die Arbeit für Hörfunk und Fernsehen in ihrer Existenz gefährdet. Und „ohne Aufträge für Künstlerinnen und

Künstler“, so die Resolution, „gibt es keine lebendige Kultur“.

Namhafte Unterzeichner

Zu den Unterzeichnenden gehören der VS-Vorsitzende Fred Breinersdorfer, PEN-Präsident Johano Strasser, der Intendant der Bayerischen Staatsoper Sir Peter Jonas, der Präsident der Bayerischen Akademie für Fernsehen, Walter Flemmer, der Vizepräsident des Bayerischen Musikrats, Peter Jakobi, Wolfgang Esser vom Deutschen Kulturrat, Jürgen Alberts, Anna Dünnebier, Ludwig Harig, Dieter Hildebrandt, Jürgen Kolbe, Klaus Konjetzki, Erika Runge und viele andere. Insbesondere Musiker und Sänger vieler Orchester und Chöre, zumal der ARD-Sender, wehren sich durch ihre Unterschrift gegen einen kulturellen Kahlschlag.

Die Unterschriften wurden am 18. März allen Ministerpräsidenten zugeleitet. Weitere werden gesammelt. Es geht um die Erhaltung der verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit und eine angemessene Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Ermittlung der Rundfunkgebühren muss Sache der KEF bleiben. Ihre Höhe darf nicht an Strukturvorgaben der Politik gekoppelt sein.

Geringe Erhöhung

Wie der Vorsitzende des VS Bayern, Robert Stauffer, BR-Rundfunkrat, Arte-Programmbeirat und einer der Initiatoren des Protestes, betonte, hat die aktuelle Gebührendiskussion das Anliegen der Unterzeichnenden voll bestätigt. „Die Intendanten“, so Stauffer, „sollen jetzt durch sogenannte Selbstverpflichtungen von der Politik gezwungen werden, Einsparungen an Programm, Personal und bei den Klangkörpern durchzusetzen, um so wenigstens eine minimale Gebührenerhöhung, weit unter dem moderaten KEF-Vorschlag von 1,09 Euro, zu erhalten.“

Christina Oberst-Hundt ■
Unterschriftenlisten bei
christina-oberst-hundt@web.de

Big Brother beim Branchenprimus



ebay: Betriebsrätin sollte des Amtes enthoben werden



Zu den funkelnden Sternen der New Economy gehört zweifelsfrei das Internetauktionenhaus ebay. Im Europarc Dreilinden, an der Stadtgrenze zu Berlin, wuchs der Mitarbeiterstamm von 80 im Jahr 2001 auf heute 680. Wer Arbeitsplätze schafft und Erfolg vorlebt, kann sich einer guten Presse eigentlich sicher sein. Doch seit einigen Monaten bekommt das polierte Image von ebay Risse.

Für das unangenehme Rauschen im Blätterwald sorgt der umstrittene Umgang mit den Mitarbeitern und der Versuch, eine stellvertretende Betriebsratsvorsitzende per Gerichtsbeschluss ihres Amtes zu entheben.

Jeder duzt jeden, vom Praktikanten bis zum Chef, flache Hierarchien, ein offener und freundlicher

Umgang – mit dieser Aura umgeben sich auch heute noch gern die Firmen der New Economy. Das Internetauktionenhaus ebay ist dabei keine Ausnahme. Den Mitarbeitern steht das firmeneigene Fitness-Center offen, Mittagessen und Getränke werden vom Unternehmen gestellt. Doch wo die Offenheit aufhört, bestimmt die Chefetage gern autoritär.

Zwei ebay-Beschäftigte hatten sich in einem Artikel der „taz“ im vergangenen Jahr beklagt, dass sie ständig und bei jedem Handgriff überwacht werden. Die Software „Activity Manager“ übernimmt nicht nur die Funktion einer Stechuhr, sondern protokolliert von der E-Mail bis zum Telefonat ihren Arbeitstag. Die Namen der beiden hatte die „taz“-Autorin geändert, um sie zu schützen. Und das war offenbar auch notwendig. Als einzige namentlich genannt wurde die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende – prompt bekam sie den Ärger der Führungsebene zu spüren.

Interesse an Teilzeit

Dabei war der Inhalt der Textpassage, die sich auf sie bezog, nicht einmal besonders brisant: „Die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Gael Chardac weiß auch um andere Schwierigkeiten. Laut einer Umfrage sind 25 Prozent der Beschäftigten an einem Teilzeit-Modell interessiert. Dennoch verweigert die Geschäftsleitung bislang jede Reduzierung der Arbeitszeit.“ Zu den Vorwürfen der beiden anonymisierten Beschäftigten äußerte sie sich nicht. Dennoch geriet sie in die Schusslinie ihrer Arbeitsgeber. „Die ebay-Geschäftsleitung versuchte, die Kollegin nach §23 I Betriebsverfassungsgesetz per Gerichtsentscheid aus dem Betriebsrat zu entfernen“, sagt Meike Jäger von connexx.av, dem ver.di-Projekt für die Medienschaffenden in den Neuen Medien. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat der Arbeitgeber diese Möglichkeit, wenn ein Betriebsratsmitglied „grob“ seine Pflichten verletzt, die ihm per Gesetz, Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung übertragen wurden.

Ein bereits anberaumter Termin wurde vom Landesarbeitsgericht ausgesetzt. Ob sich die Parteien nun außergerichtlich einigen, steht

noch nicht fest. Aber auch in der ebay-Zentrale ist das Problem noch nicht gelöst. Offenbar überrascht hat die Geschäftsleitung die Resonanz zu diesem Fall in den Medien. Und wie die Presse genüsslich feststellte, sind die beiden Beschäftigten, die von der „taz“ interviewt wurden, nicht die einzigen Unzufriedenen. Verärgerte ebay-Angestellte hatten unter www.epay.tv eine Umfrage gestartet, wie wohl sich der Einzelne im Unternehmen fühlt.

Kritik an Kontrolle

Aus Angst um ihre Arbeitsplätze blieben sie anonym. Auf der Internetseite fragten sie ihre Kollegen nach deren persönlicher Einschätzung von Kontrolle / Überwachung, Zufriedenheit mit der Arbeitszeit, der Höhe des Gehalts und der Arbeitsatmosphäre. Inzwischen ist unter www.epay.tv die Auswertung der Umfrage zu lesen, 162 Beschäftigte haben sich beteiligt: 77 Prozent kritisierten die Kontrolle und Bewachung scharf, 65 Prozent glauben, dass sich manche Mitarbeiter von der starken Firmenkultur bei ebay manipulieren lassen, 62 Prozent fühlen sich durch den Activity Manager stark kontrolliert, 62 Prozent befürchten, dass die Geschäftsleitung ihre Daten als Überwachungsinstrument missbraucht, 52 Prozent sind sehr unzufrieden mit ihrer Arbeitszeit, 75 Prozent würden gern selbst bestimmen, ob und wann sie Überstunden machen. Meike Jäger von connexx.av kann diese Umfrageergebnisse aus ihrem direkten Kontakt mit ebay-Beschäftigten nur bestätigen. Sie stellt sich auf die Seite der ebay-Macher: „Wir finden ihre Initiative berechtigt. Weil beispielsweise Leistungs- und Verhaltenskontrollen im Betrieb wirklich enorm sind. Und wer das konstruktiv kritisiert, sollte auf keinen Fall als Nestbeschmutzer angeprangert werden. Vielmehr bietet sich die Chance, die Arbeitsbedingungen im Sinne der Mitarbeiter und der Firmenphilosophie zu verbessern. Hierbei haben die Beschäftigten unsere volle Unterstützung.“

Silke Leuckfeld ■

n-tv zieht nach Köln um

Parlamentsredaktion künftig mit RTL unter einem Dach

Am 1. September soll es definitiv soweit sein: n-tv gibt seinen Hauptsitz in Berlin auf und bezieht sein neues digitales Sendezentrum in Köln. Die Parlamentsredaktion des Nachrichtensenders soll im RTL-Hauptstadtstudio unterkommen.

Nach Auskunft der Betriebsratsvorsitzenden bei n-tv, Ingrid Renewald, wird rund 90 Mitarbeitern gekündigt, 120 erhalten ein Angebot zur Weiterbeschäftigung. Die Wut bei den Beschäftigten ist groß, hatte man doch erst Anfang des Jahres gemeinsam mit der Gewerkschaft einen eigenen Beitrag zur Sanierung des Senders erarbeitet. Stocksauer Dietrich Peters, Mediensekretär bei ver.di: „Die Verlegung erfolgt, obwohl die Beschäftigten Einkommenszugeständnisse gemacht haben.“

Zurzeit wird über einen Sozialplan verhandelt. n-tv-Geschäftsführer Johannes Züll verspricht sozialverträgliche Lösungen, die bisherigen Erfahrungen sprechen jedoch dagegen. „Die Interessen der Mitarbeiter stehen selten im Vordergrund“, sagt Katja Karger von connexx.av.

Der Umzug nach Köln soll zur wirtschaftlichen Sanierung des Senders beitragen. Der Sender war 2001 aufgrund sinkender Werbeeinnahmen in die roten Zahlen geraten und hat 2002 Verluste in Höhe von 23 Millionen Euro gemacht. Im Gegensatz zu Berlin unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen die Ansiedlung in Köln aktiv. Der dort ansässige Privatsender RTL hält 50 Prozent der Anteile an n-tv. ver.di befürchtet eine starke Einflussnahme durch den Medienriesen. Peters: „Medienpolitisch ist es ein Skandal, dass ein relativ unabhängiger Nachrichtensender zum verlängerten Arm von RTL wird.“ ucb ■

Gebührenanpassung „erreichbares Ziel“

Neuer Umlageschlüssel zugunsten kleiner Anstalten

Die ARD hält eine Anpassung der Rundfunkgebühr zum 1. Januar 2005 für ein „erreichbares Ziel“, sagte der ARD-Vorsitzende Prof. Jobst Plog auf der Sitzung der ARD-Intendanten Ende März in Saarbrücken. Voraussetzung sei, dass neben der ARD auch das ZDF und die Länder ihren Beitrag leisteten. „Strukturelle Maßnahmen, die ARD und ZDF selbst anpacken, werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach erst mittel- bis langfristig auswirken. Entscheidungen, die unmittelbar Einfluss auf die Empfehlung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) von 1,09 Euro haben, sind allenfalls durch Veränderung der politischen Rahmenbedingungen zu erzielen“, so Plog.

Die Intendanten beschlossen außerdem einen neuen Umlageschlüssel für das Fernsehen, der die kleinen Anstalten Saarländischer Rundfunk (SR) und Radio Bremen (RB) finanziell weiter entlastet. Dieser Schlüssel legt die prozentuale Beteiligung der Landesrundfunkanstalten am Gemeinschaftsprogramm Das Erste fest und bestimmt auch ihren Anteil an der Finanzierung von ARD-Gemeinschaftsaufgaben.

„Größere Landesrundfunkanstalten übernehmen künftig mehr Pflichten und damit Aufwendungen für das gemeinsame Programm. Unser Ziel ist es, auf diese Weise die kleinen Sender im ARD-Verbund zu stützen, deren Einnahmen aus dem ARD-Finanzausgleich auf Veranlassung der Länder reduziert wurden“, erklärte Plog. Mit dem neuen Schlüssel, der ab Januar 2005 gilt, werden die Zulieferanteile der kleinen Anstalten am Gemeinschaftsprogramm abgesenkt. Bei der Neuregelung des ARD-Finanzausgleichs war 1999 ein Sonderschlüssel für die Umlage der Filmtochter Degeto und für den Sport beschlossen worden. Dieser Sonderschlüssel bedeutete bereits eine deutliche Entlastung für den Saarländischen Rundfunk und für Radio Bremen. Auf Antrag des SR wird die ARD ab Januar 2005 die Effekte daraus in all ihre Fernsehumlagen aufnehmen und zugleich wieder zu einem einheitlichen Schlüssel zurückkehren.

Mehr Engagement für die Filmförderung

Das 8. Film-/Fernsehabkommen mit der Filmförderungsanstalt (FFA)

des Bundes ist nun mit Zustimmung der ARD-Intendanten unter Dach und Fach.

Der Senderverbund wird bis 2008 jährlich 5,5 Millionen Euro für die Unterstützung von Kino- und Fernsehfilmen in Geld- und Sachleistungen aufbringen. Mit dem neuen Abkommen verdoppelt die ARD ihren bisherigen Anteil. Die eingebrachten Fördermittel, würden der Herstellung neuer Filme dienen, an deren Produktion die ARD beteiligt sei oder für die wir Ausstrahlungsrechte erhalten, so der ARD-Voritzende Jobst Plog. Die ARD leiste damit einen Beitrag zur Stärkung des deutschen Films, der zugleich dem Erhalt einer leistungsfähigen Produktions-Infrastruktur in Deutschland diene, so Udo Reiter, MDR-Intendant und innerhalb der ARD federführend für die Filmförderung. Reiter betonte, dass es dabei immer um konkrete Filmprojekte gehe, nicht um eine direkte Förderung von Produzenten.

Dies entspricht der Haltung der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF). Gebührengelder dürfen nach ihrer Auffassung nur dann für die Filmförderung verwendet werden, wenn dies zugleich der Erfüllung des Programmauftrags dient. Eine projektunabhängige Förderung, etwa die Stärkung der Eigenkapitalbasis von Produzenten aus Gebührenmitteln, wäre demnach nicht zulässig; sie wird auch von den ARD-Intendanten abgelehnt. ■

Deutsche Welle: Streiks am Morgen

Nur ein Signal gesendet – Mehrere Kontinente ohne Nachrichten der Deutschen Welle

Beim Auslandssender Deutsche Welle in Bonn nahmen am 2. April über 150 Redakteure, Techniker und Verwaltungsbeschäftigte an mehrstündigen Warnstreiks teil. Fünf Stunden wurde mitunter nur ein Signal gesendet. Von fünf bis neun Uhr brachte das deutsche Programm lediglich Musikkonserven. Das englische, das französische und die meisten Südosteuropaprogramme gingen erst um zehn Uhr wieder mit zum Teil verkürzten Sendungen in den Äther. Betroffen waren auch die Nachrichten für mehrere Kontinente. Viele redaktionelle Beiträge konnten nicht ausgestrahlt werden. Die Poststelle und die O-Ton-Redaktion legten ebenfalls die Arbeit

nieder. Lediglich das russische Programm brachte vorproduzierte Beiträge. Nach Angaben der Gewerkschaft ver.di wurde der Warnstreik um 10 Uhr vorerst beendet.

Zu den Streiks kam es, nachdem die Geschäftsführung der Deutschen Welle seit Monaten die Vergütungsverhandlungen blockiert. Sie verlangt weitreichende Kürzungen bei den Honoraren und fordert Einschnitte bei der betrieblichen Altersversorgung der Festangestellten. Am 25. März 2004 waren die Verhandlungen über die bereits Ende Juni letzten Jahres ausgelaufenen Tarifverträge zum zweiten Mal ergebnislos abgebrochen worden.

Mit den Warnstreiks wollen die



Foto: Jürgen Seidel

Gewerkschaften ver.di, DJV und VRRF die Deutsche Welle zwingen, die Tarifverhandlungen über die Gehaltserhöhung für Festangestellte und die Honorarerhöhung für freie Mitarbeiter ohne Gegenforderungen fortzusetzen. ver.di-Verhandlungsführer Dieter Seifert kündigte „härtere Maßnahmen“ an, falls die Geschäftsführung nicht schnell zu konstruktiven Verhandlungen bereit sei. ■

Zu ersten Warnstreiks kam es bereits im Dezember 2003, im April fanden sie ihre Fortsetzung.



Foto: Pffilmedien GmbH

Aus Liebe zum Volk

Anklage und Tragödie eines ehemaligen Staatssicherheitsbeamten der DDR

Plötzlich waren sie weg vom Fenster, die Stasi-Beamten der DDR. Arbeitslos und entmachtet im wiedervereinigten Deutschland. Menschen, die sich mit einem totalitären Überwachungsstaat identifizierten, ihre Mitmenschen bis in den intimsten Winkel ihres Privatlebens ausspionierten und das Leben zur Hölle machten. Nicht aus Sadismus, sondern „Aus Liebe zum Volk“, wie Eyal Sivan und Audrey Maurion ihren Dokumentarfilm über den auf Tagebuchaufzeichnungen beruhenden Bericht eines Ex-Stasi-Majors überschrieben haben.

Der Titel ist nicht ironisch gemeint, wenn auch doppeldeutig, drückt er doch gleichzeitig die Überzeugung des Protagonisten aus und die daraus resultierende sarkastische Wirkung auf den Zuschauer. So gesehen ist der Film auf widersprüchliche Art beides: Anklage und Tragödie eines ehemaligen Staatssicherheitsbeamten, der wie viele seiner Kollegen viel gesehen und bis zum Zusammenbruch der DDR wenig begriffen hat. „Ich empfand es immer als Glück, für den Sozialismus zu schaffen. Es war mein Lebensinhalt“, sagt er stolz und bedauert mit einigem Selbstvorwurf, dass der Kontroll-Apparat nicht perfekt genug organisiert gewesen sei, um die DDR-Bürger zu ihrem Glück zu zwingen. Denn Herr S. ist Idealist, sein Beruf für ihn eine Mission. Sein innerer Monolog, den der Schauspieler Axel Prahl (bekannt aus Andreas Dresens Filmen „Die Polizistin“ und „Halbe Treppe“) ein bisschen lakonisch aus dem Off spricht, bewirkt beim Zuschauer widerstreitende Gefühle: Einerseits neigt er dazu, die Naivität des Protagonisten zu belächeln, andererseits nötigt dessen Ehrlichkeit Bewunderung ab. Etwa, wenn Herr S. unumwunden zugibt, dass die Vernichtung von Stasi-Akten, seinem Lebenswerk, sehr schmerzlich ist.

Die Fülle an authentischem, erstmals filmisch erschlossenem Archivmaterial (u. a. Mitschnitte von Verhören, dokumentierte Telefonanrufe von Denunzianten), aus dem sich die deutsch-französische Koproduktion ausschließlich zusammensetzt, ist sein großer Trumpf. Problematisch ist indes die willkürliche Collage von Bild und Ton. Illustriert mit Aufnahmen von Demonstrationen, die von der Volkspolizei festgenommen werden, könnten bestimmte Bekenntnisse des Herr S. über die Staatsfeinde vom Zuschauer als zynisch empfunden werden, obwohl sie gar nicht so gemeint sind („Von diesem Personenkreis hätte ich etwas mehr Mäßigung gewünscht. Ihre Sorgen, Probleme und Ansichten hätte man ja von Mensch zu Mensch bereden können.“)

Denn letztlich untermauern solche Äußerungen nur einmal mehr die einfältige idealistische Weltsicht des Herrn S., der zu vor resümiert: „Der Sozialismus hätte weltweit gesiegt, wenn die Motivation und die Kreativität in der Bevölkerung der sozialistischen Staaten ebenso stark gewesen wäre wie in den Geheimdiensten“. In heutigen Zeiten des rigiden Sozialkalküls und wachsender Kritik am Kapitalismus und der Globalisierung sind solche Thesen vielleicht diskussionswürdig. Auch wenn man das Kino mit der deprimierenden Erkenntnis verlässt, dass die Stasi unzählige Existenzen ruiniert – und keine Einsicht daraus gewonnen hat.

Kirsten Liese ■

Ein dreister Vorwurf

CinemaxX verweigert Betriebsräten Schulung und sprach Kündigung aus

Das Kinounternehmen CinemaxX will zwei Betriebsräten unter fadenscheinigen Begründungen kündigen. ver.di ruft mit einer Unterschriftenliste zur Unterstützung auf.

Im CinemaxX Freiburg wurde der Betriebsrat zu Beginn des Jahres darüber unterrichtet, dass nach der Budgetplanung 2004 ein Personalüberhang von 10% ausgewiesen wird. Der Betriebsrat hat den Arbeitgeber daraufhin aufgefordert, Verhandlungen über einen Sozialplan/Interessenausgleich aufzunehmen. Dies verweigert der Arbeitgeber. Stattdessen setzt er einseitig die Absenkung der Einsatzzeiten von Teilzeitbeschäftigten durch. Diesbezügliche Verhandlungsaufforderungen seitens des Betriebsrates werden nicht angenommen. Der Betriebsrat beschließt die Schulungsteilnahme von Jörg Reichel, stellv. BR-Vorsitzender und Vorsitzender des CinemaxX-GBR am ver.di-Branchen-Seminar „Kostensenkung im Kino“ mit dem Themenkomplex: Kostensenkungsmethoden der Arbeitgeber: Reduzierung von Schichten, Verringerung der Besetzung in den einzelnen Bereichen, Flexibilisierung des Personaleinsatzes, Abbau übertariflicher Zulagen, Tarifbruch, Tarifflicht, Einsatz von Fremdfirmen, Betriebschließung. Das Seminar ist anerkannt nach § 37,6 BetrVG.

Keine Kostenübernahme

Die Notwendigkeit dieser Schulung wird vom Arbeitgeber bezweifelt und eine Kostenübernahme verweigert. Das folgende Verfahren des Betriebsrates beim Arbeitsgericht Freiburg wird in der Antragschrift u.a. durch eine eidesstattliche Versicherung der Kollegen Andreas Fuchs, BR-Vorsitzender und Jörg Reichel, stellv. BR-Vorsitzender untermauert. Darin legen die Kollegen dar: Personalmaßnahmen zur Kostensenkung im Freiburger Kinobetrieb seien durch den Arbeitgeber angekündigt worden.

Da der Arbeitgeber jedoch in Schreiben an den Betriebsrat, mit denen er die o.g. Aufnahme von Sozialplanverhandlungen abgelehnt hat, Beendigungskündigungen abgeschlossen hat, wirft er den Kollegen nunmehr Prozessbetrug und falsche eidesstattliche Versicherungen vor. Nach der geschilderten Sachlage ein dreister Vorwurf.

CinemaxX betreibt an etwa 35 Standorten bundesweit mit etwas über 2000 Beschäftigten Filmtheater. Überwiegend sogenannte Multiplex-Kinos mit 6–20 Kinosälen und mit jeweils zwischen 40 und 120 Beschäftigten. Zu zwei Dritteln werden Teilzeitbeschäftigte (Studenten) und Minijobber eingesetzt. Das Unternehmen ist wirtschaftlich unter Druck und gibt diesen auch an die Beschäftigten weiter.

Keine Tarifverhandlungen

Seit Jahren werden die Personalkosten gesenkt. Und nach der Kündigung der für das Unternehmen geltenden Tarifverträge werden notwendige Tarifverhandlungen von der Geschäftsführung seit der dritten ergebnislosen Verhandlungsrunde im Dezember 2003 verweigert. Statt dessen setzt der Arbeitgeber bei Neueinstellungen untertarifliche Bedingungen durch. So erhalten Servicekräfte, die in allen Bereichen (Kartensystem, Einlass und Süßwarenverkauf) eingesetzt werden, nur noch einen Lohn von 6,5 Euro und damit 12% unter dem bisherigen Niveau. Mit über 50 Warnstreiks wurde bisher in knapp der Hälfte der Kinobetriebe Druck gemacht, um den Arbeitgeber zur Wiederaufnahme von Firmentarifverhandlungen zu bringen. An den Warnstreiks haben sich die beiden betroffenen Kollegen aktiv beteiligt.

Der Betriebsrat des CinemaxX Freiburg hat den geplanten fristlosen Kündigungen nach § 103 BetrVG nicht zugestimmt. Das CinemaxX versucht jetzt, die Zustimmung durch das Arbeitsgericht ersetzen zu lassen. Die Gewerkschaft ist sich sicher, dass ihnen das nicht gelingt! Deshalb fordert ver.di das Unternehmen CinemaxX auf: Beenden Sie die Maßnahmen zur Kündigung von Andreas Fuchs und Jörg Reichel! red. ■

Ver.di fordert auf, diesen Aufruf zu unterstützen.

Die Unterschriftenliste steht im Internet unter:
www.verdi.de/kinonetzwerk/solidarität

Nachfragen zur Sache:

Franz-Xaver Faisst
ver.di Südbaden
Telefon 0761/28 55 50 01
Fax 0761/28 55 10 09

Ende der Franco-Strukturen?

Spaniens Konservative verspielten mit ihrer Informationspolitik die Macht

Spaniens Staatsfunk „Radiotelevisión Española“ (RTVE) soll endlich aufhören, ein Spielball der Parteien zu sein. José Luis Rodríguez Zapatero, Generalsekretär den spanischen Sozialisten, hat nach seinem Sieg bei den Parlamentswahlen am 14. März bekräftigt, dass eine unabhängige Kommission aus Medienexperten, Juristen und Journalisten ein neues Statut ausarbeiten werde, das dem Sender die Unabhängigkeit garantiert.

Zapatero verspricht damit ein Ende der seit der Franco-Diktatur herrschenden Verhältnisse beim spanischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Regierung ernennt den Generaldirektor, der seinerseits vom Programmchef bis hin zum Chefredakteur alle wichtigen Positionen unter Kontrolle hat. Mit diesen Strukturen war RTVE der Lautsprecher der Franco-Diktatur, aber auch aller demokratisch gewählten Regierungen.

Dies wurde auch deutlich bei den schlimmen Attentaten auf vier Nahverkehrszüge in Madrid am 11. März, wenige Tage vor den Wahlen.

Die Regierung zeigte sich schon früh sehr sicher, dass die baskische Terrorgruppe ETA die Bomben gelegt habe. Regierungschef José María Aznar rief persönlich die Chefredakteure der größten Tageszeitungen des Landes an, um sie davon zu überzeugen. Auch Korrespondenten erhielten von der Regierung Anrufe. Private Medien mit Zugang zu eigenen Quellen berichteten dagegen schon früh über die Zweifel, die die Ermittlungsbehörden an der offiziellen Version hatten. Lediglich RTVE blieb auf Regierungslinie. Schon die große Demonstration gegen den Terrorismus am Freitag vor der Wahl wurde zu einer Kundgebung gegen die Regierung. „Wir wollen wissen, wer es war“, rief die wütende Menge den Politikern entgegen, darunter auch Außenminister Joschka Fischer. Der Protestmarsch musste abgebrochen werden. Die Zuschauer des Staatsfernsehens erfuhren davon nichts.

Am Samstag sei die Situation im Sender unerträglich geworden, erklärte ein Kollege später. Die Redakteure beschwerten sich, nie selbst recherchieren zu dürfen. Stets würden nur die offiziellen Verlaut-

barungen verkündet, kritisierte ein vor wenigen Wochen gewähltes „Komitee gegen die Manipulation“ der Belegschaft. Einen Tag vor den Wahlen demonstrierten in Madrid dann Tausende vor dem Sitz der regierenden Volkspartei. Sie warfen ihr vor, auf der ETA-These zu bestehen, weil sie sich davon einen besseren Wahlausgang verspreche. Sender aus der ganzen Welt berichteten live von der Demonstration. RTVE hatte einen Ü-Wagen vor Ort, sendete aber nichts. Erst am Ende der Abendnachrichten erfuhren die Zuschauer in ganzen 28 Sekunden davon.

Das Ende ist bekannt. Die Spanier wählten die Konservativen ab. Regierungschef José María Aznar sieht sich als Opfer einer Kampagne der Medien, die er nicht zu steuern vermochte. Eine Ministerin erklärte, die unabhängigen Journalisten hätten „schamlos den Schmerz der Spanier benutzt“, damit diese an den Wahlen teilnehmen. Bleibt zu hoffen, dass es die Sozialisten nicht bei ihrer vollmundigen Ankündigung für eine Strukturreform bei RTVE belassen.

Hans-Günter Kellner (Madrid) ■

USA: Journalisten-Feinde aus „Freundes-Ländern“

Ein spezieller Visazwang im Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Selbst Journalisten aus Staaten, die von Washington als „Freundes-Länder“ eingestuft werden, gelten in den USA seit einiger Zeit als Sicherheitsrisiko. Im Gegensatz zu anderen Geschäftsreisenden und Urlaubern aus den EU-Ländern, der Schweiz, Australien, Japan und Neuseeland benötigen die Kollegen nun ein spezielles Reportervisum, falls sie im Land der unbegrenzten Möglichkeiten journalistisch sich betätigen. Unter Verweis auf eine Reihe verhafteter, abgeschobener und „wie Kriminelle“ behandelte Journalisten hat das International Press Institute (IPI) nun eine Protestaktion und Unterschriftenkampagne gegen diese Art der „Gefährdung der Pressefreiheit“ gestartet. Die dju in ver.di beteiligt sich aktiv daran, zumal Mitglieder und Kollegen einschlägige Erfahrungen mit

dieser Visa-Pflicht machen mussten. Mit im Boot sind auch die US-Zeitungsverleger, deren Verband ASNE das Thema auf seinem nächsten Jahreskongress Ende April in Washington Aktionen zur Rücknahme der Gesetzesverschärfung diskutieren wird.

Verstoß gegen Ethik-Code

Das derzeitige Verfahren schreibt vor, dass Journalisten aus 27 vom Visazwang befreiten Ländern bei US-Behörden vor Reiseantritt persönlich eine Einreisegenehmigung beantragen müssen. Dabei müssen nicht nur Presseausweise und Bestätigung von Berufsverbänden vorgelegt, sondern auch eine detaillierte Tätigkeitsbeschreibung vom Arbeits- oder Auftraggeber eingereicht werden. Als Verstoß gegen



den journalistischen Ethik-Code bewertet das IPI den Fakt, dass selbst Kollegen, die zu nicht-beruflichen Zwecken in den USA weilen und über plötzliche Ereignisse ihre Heimatmedien informieren, von den Behörden verhaftet und kriminalisiert werden. Der auf Journalisten aus US-„Freundes-Ländern“ ausgedehnte Visazwang stellt übrigens die Kollegen gleich mit verurteilten Verbrechen, Drogenhändlern, Nazis, Mitgliedern subversiver Terrororganisationen und psychisch Kranken. how ■

Gleichgestellt: Journalisten, verurteilte Verbrecher, Drogenhändler, Nazis, Mitglieder subversiver Terrororganisationen und psychisch Kranke.

Foto / Retusche: Petra Dreßler

Erfolgreicher Kampf gegen Repressalien

Gemeinsame Aktionen von ver.di und amnesty international in «M» 2003

Es wirkt: Briefe an Behörden haben auch im vergangenen Jahr wieder dazu geführt, dass inhaftierte Journalistinnen und Journalisten frei kamen sowie Morddrohungen, Einschüchterungen gestoppt wurden.

Foto: r.e.m./Hans-Georg Gaul

Im Augenblick seiner Freiheit dachte Ali Lmrabet sofort an Andere. Kaum aus dem Gefängnis entlassen, dankte er amnesty international telefonisch für den Einsatz und bat die Organisation, sich weiterhin für die verbliebenen politischen Ge-

fangenen Marokkos einzusetzen. Dass dies notwendig ist, hatte sein eigenes Schicksal eindringlich gezeigt. Am 21. Mai 2003 war er festgenommen und später zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Journalist und Karikaturist soll als Herausgeber der Satiremagazine „Demain“ und „Doumane“ den König beleidigt, die Monarchie unterhöhlt und das Staatsgebiet Marokkos gefährdet haben. Ein Interview, mehrere Artikel und einige Zeichnungen waren den Richtern Beweis für diese Anschuldigungen. Die Behörden des nordafrikanischen Landes steckten nicht nur Lmrabet ins Gefängnis, sondern verboten auch seine Zeitungen. Massive internationale Proteste, an denen sich auch ver.di mit einer Aktion in «M» beteiligte, sowie ein 47-tägiger Hungerstreik des Journalisten führten schließlich zum Erfolg. Im Rahmen einer königlichen Amnestie kam Ali Lmrabet am 7. Januar 2004 frei.

Auch für den sudanesischen Journalisten Edward Terso Lado war der Aufenthalt im Gefängnis befristet. Seine Freilassung erfolgte allerdings mit dem Hinweis, ihm drohten „ernsthafte Konsequenzen“,

sollte er weiterhin Artikel im englischsprachigen „Khartoum Monitor“ schreiben, die von den Behörden des afrikanischen Landes als „Anstiftung zum Rassenhass“ betrachtet würden. Anlass für die Repressionen war ein Artikel über die frühe Geschichte des Islam. Dieser passte den Machthabern um Präsident Omar Hassan-al-Bashir offenbar genauso wenig ins Konzept wie jede andere oppositionelle Äußerung. Freie Medien sucht man seit rund 15 Jahren im Sudan vergeblich.

Ohne Anklage in Haft

Auch in Bangladesch können Journalistinnen und Journalisten ins Visier der Sicherheitskräfte geraten – so wie Saleem Samad und Pricila Raj. Weniger eigene Geschichten als vielmehr ihre Unterstützung eines britischen Fernsenteams wurden ihnen zum Verhängnis. Nach der Übersetzerin Raj kam auch der Journalist Samad schließlich frei. Der Mitarbeiter der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hatte fast zwei Monate im Gefängnis verbracht, ohne dass Anklage gegen ihn erhoben oder gar ein Urteil gefällt worden wäre.

Nur gegen Zahlung einer Kaution wurde sein iranischer Kollege Mohsen Sazegara aus der Haft entlassen. Allerdings ließen sich die Behörden damit Zeit. Schon im August hatten die Angehörigen des Regierungskritikers die stolze Summe von umgerechnet 720.000 Euro hinterlegt. Erst im Oktober kam Sazegara frei, nachdem er von einem Revolutionsgericht zu einer einjährigen Freiheitsstrafe wegen „Propaganda gegen das Regime“ verurteilt worden war. Er hatte auf seiner Homepage im Internet eine grundlegende Verfassungsreform für den Iran gefordert. Zur Zeit hält sich Sazegara zu einer medizinischen Behandlung in London auf. In Abwesenheit wurde das Urteil gegen ihn im März 2004 in zweiter Instanz bestätigt.

Für Ibrahim Moosa Luthfee von den Malediven war nicht in Sicht, dass sich die Gefängnistore bald öffnen könnten. Er nutzte im Sommer 2003 die Gelegenheit zur Flucht, nachdem er in ein Krankenhaus ins benachbarte Sri Lanka gebracht worden war.

Die Schicksale der in «M» vorgestellten verfolgten Kolleginnen und Kollegen im Überblick

Saleem Samad aus Bangladesch («M», 1–2/2003) wurde nach 50 Tagen in der Haft freigelassen, die Übersetzerin Pricila Raj schon einige Tage zuvor. Die beiden hatten ein britisches Fernseherteam bei einem Film über die politische Lage in Bangladesch unterstützt.

Über das Schicksal der haitianischen Journalistin Michèle Montas («M», 3/2003) gibt es keine neuen Informationen.

Angel Mario Ksheratto Flores aus Mexiko («M», 4/2003) musste keine weiteren Drohungen erleiden. Auch die angedrohte politisch motivierte Anklage gegen ihn wurde offenbar nicht weiter verfolgt.

Der sudanesischer Journalist Edward Terso Lado («M», 5/2003) konnte das Gefängnis nach internationalen Protesten verlassen.

Der zu lebenslanger Haft verurteilte Internetredakteur Ibrahim Moosa Luthfee aus den Malediven («M», 6/2003) konnte während einer medizinischen Behandlung in Sri Lanka aus dem Krankenhaus fliehen.

Gegen Clara Britos aus Argentinien («M», 7–8/2003) gingen die Übergriffe weiter. Im Juli 2003 wurde ein Brandanschlag auf ihr Haus verübt, im Oktober wurde sie von Unbekannten für mehrere Stunden verschleppt.

Der marokkanische Journalist und Karikaturist Ali Lmrabet («M», 9/2003) wurde nach weltweiten Protesten gegen seine Inhaftierung im Januar 2004 aus der Haft durch Amnestie entlassen.

Neue Drohungen gegen die Rundfunkjournalisten Luis Mamami und Andrés Béjar Torreblanca aus Peru («M», 10/2003) wurden nicht bekannt.

Der iranische Journalist Mohsen Sazegara («M», 11/2003) wurde zwar zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, konnte aber im Oktober die Haftanstalt verlassen. Zur Zeit ist Sazegara in Großbritannien, wo er wegen eines Augenleidens medizinisch versorgt wird.

Das Todesurteil gegen Rehmat Shah Afridi aus Pakistan («M», 12/2003) ist immer noch nicht vom Obersten Gericht überprüft worden. hg ■

Nicht nur die Lage der inhaftierten Kolleginnen und Kollegen, auch die derjenigen, die bedroht und eingeschüchtert wurden, hat sich zumeist verbessert. Unklarheit herrscht noch über das Schicksal von Michèle Montas aus Haiti. Auf die Rundfunkjournalistin war noch unter Präsident Aristide ein Mordanschlag verübt worden. Ob sie nach dem Regierungswechsel in Sicherheit lebt, ist ebenso offen wie die Frage, ob der Angriff auf sie und die Ermordung ihres Mannes jemals Gegenstand einer Untersuchung werden.

Anonyme Morddrohungen

Angel Mario Ksheratto Flores aus Mexiko lebt wieder sicherer. Seit gut einem Jahr erhielt er keine Morddrohungen mehr. Er hatte im August 2002 in der Zeitung „Cuarto Poder“ über Unregelmäßigkeiten beim staatlichen Ausschuss für den Bau von Schulen berichtet und musste sich daraufhin am Telefon anonyme Morddrohungen anhören. Ähnliches gilt offenbar für Luis Mamami und Andrés Béjar Torrellanca. Amnesty international weiß zumindest nichts von neuen Einschüchterungsversuchen gegen die beiden peruanischen Radioreporter, die nach kritischen Berichten über einen regionalen Bürgermeister bedroht worden waren.

Für Clara Britos aus Argentinien gingen hingegen die Repressionen erst einmal weiter. Im Juli gab es einen Brandanschlag auf ihr Haus, im Oktober 2003 wurde die Herausgeberin der Zeitschrift „La Tapa“ für mehrere Stunden verschleppt. Sie hatte die Tötung zweier Demonstranten durch argentinische Polizisten publik gemacht.

Zum Tode verurteilt

Immer noch nicht entschieden ist über das weitere Schicksal von Rehmat Shah Afridi. Der zum Tode verurteilte Journalist aus dem südasiatischen Pakistan wartet auf seine Berufungsverhandlung. Sie wurde zuletzt Mitte März auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Urteil gegen ihn erfolgte in einem unfairen Verfahren. Afridi wird Drogenhandel vorgeworfen; er hat aber auch Artikel über korrupte Regierungsbeamte veröffentlicht. amnesty international kündigte an, sein Schicksal weiter zu verfolgen und weitere Aktionen zu starten, um seine Hinrichtung zu verhindern und eine Neuaufgabe des Prozesses zu erreichen. Harald Gesterkamp ■

Kontakt: amnesty international, Postfach, 53108 Bonn, Tel.: 0228 – 98 37 30, Fax: 0228 - 63 00 36, www.amnesty.de

Kein Nebenjob als Spion

Neues Slowakisches Gesetz für Journalisten

Slowakische Journalisten dürfen keinen Nebenjob als Spione annehmen. Das Parlament in Bratislava verabschiedete am Mittwoch ein Gesetz, das die Arbeit von Medienvertretern beim slowakischen Geheimdienst SIS untersagt. Die Abgeordneten reagierten damit auf einen Streit im vergangenen Jahr, als ein Journalist der Tageszeitung „Sme“ zum Chef der Spionageab-

wehr ernannt worden war. Die Affäre hatte zum Rücktritt von SIS-Chef Vladimir Mitro geführt. Das Gesetz verbietet auch umgekehrt Spionen, sich als Journalisten zu tarnen. Eine Hintertür bleibt dennoch offen: Die Zusammenarbeit von Journalisten und Geheimdiensten sei nur erlaubt, wenn dies für die Staatssicherheit notwendig sei, so das Gesetz. ■

Aktion für Rachim Esenow

Turkmenischer Journalist geriet wegen einer Buchveröffentlichung unter Druck

Den turkmenischen Verlagshäusern ist es seit zehn Jahren verboten, den Roman „Wensenosy Skitalets“ zu verbreiten. Dem Autor, dem 78-jährigen Journalisten Rachim Esenow, gelang es aber 2003, das Buch in Moskau zu veröffentlichen. Nachdem 800 Ausgaben des historischen Romans an Esenow geliefert wurden, durchsuchten Beamte des Nationalen Sicherheitsministeriums am 23. Februar seine Wohnung und nahmen ihn fest. Die Bücher wurden beschlagnahmt. Esenow wurde des Schmuggels beschuldigt. Auch sein Schwiegersohn Igor Kaprielow und ein Freund, der Journalist Aschirkuli Bayrijew, wurden - offenbar ebenfalls im Zusammenhang mit den Büchern - festgenommen. Ebenso wie Esenow arbeitet auch Bayrijew unter anderem für den turkmenisch-sprachigen Dienst des Rundfunksenders „Radio Free Europe/Radio Liberty“.

Beim Verhör wurde Esenow nach Partnern und Finanzgebern seines Buches gefragt. Dabei erlitt er einen Schlaganfall und musste in ein Krankenhaus verlegt werden. Am 2. März wurde er wegen „Aufrufs zu sozialem, nationalem und religiösem Hass“ angeklagt. Wenige Tage später ließ man ihn unter der Bedingung, das Land nicht zu verlassen, frei. Aschirkuli Bayrijew kam ebenfalls auf freien Fuß. Bis heute blieb unklar, was

ihm konkret vorgeworfen wird. Beide führen ihre Festnahme auch auf die Arbeit für den von den USA gestützten Sender „Radio Free Europe/Radio Liberty“ zurück, der den turkmenischen Machthabern ein Dorn im Auge ist. Igor Kaprielow war bei Redaktionsschluss noch immer im Gefängnis.

Rachim Esenows Roman „Wensenosy Skitalets“ spielt im Reich der Mogule im 16. Jahrhundert und dreht sich um den Dichter und Armeegeneral Bayram Tschan, der den Zerfall des Reiches verhinderte. Turkmenistans Präsident Nijasow hatte das Buch schon 1997 öffentlich kritisiert und dem Autoren „historische Fehler“ unterstellt. Doch Esenow weigerte sich, die vom Staatschef geforderten „Korrekturen“ vorzunehmen. Die Meinungs- und Pressefreiheit wird in Turkmenistan seit Jahren systematisch verletzt. Die Behörden kontrollieren alle Medien in rigider Weise.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den turkmenischen Präsidenten und fordern Sie ihn auf, alle Repressionen gegen Rachim Esenow und Aschirkuli Bayrijew zu beenden sowie Igor Kaprielow aus der Haft zu entlassen. Dringen Sie auch darauf, dass die Pressefreiheit in Turkmenistan künftig garantiert wird.



Schreiben Sie an:
Saparmurad
Atajewitsch Nijasow
744000 g. Aschgabat
Apparat Prezidenta
Prezidentu Turkmenis-
tana Nijasovu S.A.
TURKMENISTAN

Telefax: 00 993 - 12 -
355 112
E-Mail:
mfatm@online.tm

**Senden Sie eine Kopie
Ihres Schreibens an:**
Kanzlei der Botschaft
von Turkmenistan
S.E. Herrn
Berdymurat Redjepow
Langobardenallee 14
14052 Berlin
Fax: 030 - 30 10 24 53



Web-Impressum ein Muss

Detaillierte gesetzliche Regelungen in Deutschland

Ob man als freie Journalistin eine eigene Homepage braucht, darüber gibt es im Gegensatz zu freien Fotografen unterschiedliche Meinungen. Es hängt wohl auch vom Tätigkeitsbereich ab. Wer aber eine Homepage hat, muss für diese auch ein Web-Impressum ins Netz stellen. Das ist in Deutschland gesetzlich vorgeschrieben.

Bedingt durch die föderale Struktur der Bundesrepublik gibt es zwei gesetzliche Regelwerke mit Vorschriften für so genannte „Diensteanbieter“: den Staatsvertrag über Mediendienste (MDStV) und das Teledienstgesetz (TDG). Da für einen Mediendienst kennzeichnend ist, dass er sich an die Allgemeinheit richtet und meinungsbildenden Charakter hat, fallen beispielsweise Online-Zeitschriften und Websites – also das Gesamtangebot eines Anbieters im Internet – mit journalistischen Angeboten unter die Regelungen des MDStV.

Seit der Novellierung beider Regelungen 2001 bzw. 2002 wurden die schon vorher sehr detaillierten Regelungen im Teledienstgesetz (jetzt in § 6 TDG) inhaltlich identisch in den neuen § 10 MDStV übernommen. Deshalb wird im Folgenden nur auf diesen eingegangen.

Im § 10 Abs. 1 MDStV heißt es unter der Überschrift „Informationspflichten“: „Diensteanbieter haben für Mediendienste

folgende Informationen leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar zu halten:

1. Namen und Anschrift sowie
2. bei juristischen Personen auch Namen und Anschrift des Vertretungsberechtigten.“

Was „leicht erkennbar“ und „unmittelbar erreichbar“ bedeutet, dazu gibt es schon mehrere Gerichtsurteile. So verurteilte das Oberlandesgericht in Hamburg ein Unternehmen, weil dessen Web-Impressum unter dem nicht eindeutigen Oberbegriff „Backstage“ eingestellt und es dort zudem nur durch Scrollen vollständig lesbar war. Ein anderer Homepage-Betreiber unterlag vor dem Landgericht Düsseldorf, weil zum Auffinden des Impressums mehrere Webseiten angeklickt werden mussten. Demgegenüber hat das OLG München erst kürzlich entschieden, dass eine Anbieterkennzeichnung, die über einen doppelten Link mittels „Kontakt“ und „Impressum“ aufgerufen werden kann, den gesetzlichen Anforderungen genügen kann.

E-Mail-Kontakt und klare Verantwortlichkeit

Wer auf seiner Website Texte oder Fotos zum bezahlten Download anbietet, sollte außerdem den zweiten Absatz des § 10 MDStV beachten, der für „geschäftsmäßige Mediendienste“ gilt. Er schreibt in Ziffer 2 vor,

dass in das Web-Impressum Angaben aufgenommen werden müssen, „die eine schnelle elektronische Kontaktaufnahme und unmittelbare Kommunikation mit ihnen ermöglichen, einschließlich der Adresse der elektronischen Post“.

Wenn man die Website nicht als Einzelperson anbietet, sondern als GmbH, Partnerschaftsgesellschaft oder Verein (das gilt zum Beispiel für ver.di-Websites), sind nach Ziffer 4 außerdem die Angabe des entsprechenden Registereintrages mit Registernummer gefordert sowie – falls vorhanden – nach Ziffer 6 der Umsatzsteueridentifikationsnummer.

Für Websites mit „journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten, in denen vollständig oder teilweise Inhalte periodischer Druckerzeugnisse in Text oder Bild wiedergegeben oder in periodischer Folge Texte verbreitet werden“, ist nach Absatz 3 zusätzlich die Benennung eines Verantwortlichen mit Angabe des Namens und der Anschrift vorgeschrieben. Weiter heißt es: „Werden mehrere Verantwortliche benannt, so ist kenntlich zu machen, für welchen Teil des Mediendienstes der jeweils Benannte verantwortlich ist.“ Dieser Verantwortliche muss einigen Anforderungen genügen, so beispielsweise seinen ständigen Aufenthalt in Deutschland haben und „voll geschäftsfähig“ sein.

Oft enthält ein Web-Impressum außerdem einen so genannter Disclaimer. Ausgehend von einem Urteil des Landgerichts Hamburg vom 12. Mai 1998 zur Haftung für Links soll damit ein Haftungsausschluss in Bezug auf Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen sowie für Links auf andere Websites formuliert werden. Auch wenn sich die Rechtslage inzwischen geändert hat, kann ein Disclaimer durchaus zweckmäßig sein.

Bußgeld bei Verstößen

Ein korrektes Web-Impressum ist auch sinnvoll, wenn es nicht gesetzlich vorgeschrieben wäre. Schließlich soll ein Besucher einer Webseite wissen, wer sie ins Netz gestellt hat. Das hat mit Offenheit und Glaubwürdigkeit von Informationen zu tun. Bei Verstößen gegen die ordnungsgemäße Anbieterkennzeichnung sehen TDG und MDStV eine Buße für diese Ordnungswidrigkeit in Höhe von bis zu 50.000 Euro vor.

Rüdiger Lühr ■

Tipps:

Beim Web-Angebot „Digi-Info“ kann man sich kostenlos ein Web-Impressum, das den gesetzlichen Anforderungen genügt, Schritt für Schritt selbst erstellen:
www.digi-info.de/webimpressum/

Auf der Website ww.disclaimer.de werden vollständige Disclaimer-Webseiten zur Übernahme, aber auch in verschiedenen Ausführungen als HTML-Skripte angeboten.

Wegen der großen Nachfrage wiederholt das Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK), Lage-Hörste, in Kooperation mit der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju) das beliebte Wochenendseminar

„Von der Idee zum Buch“

Termin: 11./12. September 2004 in Lage-Hörste

Inhaltsschwerpunkte: • Welche unterschiedlichen Verlage gibt es und wie finde ich den richtigen? • Wie „bewerbe“ ich mich bei einem Verlag um einen Buchvertrag? • Der Verlagsvertrag – Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten • Fachbegriffe, Buchherstellung, Korrektur, Lektorat, Exposé u.v.a.m.

Referenten: Axel Johanßen, freier Journalist und Sachbuchautor
Christiane Gibiec, freie Journalistin, Filmemacherin und Buchautorin

Veranstaltungsort: Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK), Teutoburger-Wald-Str. 105, 32791 Lage-Hörste

Seminarleitung: Udo Milbret / Karl-Wolfgang Seithümmner

Verbindliche Anmeldung bitte so schnell wie möglich

Anmeldeschluss: 03.09.04:

An das IMK, Telefon 05232/983-464, Fax -462 oder per E-Mail: anmeldung.imk@verdi.de

Teilnahmegebühr:

Mitglieder zahlen 100,- Euro (Verrechnungsscheck bitte der Anmeldung beilegen). Nichtmitglieder zahlen 250,- Euro incl. Kosten für Übernachtung und Verpflegung (Samstag/Mittagessen bis Sonntag/Mittagessen). Reisekostenzuschüsse werden nicht gewährt. In Einzelfällen sollte eine Anreise am Freitagabend nach Absprache mit dem Institut für Technik und Gesellschaft möglich sein.

Rückfragen

zu Inhalt und Ablauf bitte an:
Axel Johanßen,
Tel. 0 22 61 / 80 76 72,
E-Mail: mailbox@johanssen.de.



Abb.: The Encyclopedia of Illustration

Tarifergebnis

Neue Gehälter und Honorare für Redakteure an Tageszeitungen in der Übersicht

Die Gehalts- und Manteltarifverträge für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen wurden am 25. Februar 2004 in Berlin unterzeichnet. Zwischen der dju in ver.di und dem DJV auf der einen Seite sowie dem BDZV auf der anderen Seite wurden vereinbart, dass künftig Redakteurinnen und Redakteure 80 Prozent eines Monatsgehalts als Urlaubsgeld erhalten. Die Urlaubsdauer wird gestaffelt nach Lebensalter: bis 40 Jahre 30 Tage; ab 40 Jahre 32 Tage; ab 50

Jahre 33 Tage und ab 55 Jahre 34 Tage. Das Gehalt und die Honorare werden sich um 1,3 Prozent für die Zeit ab dem 1. Juni 2004 erhöhen. Die Laufzeit endet am 31. Juli. Neue Urheberrechtsregelungen gelten wie im Zeitschriftentarifvertrag.

Die Tarifverträge stehen auch zum Lesen und zum Download bereit unter <http://dju.verdi-verlage.de> unter dem Button Tarifverträge. Im Folgenden die neue Gehalts- und die neue Honorartabelle 2003/2004. red. ■

Gehaltstabelle 2003/2005		
inkl. Erhöhungen um 1,3 % ab 1. Juni 2004, mit einer Laufzeit vom 1. August 2003 bis zum 31. Juli 2005.		
	bis zum 31. Mai 2004	ab dem 1. Juni 2004
Volontärinnen und Volontäre		
vor vollendetem 22. Lebensjahr im 1. Ausbildungsjahr	1.465	1.484
nach vollendetem 22. Lebensjahr im 1. Ausbildungsjahr	1.625	1.646
im 2. Ausbildungsjahr	1.883	1.907
Gehaltsgruppe II Redakteurinnen und Redakteure		
im 1.+ 2. Berufsjahr	2.765	2.801
im 3.+ 4. Berufsjahr	3.208	3.250
im 5.+ 6. Berufsjahr	3.502	3.548
Gehaltsgruppe III Redakteurinnen und Redakteure		
im 7. – 10. Berufsjahr	3.850	3.900
im 11. – 14. Berufsjahr	4.073	4.126
im 15. – 19. Berufsjahr	4.343	4.399
im 20.-25. Berufsjahr*	4.389	4.446
ab vollendetem 25. Berufsjahr*	4.480	4.538
Gehaltsgruppe IV Alleinredakteurinnen und -redakteure		
ab 3. Berufsjahr	3.466	3.511
ab 5. Berufsjahr	4.181	4.235
ab vollendetem 10. Berufsjahr	4.502	4.561
ab vollendetem 15. Berufsjahr	4.714	4.775
Gehaltsgruppe V Redakteurinnen und Redakteure in besonderer Stellung		
a)	4.557	4.616
aa) ab vollendetem 15. Berufsjahr	4.910	4.974
b)	4.771	4.833
bb) ab vollendetem 15. Berufsjahr	5.140	5.207
*Besitzstandsregelung seit 1.1.1998		
ver. di – Bundesvorstand Fachbereich Medien, Kunst und Industrie (FB 8), Tarifsekretär Medien, Matthias von Fintel, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin, Telefon 030 / 6956 – 2321, Fax: 030 / 6956 – 3655 Weitere Informationen unter: http://dju.verdi-verlage.de		

Neue Regelungen im Arbeitszeitgesetz

Das Ressort Recht hat eine Broschüre zu den Neuregelungen im Arbeitszeitgesetz heraus gegeben. Anders als der Titel vermuten lässt, ist diese nicht nur im Zusammenhang mit Bereitschaftszeiten interessant: auch die Länge der täglichen Arbeitszeit, Ruhezeiten usw. sind relevant verändert worden. Dazu gibt die Broschüre eine Darstellung der Neuregelung, der Begründung von europäischer und deutscher Legislative und Bewertungen von ver.di wieder. Außerdem ist eine erläuternde Sammlung von Rechtsprechung in dem Gesamtpaket enthalten. Insgesamt eine interessante Lektüre für Betriebsräte und tarifpolitisch engagierte Gewerkschafter.

Neue Regelungen im Arbeitszeitgesetz

86 Seiten inkl. einer CD, 14,50 €, ISBN-Nr.: 3-932349-10-5

Auszugsweiser Download als pdf:

http://www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x00c167ea (5 MB, 302 Seiten.)

Die Broschüre gibt es beim Buchhandel oder über:

ver.di GmbH, Tel. 030 / 69 56-12 63 (zzgl. 2 Euro Versandgebühr)

Honorartabelle 2003/2005					
inkl. Erhöhungen um 1,3% ab 1. Juni 2004 mit einer Laufzeit vom 1. August 2003 bis zum Juli 2005					
Auflage	bis 10.000	bis 25.000	bis 50.000	bis 100.000	über 100.000
Honorar für Textbeiträge in Cent *					
für Nachrichten und Berichte					
Erstdruckrecht					
bis Juni 2004	51	56	67	79	91
ab Juni 2004	52	57	68	80	92
Zweitdruckrecht					
bis Juni 2004	41	44	50	60	68
ab Juni 2004	42	45	51	61	69
für Reportagen, Gerichtsberichte, Spitzen, Glossen, unterhaltende Aufsätze, Kurzgeschichten					
Erstdruckrecht					
bis Juni 2004	63	67	85	101	126
ab Juni 2004	64	68	86	102	128
Zweitdruckrecht					
bis Juni 2004	48	50	65	77	96
ab Juni 2004	49	51	66	78	97
*Anmerkungen zu Textbeiträgen:					
Die Berechnung der Honorare erfolgt nach der Anzahl der Druckzeilen der einzelnen Beiträge. Dabei gilt als Normalzeile die Druckzeile mit 34 bis 40 Buchstaben.					
Die Honorare für Kommentare, Leitartikel, Interviews, fachliche und wissenschaftliche Aufsätze, Kunstkritiken, Essays und Alleinveröffentlichungsrechte unterliegen freier Vereinbarung. Sie müssen angemessen über den Sätzen der Tabelle liegen.					
Als Mindesthonorar für einen Beitrag ist das Honorar für 20 Zeilen des jeweiligen Erstdruckrechts zu zahlen. Umfasst die Druckzeile weniger als 34 oder mehr als 40 Buchstaben, so sind die Honorarsätze nach folgender Formel zu errechnen: Buchstaben der Druckzeile multipliziert mit Honorarsatz für Normalzeile, dividiert durch 37.					
Honorar für Bildbeiträge in Euro					
Erstdruckrecht					
bis Juni 2004	35,50	41,00	46,40	60,20	72,90
ab Juni 2004	36,00	41,50	47,00	61,00	73,90
Zweitdruckrecht					
ab Juni 2004	28,30	32,70	34,60	46,40	55,50
ab Juni 2004	28,70	33,10	35,10	47,00	56,20

Seminare/Tagungen

Journalismus aktuell

ABP, München. 7./8. Juni: Presse-recht.

FES, Bonn. 3. bis 4. Juni in Berlin: Europa – Der Journalismus vor neuen Herausforderungen.

Journalistische Themen

ABP, München. 20. bis 22. Juli: Musikjournalismus.

JA, München. 18./19. Mai: Hintergrund China – Auslandsberichterstattung für tagesaktuelle Medien.

JHB, Hagen. 17. bis 19. Mai: Mode, Beauty, Lifestyle. 19. bis 21. Juli: Kommunalhaushalt. 26. bis 29. Juli: Wissenschaftsjournalismus.

ver.di, Gladenbach. 15./16. Mai: Fit für die Freiheit? Was Freie für ihren Beruf wissen müssen.

Seminar mit Goetz Buchholz. Für ver.di-Mitglieder sind Unterkunft und Verpflegung frei. Interessenten melden sich bitte E-Mail: sylvia.kimpel@ver.di.de

Journalistische Formen

ABP, München. 3. bis 7. Mai: Psychologie der Interviewführung. 17. bis 19. Mai: Kreatives Schreiben für Fachzeitschriften. 24. bis 28. Mai: Kreatives Schreiben für Zeitungen (nicht für Anfänger).

24. bis 28. Mai: Lokaljournalismus. 1. bis 4. Juni: Porträt. 1. bis 9. Juni: Feature. 21. Juni bis 2. Juli: Grundkurs I Allgemein. 26. bis 30. Juli: Interview-Training.

CMA, Wetzlar. 18. bis 19. Juni: Gemeindebrief. 26. Juni: Headlines, Bilder und andere „Transportmittel“.

EMA, Berlin. 7. bis 9. Juli Teil I und 27. bis 29. September Teil II: Erzählen im Journalismus – Sprache, Stimmung, Form.

FES, Bonn. 21. bis 25. Juni in Würzburg: Journalistische Stilformen – Nachricht, Bericht, Reportage, Feature. 16. bis 18. Juli in Bonn: Redaktionsarbeit in wissenschaftlichen/politischen Fachzeitschriften.

JHB, Hagen. 26. bis 28. Mai: Kreativitätstraining. 7. bis 9. Juni: Interview-Training. 16. bis 18. Juni: Sportreportage. 21. bis 25. Juni: Reportage. 7. bis 10. Juli: Recherche.

JSR, Essen. 1. Juli in Erfurt: Nachrichten auf den Punkt gebracht. 2. Juli in Essen: Heiße Tipps gegen kreative Kälte. 6. bis 8. Juli in Weimar: Raus aus der Routine – das andere Zeitungsbild, Bild- und Seitengestaltung, Bildschnitt.

Journalismus online

ABP, München. 9. Juni: Presse-recht im Internet. 21. bis 25. Juni: Gestaltung von Web-Sites.

JA, München. 3./4. Mai: Kommunikation per Mausclick. 10./11. Juni: Online-Recherche in Frohburg.

9. Juli: Content mehrfach nutzen – Urheber- und Medienrecht online in München.

JHB, Hagen. 3./4. Juni: Online-Recherche. 12. bis 14. Juli: Schreiben fürs Internet.

MPB, Frankfurt/Main. 4./5. Mai: Professionelle Recherche und Internetnutzung. 11./12. Mai: Website-Optimierung für Freie (nur für Frauen). 15./16. Juni: Newsletter im Internet.

Layout/Infografik

JA, München. 12. bis 14. Juli: Layout mit Quark Xpress.

JHB, Hagen. 17. bis 19. Mai: Einführung Infografik.

Volontäre

ABP, München. 14. bis 25. Juni: Grundkurs I Zeitung in Kulmbach.

14. bis 25. Juni: Grundkurs II Zeitschrift in München. 12. bis 23. Juli: Grundkurs I Zeitung in München.

3. bis 14. Mai: Grundkurs II Zeitung in München. 3. bis 14. Mai: Grundkurs I Zeitschrift in München. 28. Juni bis 9. Juli: Grundkurs I Zeitschrift in Kulmbach.

5. bis 16. Juli: Grundkurs I Zeitschrift in München. 19. bis 30. Juli: Grundkurs II Zeitschrift in München.

AFP, Hamburg. 10. bis 21. Mai: Kompaktkurs für Radio-Volontäre. 5. bis 30. Juli: Kompaktkurs für Volontäre und Jungredakteure aus der Fachpublizistik. 26. Juli bis 6. August: Kompaktkurs für Radio-Volontäre.

JHB, Hagen. 1. Juni: Beginn der einjährigen Ausbildung Media NewsDesign. Schwerpunkte: Zeitungs- und Webdesign, Informationsgrafik für Print und Web.

KMA, München. 2. bis 14. Mai in Augsburg: Aufbaukurs für Volontäre an Tageszeitungen.

Fotografie

ABP, München. 10. bis 17. Mai: Fotografieren digital. 14. bis 18. Juni: Fotoreportage. 26. Juli bis 2. August: Fotografieren digital.

Hörfunk

AR, Remscheid. 3. bis 7. Mai: Hörspiele selber machen.

DHA, Dortmund. 10./11. Mai: Live Kick – Moderation vor Publikum, Teil 1. 15./16. Mai: Tricks und Kniffe zur Hörerbindung. 24./25. Mai: Was passiert da wohl als nächstes? Den Hörer fesseln.

26. bis 28. Mai: Es darf auch mal weh tun – Sprech- und Moderations-Training für Frauen.

FES, Bonn. 3. bis 7. Mai in Hamburg: Einführung in den Hörfunk-Journalismus.

FFFZ, Düsseldorf. 18./19. Juni: Recherche off- und online für Rundfunk-Journalisten, Kurs I.

JA, München. 7. bis 9. Mai: Radio von unten – nicht-kommerzieller Hörfunk in Nürnberg. 2. bis 4. Juni: Digitaler Radio-Schnitt in München.

KMA, München. 7. bis 9. Juni: Grundkurs „Sprechen für Hörfunk und Fernsehen“ in Ludwigshafen. 21./22. Juni: Einführung in den digitalen Hörfunkschnitt in Ludwigshafen.

MR, Köln. 15./16. Mai: Radio-werkstatt für Frauen – der Einstieg in den Hörfunk in Wuppertal.

26. Juni: Radio-Schnupperkurs in Bergisch-Gladbach. Grundkurs Radio Sprechtraining – ab 7. Mai und 8./9. Mai in Neuss; ab 19./20. Juni in Wuppertal. 15./16. Mai: Stimme und Ausdruck – Sprecherziehung für Fortgeschrittene in Düsseldorf.

Cutmaster – digitale Tonbearbeitung – 15. Mai: Grundkurs in Köln; 15. Mai: Grundkurs in Bonn;

16. Mai: Aufbaukurs in Köln; 16. Mai: Aufbaukurs in Bonn.

NPR, Berlin. 12./13. Mai: Audioschnitt – Bearbeiten von Beiträgen am Computerschnittplatz und an der Minidisk-Maschine. 15./16. Mai sowie 12./13. Juni: Kiezreporter – Der schnelle Weg zum hörbaren Radio: Berichte, Reportagen, Livesendung. 21. bis 27. Juli: Radio machen und Berlin erleben.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 17. bis 19. Mai: Selbstmarketing und PR in Kulmbach.

DHA, Dortmund. 5. bis 7. Mai: Führungskräfte-Training für Medienfrauen – Coaching.

JSR, Essen. 6./7. Juli: Management-Training.

IMK, Lage-Hörste. 2. bis 6. Mai: Texte – Töne – Bilder digital, Computerseminar für Selbständige.

6. bis 9. Juni: Der Einstieg in den Umstieg – Neuorientierung, Zukunftskonzepte für erfahrene Selbständige.

Film & TV

ABP, München. 24. bis 28. Mai: Fernsehmoderation und -präsentation. 28. Juni bis 9. Juli: Grundkurs II Fernsehen „Zehn Tage Atemlosigkeit“.

CMA, Wetzlar. 2./3. Juli: Aufbaukurs TV-Redaktion in Kassel.

DWH, Hamburg. 28. bis 30. Mai: Struktur filmischer Erzählungen und Plotentwicklung. 25. bis 27. Juni: „Dialoge“ – Wie transformiert man die gesetzten Fakten einer Szene in Handlungen und Dialoge?

MUK, Hamburg. 8./9. Mai: Der ganze Reichtum guter Stories – Literatur-Adaption in Hamburg.

14. bis 16. Mai: Einführung in das Drehbuchschreiben in Berlin. 15./16. Mai: Das Exposé in Hamburg.

25. bis 27. Juni: Einführung in das Drehbuchschreiben in Hamburg.

Film- & TV-Technik

BET, Hamburg. 12. Juni sowie 14. Juni in Hamburg: Video- und Audiosignale über das Internet. Grundlagen, Probleme und Lösungen. 5. bis 7. Mai sowie 19. bis 21. Mai in Hamburg: Videotechnik spezial. 7. bis 9. Mai in Hamburg: Avid Editing. 8. bis 10. Mai in Hamburg: Digitale Kamerarecorder. 10. Mai sowie 15. Mai in Hamburg: Videotechnik Editing. 28. bis 30. Juni sowie 26. bis 28. Juni in Köln: Studiokamera. 18. bis 20. Juni in Köln: SNG-Technik.

FFFZ, Düsseldorf. 13. bis 15. Mai: Non-lineare Fernsehbearbeitung. 4. bis 6. Juni: Die TV-Reportage.

KFH, Köln. 1./2. Mai: Grundlagen der Kameraführung. 7. bis 16. Mai: Filmrealisation. 15./16. Mai: Kameraassistenz I. 17. bis 21. Mai: Drehbuch I. 21. bis 23. Mai: Regieassistenz. 21. bis 23. Mai: Lichtgestaltung beim Film. 24. bis 27. Mai: EB-Workshop.

Publik Relations

ABP, München: 18. bis 19. Mai: Qualitätsmanagement in Redaktionen für leitende Redakteure.

7. bis 9. Juni: Kreatives Schreiben für Pressestellen. 5. bis 9. Juli: Public Relations.

AFW, Bad Harzburg. 3. bis 5. Juni: Basics professioneller Public Relations – Konzipieren, Texten, Budgetieren und „Die journalistischen Genres“

EBF, Berlin. 17. bis 19. Juni: Pressearbeit – maßgeschneidert texten und informieren.

FFFZ, Düsseldorf. 4. Mai: Fit und kompetent im TV-Interview. 5. Juni: Cross-mediale Öffentlichkeitsarbeit. 25. Juni: Veranstaltungsmoderation.

JA, München. 5./6. Juli: Pressearbeit online. 18./19. Juni: Pressearbeit im Internetzeitalter.

JHB, Hagen. 3./4. Mai: Pressemitteilung schreiben. 24. bis 27. Mai: Pressemitteilung schreiben. 14./15. Juni: Interviewt werden. 5. bis 8. Juli: Mit Texten überzeugen.

Seminare

MPB, Frankfurt / Main. 18./19. Mai: Interne Kommunikation von Unternehmen und Intranet.

Mitbestimmung/Bildungsurlaub

DGB, Hattingen. 16. bis 19. Mai: Vom Arbeitersport zum profitablen Investment: S 04, Borussia und andere Akteure im Fußballgeschäft. 27. Juni bis 2. Juli: Erfolgreich – Opportunistisch – Couragiert: Sind soziale Rollen und „vermachtete Kommunikationsstrukturen veränderbar? 4. bis 9. Juli: Sind Kinder Luxus? – Moderne Beziehungskisten, Familienförderung und Bildungspolitik in der „Seniorenrepublik Deutschland“.

IMK, Lage-Hörste. 2. bis 4. Juni: Zeitschriften- und Zeitungsverlage, Seminar für Betriebsratsmitglieder. 13. bis 16. Juni: Freie in Medienberufen, Seminar für Betriebsratsmitglieder. 18. Juli bis 21. Juli: Tendenzbetriebe – Medienbetriebe, Seminar für Betriebsratsmitglieder.

ver.di, Brannenburg. 23. bis 28. Mai: „Reden ist Silber – Menschenkenntnis ist Gold“ – Rhetorik und mehr für die Personal- und Betriebsratsarbeit (Grundlagenseminar). 20. bis 25. Juni: Aller Anfang – gar nicht so schwer, Betriebsräte-Grundqualifizierung. 20. bis 25. Juni: „Reden ist Silber – Menschenkenntnis ist Gold“ – Rhetorik und mehr für die Personal- und Betriebsratsarbeit (Aufbauseminar). 27. Juni bis 2. Juli: Arbeitsrecht, Grundlagen II. 11. bis 16. Juli: Mobbing in Betrieben und Verwaltungen. 25. bis 30. Juli: Aller Anfang – gar nicht so schwer, Betriebsräte-Grundqualifizierung. 4. bis 9. Juli: „Reden ist Silber – Menschenkenntnis ist Gold“ – Rhetorik und mehr für die Personal- und Betriebsratsarbeit (Grundlagenseminar). 25. bis 30. Juli: Verhandlungstechnik und Schriftverkehr mit dem Arbeitgeber für Betriebs- und Personalräte.

Etcetera

JHB, Hagen. 10./11. Mai: Kommunikationspsychologie. **IFJ/EFJ, Brüssel.** 5. bis 7. April: Democratic Union (Englisch). 26. bis 28. April: The EU Constitution for young readers, (zwei Seminare, in Englisch). 3. bis 5. Mai: Economic and Finance Policies, (zwei Seminare, in Englisch). 17. bis 19. Mai: Justice et Libertés, (ein Seminar, Französisch), Politique étrangère et Politique de Sécurité, (ein Seminar, Französisch). 7. bis 9. Juni: Democratic Union, (zwei Seminare, in Englisch).

Kontakte

ABP, Fon 089 / 49 99 92 - 0, www.akademie-bayerische-presse.de
AFP, Fon 040 / 41 47 96 - 0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AFW, Fon 053 22 / 902 00, www.afwbadharzburg.de
AR, Fon 021 91 / 794 - 0, www.akademieremscheid.de
BET, Fon 040 / 42 10 84 - 0, <http://bet.de>
BPB, Fon 018 88 / 51 55 58, www.bpb.de
CMA, Fon 063 31 / 745 95, www.cma-medienakademie.de
DGB, Fon 023 24 / 50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
DHA, Fon 0231 / 98 89 00, www.hoerfunkakademie.de

DWH, Fon 040 / 390 37 22, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de
EBF, Fon 053 22 / 87 88 13, E-Mail eberhard.freise@afwbadharzburg.de
EMA, Fon 030 / 310 01-417, www.evangelische-medienakademie.de,
FES, Fon 0228 / 883 32 - 5 / - 6, www.fes.de
FFFZ, Fon 0211 / 45 80 - 250, www.fffz.de
IFJ/EFJ, Fon 0032 / 22 35 22 08, www.ifj.org
IMK, Fon 052 32/ 983 - 0, www.imk.verdi.de
JA, Fon 089 / 167 51 - 06, www.journalistenakademie.de

JHB, Fon 023 31 / 365 - 6 00, www.hausbusch.de
JSR, Fon 0201/ 804 19 - 61 / - 62, www.journalistenschule-ruhr.de
KFH, Fon 0221 / 222 710 - 0, www.koelner-filmhaus.de
KMA, Fon 089 / 54 91 03 - 0, www.ifp-kma.de
MPB, Fon 069 / 74 30 98 63, www.poppkebroos.de
MR, Fon 02 21 / 642 56 38, www.erzbistum-koeln.de/medien/rundfunk
MUK, Fon 040 / 39 90 99 31, www.medienundkultur.hamburg.de
NPR, Fon 030 / 68 30 20 90, www.radiokurse.de
ver.di (Brannenburg), Fon 080 34 / 90 51 41, www.ver.di.de

Journalismus

Kühle Rechner mit Kunstfaible gesucht

BERLIN. Das Wirtschaftsprüfungunternehmen KPMG will mit seinem Förderpreis den Hochscholnachs nachwuchs motivieren, sich mit betriebswirtschaftlichen Themen im Medien- und Kommunikationsbereich zu befassen. Studenten und Absolventen können ihre abschließend von der Hochschule bewerteten Diplomarbeiten und eine zehn bis zwölf Seiten lange Zusammenfassung bis zum 31. Mai 2004 einreichen. Drei herausragende Arbeiten werden mit Preisen von insgesamt 5.250 Euro ausgezeichnet. Ausschreibungsunterlagen bei Nina Kairies, Tel. 030 / 20 68 13 17, nkairies@kpmg.com.

Wirtschaft vorbildlich erklärt

BERLIN. Herausragende Reportagen, Analysen und Kommentare aus dem Wirtschaftsleben sucht das Veranstaltungsforum der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck für seinen Preis für Wirtschaftspublizistik. Gewürdigt werden Arbeiten, die sich durch eine originäre, gründliche Recherche, kritische Hintergrundanalyse sowie eine klare Sprache auszeichnen und aufgrund ihrer öffentlichen Wirkung vorbildlich erscheinen. Ausgezeichnet mit jeweils 5.000 Euro werden je ein Beitrag aus den Kategorien Print (Zeitungen/Zeitschriften) und elektronische Medien (Fernsehen/Hörfunk/Internet). Zusätzlich wird ein Nachwuchspreis für Bewerberinnen und Bewerber vergeben, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Einsendeschluss: 1. Juli 2004. Die Ausschreibungs-

unterlagen sind auf der Homepage www.vf-holtzbrinck.de hinterlegt. Kontakt: Veranstaltungsforum der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH, Wallstraße 23/24, Die Wallhöfe, 10179 Berlin, Telefon 030 / 27 87 18 – 20, Fax 030 / 27 87 18 – 18, E-Mail wirtschaftspublizistik@vf-holtzbrinck.de.

Magen und Darm gesund?

GIESSEN. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Krankheiten von Magen, Darm, Leber und Stoffwechsel sowie von Störungen der Ernährung (Gastro-Liga) e.V. zeichnet mit dem Ludwig-Demling-Medienpreis Journalisten aus, die ihr Anliegen wissenschaftlich korrekt und anschaulich umgesetzt haben. Es können Print-, Hörfunk-, Fernseh-, Film- und Videobeiträge eingereicht werden, die im vergangenen Jahr in deutscher Sprache veröffentlicht wurden. Der Preis ist mit 5000 Euro dotiert und kann geteilt werden. Einsendeschluss: 31. Mai 2004. Kontakt: Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Krankheiten von Magen, Darm, Leber und Stoffwechsel sowie Störungen der Ernährung e.V., Friedrich-List-Straße 13, 35398 Gießen, Telefon 0641 / 97 48 1 - 0, Fax 0641 / 97 48 1 - 18, E-Mail: geschaeftsstelle@gastro-liga.de, www.gastro-liga.de.

Energie für unser Leben

DÜSSELDORF. Für den Robert-Mayer-Preis 2005 der VDI-Gesellschaft Energietechnik können sich Journalisten und Publizisten noch bis zum 15. August 2004 bewerben. Die Beiträge aus den Bereichen

Print, Film, Funk, Fernsehen und Internet müssen sich mit Energietechnik, -wirtschaft und den Aufgaben der Energie-Ingenieure beschäftigen und verdeutlichen, wie wichtig Energie für unser Leben ist. Der Preis ist mit mindestens 3.000 Euro dotiert und kann an bis zu drei Preisträger vergeben werden. Die Beiträge müssen bis 15. August 2003 veröffentlicht worden sein. Die Preisverleihung findet am 5. April 2005 in Heilbronn statt. Kontakt: VDI-Gesellschaft Energietechnik, Postfach 10 11 39, 40002 Düsseldorf, E-Mail get@vdi.de, www.vdi.de, Ansprechpartner ist Dr.-Ing. Ernst-Günter Hencke. Telefon 0211 / 21 16 21 40, Fax 0211 / 621 45 75.

Die Macht der grauen Schläfen

DRESDEN. Die alternde Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf den Einzelnen sind in diesem Jahr das Thema des mit 12.000 Euro dotierten Medienpreises „Im Zentrum der Mensch“ der Stiftung Deutsches Hygiene-Museum und der DKV Deutsche Krankenversicherung AG. Zugelassen sind Print-Beiträge. Einsendeschluss: 31. August 2004. Kontakt: Stiftung Deutsches Hygiene-Museum, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Lingnerplatz 1, 01069 Dresden, Telefon 0351 / 48 46 - 304, Fax 0351 / 48 46 - 588, E-Mail info@dhmd.de, www.dhmd.de/medienpreis und DKV Deutsche Krankenversicherung AG, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Aachener Straße 300, 50933 Köln, Tel. 0221/578 - 42 00, Fax 0221 / 578 - 47 05, E-Mail presse@dkv.com, www.medienpreis.dkv.com

Impressum

«M – Menschen Machen Medien» Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint monatlich (2004 ausnahmsweise mit vier Doppelnummern)

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)/Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske/Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesvorstand/Redaktion M, Potsdamer Platz 10, Haus 4 10785 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.
Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien“, ver.di e.V., Bundesvorstand, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger, Kornweg 21, D-21445 Wulfsen, Telefon 041 73-5 09 92-0
Telefax 041 73-51 19 12, E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 9 gültig ab 1.1.2004, anzufordern bei der Anzeigenleitung
Anzeigenschluss: Bitte Terminliste anfordern.

Titelbild: Hermann J. Haubrich
Tel. 071 1/96 69 76 – 5
Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57

Druck und Vertrieb: alpha print medien AG (apm) Kleyerstraße 3 64295 Darmstadt

Jahresabonnement: 36,- € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon 07 11/7 00 15 30.
Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk / Film / Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen: „Kunst & Kultur“ verantwortlich: Burkhard Baltzer 0711/20 97-2 60
„Druck + Papier“ verantwortlich: Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. Archiv seit 03.1996): www.verdi.de/m

Redaktionsschluss: M 05.2004: 22.03.2004
M 06/07 2004: 22.04.2004

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Journalismus

Theodor-Wessels-Preis
DÜSSELDORF. Die Theodor-Wessels-Stiftung lobt in diesem Jahr erstmals ihren Preis zum Thema Energiepolitik und Energiewirtschaft aus. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Beiträge aus dem Print-Bereich und den elektronischen Medien können bis 15. Mai eingereicht werden. Kontakt: Prof. Dr. D. Schmitt, Vorsitzender der Theodor-Wessels-Stiftung, Lehrstuhl für Energiewirtschaft, FB 5, Universität Duisburg-Essen, Campus Essen, Universitätsstraße 12, 45117 Essen. Tel. 0201/183 – 23 99.

Journalistenpreis der Bundesdruckerei
Die Bundesdruckerei schreibt anlässlich ihres 125jährigen Jubiläums erstmals einen Journalistenpreis aus. Prämiert werden Veröffentlichungen aus Printmedien und elektronischen Medien, die sich mit dem Themenspektrums „Identität im digitalen Zeitalter“ auseinandersetzen. Die Beiträge, erschienen zwischen 1. Oktober 2003 und 30. Juni 2004, sollten sich mit neuen Konzepten für mehr Sicherheit und innovativen Lösungen zur Bekämpfung der zunehmenden Kriminalität an Grenzen beschäftigen. Der Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert.
Einsendeschluss: 20. Juli 2004.
Kontakt: Bundesdruckerei GmbH, Unternehmenskommunikation, Oranienstraße 91. 10985 Berlin, Telefon 030/25 98 28 00, E-Mail presse@bdr.de

Varia

12. Feminale in Köln
6. bis 10. Oktober. Zu dem Internationalen FrauenFilmFestival können Frauen noch bis 1. Juni ihren Film als Festivalbeitrag einreichen, wenn er im Jahr 2003 oder 2004 produziert wurde. Telefon 0221 / 130 02 25, www.feminale.de

Jugendmediencamp in Mecklenburg / Vorpommern
28. Mai bis 1. Juni: Jugendmediencamp der Jugendpresse Deutschland in Kratzeburg/Mecklenburg-Vorpommern für junge Medienmacher aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und parallel in Wennigsen/Niedersachsen für den Nachwuchs aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Anmeldung bis 30. April. Tel. 030/45 08 65 - 50, www.jugendpresse.de

Leute

Alexander Adler, zuletzt Mitglied der Sprechergruppe in der Zentralen Öffentlichkeitsarbeit von Bertelsmann (Gütersloh), wurde Sprecher im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Unternehmenskontakte bei Gruner + Jahr.

Roland Bischoff, zuletzt stellvertretender Chefredakteur der „PC-Welt“, folgt als Chefredakteur des Computer-Titels „Com!“ (Neue Mediengesellschaft Ulm) auf **Horst Ohligschläger**.

Susi Brandt, zuvor Moderatorin bei Radio SAW, wechselte zum MDR-Landesmagazin „Sachsen-Anhalt Heute“, das sie alternierend mit **Elvira Siebert** und **Andreas Mann** präsentiert.

Bundespressekonferenz: Der ZDF-Journalist **Werner Gößling** wurde in seinem Amt als Vorsitzender ebenso bestätigt wie die Vorstandsmitglieder **Petra Diroll** (BR), **Hanni Hüsch** (ARD), **Angela Wefers** („Börsen-Blatt“) und **Thomas Witke** (Bonner „General-Anzeiger“). Neu in den Vorstand gewählt wurden **Eckart Lohse** („FAZ“) und **Peter Ehrlich** („Financial Times Deutschland“).

Davide Croff, Ex-Manager von Fiat, wurde vom italienischen Kulturminister in der Nachfolge von **Franco Bernabé** zum Präsidenten der Biennale von Venedig ernannt und ist damit auch für die Filmfestspiele zuständig. Deren bisheriger Direktor **Moritz de Hadeln** wurde durch **Marco Müller** ersetzt, der schon als Festivalleiter in Locarno und Rotterdam agierte.

Deutscher Presseclub: Zum neuen Vorsitzenden wurde Dr. **Gerd Depenbrock** (Leiter des WDR-Hörfunkstudios Berlin) gewählt; sein Vorgänger **Dietmar Merten** (BR) kandidierte nicht mehr. Stellvertreter sind **Birgit Przygodda** (DW-TV) und Dr. **Dieter Keller** („Stuttgarter Nachrichten“/„Südwestpresse“). Dem Vorstand gehören außerdem an: Dr. **Wolfgang Koch** („Stuttgarter Zeitung“), **Axel Graser** (SWR), **Philipp Kirschner** („Frankfurter Neue Presse“) und **Sabine Lennartz** („Schwäbische Zeitung“).

Jürgen Emig, bisher Leiter der Abteilung Sport Radio + TV im Hessischen Rundfunk, bat darum, ihn von seinen Aufgaben zu entbinden. Die Leitung der Sportredaktion übernahm kommissarisch Chefredakteur **Manfred Krupp**.

Niall FitzGerald, bisher Chef von Unilever, folgt als Chairman der internationalen Finanz- und Nachrichtenagentur Reuters auf Sir **Christopher Hogg**. **Wolfgang Wähler-Schmidt**, bislang in der Londoner Zentrale von Reuters für die Fernseh-, Foto- und Sportdienste zuständig, übernimmt von Frankfurt aus die Leitung der Redaktionen für Zentral- und Osteuropa sowie die Türkei. **Hans Obermeier**, bisher Deutschland-Chefredakteur, wechselt als Kommunikationschef zur WestLB.

Uly Foerster, bislang stellvertretender Chefredakteur des „Luft-hansa Magazins“, löst als Chefredakteur **Klaus Liedtke** ab, der künftig als Editorial Director für den Titel wirkt und zugleich Chefredakteur der „National Geographic“-Gruppe bleibt.

Bernd Gäbler, Geschäftsführer des Adolf Grimme Instituts in Marl, wurde in das Kuratorium des Weiterbildungsstudienganges „Kulturjournalismus“ der Universität der Künste in Berlin berufen.

Georg Gafron, Geschäftsführer und Chefredakteur der Axel Springer Medien Service GmbH, bat den Springer-Vorstand um die Auflösung seiner Dienstverträge, nachdem bekannt geworden war, dass ein Beratervertrag zwischen ihm und dem Medienhändler **Leo Kirch** bestand. Zum 30. April scheidet Gafron aus.

Anne Gesthuysen folgt als Moderatorin des ARD-„Morgenmagazins“ auf **Judith Schulte-Loh**.

Die Moderatorin **Anett Glatz** löste in der Polit-Talksendung „Elis und Escher“ im MDR **Peter Escher** ab.

Ulrike Greim, bisher beim MDR Reporterin für Wirtschaft, Soziales und Gesellschaftspolitik, löste als Korrespondentin für das DeutschlandRadio in Thüringen **Claudia van Laak** ab, die künftig für den Sender aus Brandenburg berichtet.

Alexander Gutzmer, zuletzt Sprecher der Werbe- und PR-Agentur Media Consulta, wurde Chefredakteur des Fachmagazins „presse-sprecher“.

Jörg Harzem wird zum 1. Juli neben **Peter Limbourg** neuer Chefredakteur des Nachrichtensenders N24. Er tritt die Nachfolge von **Marita Schöps** an, die ihr Amt aus familiären Gründen aufgibt.

Leute

Margaret Heckel, bisher bei der „Financial Times Deutschland“ Vize-Chefin des Berliner Politik-Ressorts und neben **Peter Ehrlich** Leiterin des Teams Deutsche Politik / Wirtschaftspolitik, löst als Ressortleiterin Politik und Wirtschaft **Romanus Otte** ab, der das Blatt verlässt.

Christian Hellmann, früher Chefredakteur und Herausgeber von „TV Spielfilm“ sowie Vorstandsvorsitzender der Tomorrow Internet AG, wird Chefredakteur der neuen Programmzeitschrift „TV Digital“ (ASV).

Britta Hilpert, bisher ZDF-Korrespondentin in Brüssel, folgt als Leiterin des Moskauer Studios auf **Dirk Sager**, der an mehreren Reportagen über Russland arbeitet.

Hauke Johannsen, bisher Director Editorial & Programming von AOL Deutschland, löste als Chefredakteur von „Familie & Co“ (neuerdings bei Family Media, einem Joint Venture von ASV und OZ Verlag) **Kerstin Baltin** ab. Sie folgt als Chefredakteurin von „bella“ (Bauer) auf **Susanne Walsleben**, die den Verlag verlässt.

Thomas Kausch, zuletzt beim ZDF Moderator der Nachrichtensendung „heute nacht“, wechselt als Anchorman der News-Sendung „18:30“ zu SAT.1. Seine Vorgängerin **Astrid Frohloff** erhält eine neue Aufgabe in der Senderfamilie. Als Leiter Information wird Kausch an der Reform von „18:30“ mitwirken und auch Sondersendungen im Bereich Nachrichten moderieren.

Birgit Kipfer, medienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, wurde in die Medienkommission des SPD-Parteivorstands berufen, die der rheinland-pfälzische Ministerpräsident **Kurt Beck** leitet. Ihr gehören u.a. an: WDR-Intendant **Fritz Pleitgen**, Kulturstaatsministerin **Christa Weiß**, der Intendant des Deutschlandradios **Ernst Eilitz** und **Michael Naumann**, Mitherausgeber der „Zeit“.

Kurt Kister, Leiter des Hauptstadtbüros der „SZ“, wird stellvertretender Chefredakteur des Blatts.

Stefan Kobus, im SUPER Verlag (Berlin) bisher stellvertretender Chefredakteur für Entwicklungsaufgaben und Sonderhefte, löst als Leiter des Ressorts Leute bei „SUPERillu“ und „SUPER TV“ **Daniella Amann** ab, die stellver-

tretende Chefredakteurin von „Das Neue Blatt“ wird.

Christine Kolmar, stellvertretende Chefredakteurin und Leiterin des Ressorts Politik bei n-tv, verließ den Sender. Ihre Aufgaben wurden aufgeteilt zwischen Chefredakteur **Markus Förderl**, der für Politik zuständig ist, und Nachrichtenchef **Volker Wasmuth**, der zum stellvertretenden Chefredakteur aufrückte.

Felix Kovac, Geschäftsführer von Hitradio RT.1 Augsburg, folgte als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk auf **Hans Kuchenreuther**. Vize-Vorsitzender ist **Frank Böhnke**, Geschäftsführer des Verbands Lokaler Rundfunk in NRW.

Ariane Kraus, zuletzt selbständige Presse-Agentin, folgt als Leiterin der Presseabteilung des Senator Filmverleihs auf **Sonja Ziemer**, die zu Columbia Tri Star Film wechselte.

Landespressekonferenz Baden-Württemberg: Neuer Vorsitzender ist **Jürgen Schmitz** (Leiter der Landespolitikredaktion des SWR-Hörfunks); als Stellvertreter wiedergewählt wurden **Edgar Neumann** (dpa) und **Andreas Schanz** („Schwäbische Zeitung“). Neu im Vorstand sind **Karin Ballhaus** (Radio Regenbogen) und **Arnold Rieger** („Stuttgarter Nachrichten“).

Landespressekonferenz Brandenburg: **Peter Kranz**, Leiter des ZDF-Studios Potsdam, folgte als Vorsitzender auf den Fernsehjournalisten **Thomas Braune**, der Sprecher der SPD/CDU-Landesregierung wurde. Weitere Vorstandsmitglieder sind **Ulrike Bieritz** (RBB/radio eins), **Thomas Bittner** (RBB-Fernsehen), **Susann Fischer** (ddp), **Igor Göldner** („Märkische Allgemeine“) und **Gerlinde Palinkas-Schneider** (freie Journalistin).

Landespressekonferenz NRW: **Christa Cloppenburg** (Leiterin der landespolitischen Redaktion des WDR) wurde erneut als Vorsitzende wiedergewählt. Weitere Mitglieder des Vorstands sind **Wilfried Goebels** („Westfalenpost“), **Bettina Grönewald** (dpa), **Theo Schumacher** („Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung“) und **Frank Uferkamp** („Westdeutsche Zeitung“).

Landespressekonferenz Sachsen: Als Vorsitzender wurde **Gunnar Saft** („Sächsische Zeitung“)

wiedergewählt; Stellvertreter sind **Sven Heitkamp** (freier Journalist), **Stefan Locke** („Dresdner Morgenpost“) und **Frank Meyer** (Sachsen News Net). Schatzmeisterin ist **Uta Deckow-Kindermann** (MDR Fernsehen).

Norbert Lehmann, Chef und Moderator von „ZDF.Reporter“, und **Karen Webb**, Moderatorin von „ML Mona Lisa“, lösen als Adels-Berichterstatte des ZDF **Nina Ruge** und **Peter Frey** ab.

Yvonne Malak, zuletzt stellvertretende Programmdirektorin beim Brandenburger BB Radio, folgte als Programmdirektorin auf **Jürgen Karney**, der den Sender verließ.

Claus Christian Malzahn, Auslandskorrespondent des „Spiegel“, wird am 1. Mai neuer Ressortleiter Politik bei „Spiegel Online“. Gleichzeitig leitet er das Berliner Büro des Online-Angebots. Seine Vorgängerin bei „Spiegel Online“, **Michaela Schießl**, wird stellvertretende Ressortleiterin Deutschland 2 beim „Spiegel“.

Margaret Menegoz (Frankreich), Filmproduzentin und Präsidentin von Unifrance, folgte als Präsidentin des deutsch-französischen Filmvereins „Les Rendez-Vous Franco-Allemands“ auf die verstorbene **Brigitte Sauzay**.

Stephan Offierowski verlässt die Programmdirektion des Radiosen-

ders Antenne Bayern, soll aber für die Unternehmensgruppe weiterhin in leitender Funktion tätig sein.

Einem neuen „Projektteam Lokaljournalisten“, das die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb, Bonn) zur Beratung und Unterstützung ihres Journalistenprogramms berufen hat, gehören an:

Joachim Braun („Tölzer Kurier“), **Ewald Gerding** („Neue Osnabrücker Zeitung“), **Rolf Kienle** („Rhein-Neckar-Zeitung“), **Andreas Lukesch** („Westdeutsche Zeitung“), **Rebekka Neander** („Anzeiger für Burgdorf und Lehrte“),

Kurt Neuffer („Haller Tagblatt“), **Frank Oehl** („Sächsische Zeitung“), **Sabine Schicke** („Nordwest-Zeitung“) und **Corinna Willführ** („Frankfurter Rundschau“).

Ein „Projektteam Hörfunk“, das die bpb bei der Entwicklung von Weiterbildungsprogrammen für Journalisten und Journalistinnen aus dem lokalen und regionalen Hörfunk beraten wird, besteht aus **Wolfgang Grossmann** (SWR), **Uwe Haring** (Antenne Münster), **Andreas Heine** (Radio MK), **Norbert Linke** (Hit Radio FHH), **Claudia Schall** (Radio Berg), **Dietz Schwiesau** (MDR/Hörfunk Sachsen-Anhalt), **Florian Schwinn** (CUT) und **Inge Seibel-Müller** (freie Journalistin).

Jean Pütz, seit drei Jahrzehnten Moderator der WDR-„hobbythek“, wird sich zum Jahresende zurückziehen.

Leute

Radio/Tele FHH: **Hans-Dieter Hillmoth** wurde alleiniger Geschäftsführer und bleibt Programmdirektor. **Klaus Becker**, bisher stellvertretender Programmdirektor des Unternehmens, löste als Programmchef von planet radio **Andres Schulz** ab, der in der gleichen Position zu Hit Radio FHH wechselte. Stellvertretender Programmchef von Hit Radio FHH wird **Roel Oosthout**, Leiter Musik und Moderation des Unternehmens. **Stefan Griess** folgte als Redaktionsleiter der Sendung „Guten Morgen, Hessen“ auf **Marc Beeh**, der Leiter Kommunikation bei FHH wurde.

Carolin Rochelt, bisher Chefredakteurin von „Fly and Glide“ (Jahr Top Special Verlag, Hamburg), ist künftig als Autorin für das Special-Interest-Magazin tätig, das nunmehr vom Redaktionsbüro Fred Wipperfürth (Köln) produziert wird.

Ruhrpressekonferenz: **Klaus Peters** (dpa Essen) wurde als Vorsitzender wiedergewählt; Stellvertreter sind **Christoph Schurian** („taz“ Ruhr) und **David Schraven** (freier Journalist). Beisitzer: **Stephan Laurin** (freier Journalist), **Anne Buerbaum** („Stadtanzeiger Castrop-Rauxel“) und **Heiko Tiensch** („Mediatapress“).

Oliver Santen, bisher Pressesprecher der Allianz AG, folgt als Leiter Objekt-Pressarbeit der Axel Springer AG auf **Carola C. Schmidt** und wird zugleich stellvertretender Unternehmenssprecher.

Michael Schoepperl, bisher stellvertretender Chefredakteur der „Lübecker Nachrichten“, löst als Chefredakteur des „Donaukurier“ (Ingolstadt) **Friedrich Kraft** ab, der in den Ruhestand ging.

Lutz Semmelrogge, bisher Wellenchef SR 3, folgt als Hörfunk-Chefredakteur des Saarländischen Rundfunks auf **Axel Buchholz**, der in den Ruhestand trat. Wellenchef SR 2 **Frank Johannsen** wird zusätzlich stellvertretender Programmdirektor und vertritt den SR in der Hörfunkkommission der ARD.

Thomas Sparr, zuletzt Leiter des Siedler Verlags (Bertelsmann), löst als Pressechef der Verlage Suhrkamp und Insel **Heide Grassnick** ab, die nach 33 Jahren ausschied.

Tino Sperke, bisher Programmleiter von Ostseewelle Hit-Radio Mecklenburg-Vorpommern, über-

nahm die Geschäftsführung des Senders von **Liane Simon** und rückte zugleich zum verantwortlichen Programmdirektor auf.

Rüdiger Stettinski, Chefredakteur der Branchendienste „Text intern“ und „Marken Marketing“, wurde Pressechef des Jahreszeiten Verlags (Hamburg).

Gesa Tönnesen, die seit 1. April in der Geschäftsführung der HMR Produktions GmbH (Köln) tätig ist, wird innerhalb der HMR-Gruppe auch Pressechefin der Cologne Conference 2004.

Brigitta Weber, Abteilungsleiterin SWR-Fernsehen Inland in der Chefredaktion Rheinland-Pfalz und Redaktionsleiterin von „Report Mainz“, folgt als Co-Moderatorin der Interviewsendung „Wortwechsel“ auf **Gabriele von Arnim**.

Wolfram Weimer, Ex-Chefredakteur der „Welt“ und Leiter des Magazins „Cicero“, wurde in der Nachfolge von **Friedrich-Carl Wachs** vom Potsdamer Landtag als Medienrat in die Medienanstalt Berlin-Brandenburg gewählt.

Stephan Wels, bislang beim NDR Redakteur für Brennpunkte, Wahl- und Sondersendungen im Programmbereich Zeitgeschehen, übernimmt die Leitung des Politikmagazins „Panorama“ von **Kuno Haberbush**, der Leiter des Medienmagazins „Zapp“ und der Sendung „extra drei“ wird. Der bisherige „Zapp“-Chef **Burkhard Nagel** wechselt als Chef vom Dienst in die Redaktion ARD aktuell.

Hans-Jörg Wiedenhaus, Vize-Chefredakteur beim „Hamburger Abendblatt“, wurde in seinem Amt als Vorsitzender des Clubs Hamburger Wirtschaftsjournalisten bestätigt.

Corinna Wolters, beim RBB Nachrichten-Sprecherin von „Brandenburg aktuell“, wird Co-Moderatorin der Informationssendung „rbb aktuell“.

Der Sport-Moderator **Jörg Wontorra** löst als Moderator von „Doppelpass“ im DSF **Rudolph Brückner** ab.

Der Satiriker und Cartoonist **Bernd Zeller** will als Herausgeber und Chefredakteur die 1982 eingestellte Satirezeitschrift „Pardon“ neu auflegen.

Preise

40. Adolf Grimme Preis 2004 – Kategorie Information & Kultur: Gold: **Lutz Hachmeister** (Buch/Regie) für „Schleyer. Eine deutsche Geschichte“ (ARD/NDR/WDR). Preise: **Thomas Irmer** und **Matthias Schmidt** (Buch/Regie) für „Die Bühnenrepublik: Theater in der DDR“ (ZDF/3sat); **Johann Feindt** (Buch/Regie/Kamera) für „Reporter vermisst“ (SWR/ARTE); **Karin Jurschick** (Buch/Regie) für „Die Helfer und die Frauen“ (ZDF/3sat); **Andreas Pichler** (Buch/Regie) für „Call me Babylon“ (ZDF). „Kultur“-Sonderpreis des Landes NRW: **Ulrich Kasten** (Buch/Regie) und **Jens-Fietje Dwars** (Buch) für „Der Unzugehörige: Peter Weiss – Leben in Gegensätzen“ (RBB/SWR/DRS/ARTE).

Kategorie Fiktion & Unterhaltung: Gold: **Stefan Krohmer** (Regie) und **Daniel Nocke** (Buch) für „Familienkreise“ (ARD/BR); Preise: **Hartmut Schoen** (Buch/Regie), **Ivan Shvedoff** (Hauptdarsteller) und **Gabriele Sperl** (Redaktion) für „Zuckerbrot“ (ARD/BR/SWR); **Kaspar Heidebach** (Regie), **Jan Josef Liefers**, **Heino Ferch** (stellv. für das Darstellerteam) und **Michael Souvignier** (Produktion) für „Das Wunder von Lengede“ (SAT.1); **Stephan Wagner** (Regie), **Christoph Waltz** und **Armin Rohde** (Hauptdarsteller) für „Dienstreise – Was für eine Nacht“ (SAT.1); **Kai Wessel** (Regie) und **Dagmar Manzel** (Hauptdarstellerin) für „Leben wäre schön“ (ARD/BR); **Wigald Boning** für „WIB-Schaukel: Wigald Boning trifft Jürgen Drews auf Mallorca“ (ZDF). Publikumspreis der „Marler Gruppe“: „Schleyer. Eine deutsche Geschichte“.

Kategorie Spezial: die Kindersendung „Bernad das Brot“ (Kinderkanal; Idee und Realisation: **Tommy Krappweis**); **Gert Monheim** für die Redaktion der Reihe „die story“ (WDR) und **Charlotte Grace Roche** für die Moderation und Präsentation der Sendung „Fast Forward“ (VIVA). Besondere Ehrung des Deutschen Volkshochschulverbandes: **Dieter Hildebrandt** für sein Lebenswerk und **Werner Reuß** (BR alpha) für den Aufbau vorbildlichen Bildungsfernsehens.

Axel Springer Preis für Junge Journalisten 2004. Kategorie Print (drei erste Preise) – klassische Reportage: **Roland Schulz** für „Der Sekundant“ („Die Zeit“); aktuelle Reportage: **Catrin Barnsteiner** für „Der bestreikte Streik“ („Die Welt“); Interview/Porträt: **Christoph Amend** für „Mann im Spiegel“ („Tagesspiegel“).

Kategorie Hörfunk – 1. Preis: **Frank Kühn** für „110 Jahre Patent für Reißverschluss“ (WDR2); 2. Preis: **Alexander Baltz** für „Alkohol am Steuer, ein Selbstversuch um 7 Uhr morgens“ (Radio Schleswig-Holstein); 3. Preis: **Dirk Steinmetz** für „Hartz III, IV – kennen die Politiker den Inhalt?“ (BLR & Radio Dienst). Kategorie TV – 1. Preis: **Gunther Hainke** für „Aufstieg in die Todesszene“ (ZDF); 2. Preis: **Frank Kleemann** für „Schiffsfriedhof Indien“ (Pro Sieben); 3. Preis: **Matthias Frickel** für „Auf der Suche nach der verlorenen Heimat“ (DW). Kategorie Internet – 1. Preis: **Elise Schirmacher** für „Heimatinseln: Durchs milde Kurdistan“ (WDR-online); 2. Preis: **Carola Padtberg** für „Reisetagebuch Costa Rica“ („Zeit“-online); 3. Preis: **Marcus Schuster** für „Bericht über Online-Fußball-manager Hattrick“ (ZDF-online). Die ersten Preise waren mit jeweils 5000 €, die zweiten mit 4000 € und die dritten mit 2500 € dotiert.

Zusätzlich wurden besondere Anerkennungen ausgesprochen – Print: **Philip Cassier** („Die Welt“), **Ileana Grabnitz** („FTD“), **Robert Ide** („Der Tagesspiegel“), **Michael Krasko** („Das Magazin“), **Michaela Krüger** („Kölner Stadt-Anzeiger“), **Sandra Schulz** („Frankfurter Rundschau“), **Silke Wichert** („Die Welt“). Hörfunk: **Sebastian Christ** (Radio Funkwerk); **Nadine Dietrich** (NDR Info), **Manja Kraus** (MDR 1), **Katja Schlesinger** (MDR Kultur), **Nicolas Tribes** (Lernradio Karlsruhe), **Silke Wolfrum** (B 2). TV: **Rüdiger Baumann** (BR), **Anja Bröker** (ARD), **Simone Grabs** (Kinderkanal), **Benno Falk Reimers** (SAT.1), **Marko Rösseler** (WDR), **Natalie Steger** (ZDF) und **Helen Wild** (ARD).

Wolfgang Becker gewann mit „Good Bye, Lenin!“ den nationalen dänischen Filmpreis für den besten nichtamerikanischen Film sowie den französischen César und den spanischen Goya-Preis für den besten europäischen Film des Jahres 2003.

Der BMW Kurzfilm Award 2004 für Studierende von deutschsprachigen Filmhochschulen wurde erstmals verliehen und war mit insgesamt 100.000 € dotiert. Als Thema war „Freude“ vorgegeben. Die Preisträger: **Hanna Reifgerts**, **Nico Rehberg** und **Markus Dietrich** (Bauhaus Universität Weimar) für „Flieg mich zum Mond“; **Tomasz Emil Rudzik** (HFF München) für „Garage Love“; **Charlotte**

Preise

Wetzel (dffb) für „Gone with the wind oder Eine Ameise wie du und ich“; **Mehdi Benhadj-Djalali** (dffb) für „Daily Benefits“.

Förderpreis für Offene Kanäle 2003 der Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter Rheinland-Pfalz (LPR) zum Thema „Begegnungen – Porträts – Profile“.

1. Preise (je 900 €): **Eric Nohl** (Offener Kanal Ludwigshafen) und **Joel Hess** (Offener Kanal Trier); 2. Preis: **Achim Wendel** (Offener Kanal Wittlich); 3. Preis: **Peter Friesenhahn** (Offener Kanal Trier). Sonderpreise „Videoproduktionen für und mit behinderten Menschen“ (je 250 €): **Max Hohnen** (Offener Kanal Trier), **Erika Zipf-Bender** (Offener Kanal Neuwied) sowie **Thomas Staiger** und Schüler der Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule (Offener Kanal Trier).

Die „Goldene Kamera“ von „Hörzu“: Zu den Preisträgern gehören **Jack Nicholson**, **Sylvester Stallone** und **Tony Curtis** sowie die deutschen Schauspieler **Louis Klamroth**, **Nicolette Krebitz**, **Iris Berben** und **Michael Mendl**. Ausgezeichnet wurde auch der SAT.1-Fernsehfilm „Das Wunder von Lengede“ (Regie: **Kaspar Heidelbach**).

Die Journalistin und Fotoreporterin **Gabriela Greess** (München) erhielt für ihre Reportage „Pablo Picasso: Málaga – seine sonnengelbe Heimat“ im „Hapag Lloyd Flugjournal“ den Journalistenpreis 2003 „Victor Mellado“ der Pressevereinigung Málaga und des Touristischen Dachverbands der Costa del Sol.

Der Griechenland-Korrespondent **Gerd Höhler** (u.a. „Frankfurter Rundschau“, „Handelsblatt“) wurde mit der Rudolf-Vogel-Medaille, dem Journalistenpreis der Südost-europa-Gesellschaft ausgezeichnet.

Der Kameramann **Slawomir Idziak** (Polen), bekannt geworden insbesondere durch seine Zusammenarbeit mit dem Regisseur Krzysztof Kieslowski, erhielt den mit 5000 € dotierten Marburger Kamerapreis 2004, den Universität und Stadt Marburg ausloben.

2. Internationales Filmfestival über Menschenrechte (Genf) – **Yuri Khashchavastki** erhielt für „Gefangen im Kaukasus“ (Deutschland/ Frankreich/ Polen) den Preis der Weltorganisation gegen Folter. Dem Palästinenser **Hany Abu-Assad** wurde für „Ford Transit“ der Große

Preis Sergio Vieira de Mello zugesprochen.

Internationaler Wettbewerb für Zeitungsdesign 2004 der Society for News Design: Die „Financial Times Deutschland“ erhielt eine Silbermedaille in der Kategorie „Special News Topic Design“ und eine Auszeichnung in der Kategorie „Magazines overall design“. Drei Awards of Excellence (Nachrichten-, Titel- und Reportageseiten) gingen an die „Welt“; in der Kategorie „Feature Section Design“ siegte die „Berliner Morgenpost“ mit ihrer Sonntagsausgabe.

Elfriede Jelinek (Österreich) wird für ihr Hörspiel „Jackie“ (BR, Regie: **Karl Bruckmaier**) mit dem diesjährigen Hörspielpreis der Kriegsblinden ausgezeichnet.

Journalistenpreis Columbus 2003 der Vereinigung Deutscher Reisejournalisten – Kategorie große Reportage: **Stefan Nink** („ADAC-Reisemagazin“); Kategorie kurze Reportage: **Harald Stutte**, Redakteur der „Hamburger Morgenpost“. Förderpreis für Journalisten unter 30 Jahren: 1. Preis: **Tillmann Prüfer**, Leiter „Weekend“ der „Financial Times Deutschland“.

Der Karl-Buchrucker-Preis 2004 für sozial engagierten Journalismus, den die Wohlfahrtsorganisation „Innere Mission“ vergibt und mit 5000 € dotiert, ging an eine Sendung zum Thema Behinderung in der Reihe „Notizbuch“ (BR2). Je einen mit 3000 € dotierten Förderpreis erhielten **Claudia Fromme**, Redakteurin der „SZ“, für den Beitrag „Die Berühmbare“ („SZ Wochenende“) und **Alexia Späth** für ihren Beitrag „Ohne Pass und Papiere“ in der Reihe „Stationen“ (BR).

Guido Knopp, vor allem für das ZDF wirkender Historiker und Publizist, erhielt für die 1978 von ihm initiierte Reihe „Aschaffener Gespräche“ den mit 5000 € dotierten Kulturpreis der Stadt Aschaffenburg.

Der Schauspieler **Sebastian Koch** wurde für die Hauptrolle in dem Fernsehfilm „Stauffenberg“ (ARD) mit dem Goldenen Gong der TV-Zeitschrift „Gong“ ausgezeichnet.

Elmar Krekeler, Leiter der „Literarischen Welt“, der wöchentlichen Literaturbeilage der „Welt“, wird der mit 5000 € dotierte Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik 2004 verliehen, den das „Börsenblatt“ für den deutschen Buchhandel“ vergibt.

Die undotierten Kritikerpreise 2004 des Verbands der deutschen Kritiker gingen u.a. an den Spielfilm „Lichter“ von **Hans-Christian Schmid** (Berlin) und an den Fernsehfilm „Mein Vater“ (WDR/ARD) von **Andreas Kleinert**.

Kurt-Magnus-Preise der ARD 2004 für den Hörfunk-Nachwuchs – 1. Preis (8.000 €): **Martin Zylka** (WDR); 2. Preis (6000 €): **Sonja Schäfer** (SR); 3. Preis (jeweils 4.000 €): **Kai Küstner** (NDR) und **Dirk Wagner** (hr).

Lokaljournalistenpreis 2003 der Konrad-Adenauer-Stiftung – 1. Preis (5.000 €): Redaktion des „Trierschen Volksfreunds“ für die Serie „Da sein“; 2. Preis (2.500 €): „Tagesspiegel“ (Berlin) für die Serie „Wir retten Berlin“; 3. Preis (1.000 €): „SZ“ für die fortlaufende Berichterstattung zum Thema „Entmietung in München“. Sonderpreise (500 €): „Bremer Nachrichten“, Lokalredaktion Kitzingen der „Main-Post“, „Märkische Allgemeine“ (Potsdam), „NRZ“ (Essen) und „Öffentlicher Anzeiger“ (Bad Kreuznach). Sonderpreis „17. Juni“ (1.000 €): „Sächsische Zeitung“.

Der polnisch-französische Dokumentarfilmer **Marcel Lozinski** wurde mit dem Andrzej-Wajda-Filmpreis 2004 in Höhe von 10.000 € ausgezeichnet.

Der kubanische Journalist und Schriftsteller **Raul Rivero**, im März 2003 in seiner Heimat zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, wurde mit dem Weltpreis für Pressefreiheit der UNESCO ausgezeichnet.

Wolfgang Scholz erhält für seinen Dokumentarfilm „Fremde Nachbarn – Alltag in Goerlitz/Zgorzelec“ (Sic! Film/ARTE/MDR) den mit 10.000 € dotierten Sächsischen Journalistenpreis 2003. Der Kinostart seines Spielfilms „Verlorene Flügel“ („Lost Wings“) findet im April in Mexiko-City statt.

Dem Schauspieler und Kabarettisten **Wolfgang Stumph** wurde der mit 2.500 € dotierte Münchenhauser-Preis 2004 der Stadt Bodenwerder zuerkannt.

Der Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG (Bonn) erhielt für den Newsletter „simplify your life“ und die daraus entwickelte „simplify“-Produktreihe den Innovationspreis 2004 der Zeitschriftenverleger in NRW.